Nr. 217. 26. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 17. September 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Etat, Liberalismus und Arbeiterpartei.

London, 14. September. (Eig. Ber.)

Das Unterhaus berät über den Etat, die großen englischen Zeitungen artikeln über Verfassungskrisis und die Führer der politischen Parteien sprechen in stark besuchten Volksversammlungen über Tarifreform, neuen Liberalismus, Sozialreform und sozialistische Gefahr. Die Pulse der öffentlichen Meinung schlagen höher und kräftiger als seit vielen Jahren, und Lord Rosebery mag recht haben, indem er die aufgepeitschte Gegenwart mit den heftigen Stürmen des Reformjahres 1832 vergleicht.

Die innere Politik Großbritanniens befindet sich in einer Krise. Dafür sprechen viele Symptome.

Was ist der wirkliche Sinn dieser Krise?

Der Liberalismus kämpft um seine Existenz: er macht einen kräftigen Versuch, sich zu erneuern, sich den neuen wirtschaftlichen und geistigen Zuständen des britischen Volkes anzupassen.

Das soziale Leben der Völker des europäischen Zivilisationstypus rastet nie; es befindet sich immer in einem Uebergangsstadium, aber manchmal wird seine Fortbewegung lebhafter und der Uebergang wird greifbar. Letzteres ist gegenwärtig in Großbritannien der Fall. Die wichtigsten Anzeichen des beschleunigten Tempos der Fortbewegung sind: die Bildung einer selbständigen Arbeiterpartei und der sozialliberale Etat des Finanzjahres 1909—10. Beide Anzeichen hängen ursächlich zusammen: die Arbeiterpartei ist die Ursache, der Etat die Wirkung. Solange die Trade-Unions dem Liberalismus Gefolgschaft leisteten, fiel es den Liberalen nicht ein, daß ihre Politik veraltet sei. Erst die Loslösung der organisierten Arbeiter gab den tüchtigeren Elementen der liberalen Partei einen Anstoß zum Weiterdenken. Und das Ergebnis dieses Weiterdenkens ist der neue Liberalismus, wie ihn Lord Rosebery in seiner Glasgower Rede nannte.

Worin besteht der neue Liberalismus nach den Vorstellungen seiner fortgeschrittensten Vertreter? Er besteht etwa in folgenden Sätzen:

Der Liberalismus hat für die britische Nation viel geleistet; er hat sie politisch frei gemacht und durch den Freihandel bereichert; die engherzigen, fanatischen und unduldsamen Engländer früherer Jahrhunderte haben einer toleranten, kosmopolitisch fühlenden und demokratischen Nation Platz gemacht. Nichtsdestoweniger hat die liberale Partei in den zwei Jahrzehnten bis 1906 die Gunst der Wählermassen verloren und die Arbeiter verließen sie, um eine eigene Partei zu bilden. Worin liegt die Schwäche des Liberalismus? Darauf antworten die neuen Liberalen: Der Liberalismus, wie er aus den Bedürfnissen des 18. Jahrhunderts hervorgegangen war, beschäftigte sich hauptsächlich mit der Hinwegräumung der Hindernisse, die die Güterproduktion und den Güterverkehr lähmten. In diesem Wirken war der Liberalismus so erfolgreich, daß seine Prinzipien von den Konservativen angenommen wurden: die ganze Nation wurde liberal, wodurch die Liberalen ihre Mission verloren haben. Nichteinmischung des Staates, freie Persönlichkeit usw. werden jetzt von den Konservativen ebenso gehütet, wie von den Liberalen. Wollen die Liberalen weiter existieren, so müssen sie nicht nur die Güterproduktion fördern, sondern auch für eine gerechtere Güterverteilung sorgen. Allein eine konsequente Durchführung dieser Aufgabe muß doch zur Staatseinmischung in die Produktion und zum Sozialismus führen! Sind also derartige Aufgaben mit dem Liberalismus vereinbar?

Darauf antworten wieder die neuen Liberalen: Die liberale Partei ist eine alte historische Partei und kann nicht ohne weiteres untergehen. Und sie wird elend zusammenbrechen, wenn sie sich an veraltete Doktrinen klammert. Seht doch, wohin der Doktrinarismus eines Eugen Richter in Deutschland oder eines Yves Guyot in Frankreich die liberalen Parteien geführt hat! Was die Staatseinmischung betrifft, so haben wir nur die Alternative: Trust oder Demokratie; entweder regulieren die vereinigten Kapitalisten die Produktion, die Verarbeitung und den Verkehr der Güter oder der demokratische Staat tut es. Was nun den Sozialismus betrifft, so haben wir die Alternative: Proletariat oder Gesamtnation; entweder das enttäuschte Proletariat organisiert sich zu einer Klassenpartei und macht die Revolution, oder der die Gesamtnation vertretende Staat sorgt für eine friedliche Entwickelung und schafft Reformen je nach den täglichen Bedürfnissen des Gesellschaftslebens. So stehen die Dinge: der Liberalismus, der doktrinär bleibt, wird zwischen dem oberen Mühlstein des Kapitals und dem unteren Mühlstein des Proletariats zerrieben; dagegen wird er lebensfähig und konstruktiv, wenn er direkt oder indirekt in die Produktion und die Verteilung eingreift, um den Gegensatz zwischen Reich und Arm zu mildern. Das wirksamste Mittel hierzu ist der Etat! Erbschaftssteuer, Einkommensteuer, Grund- und Bodensteuer von den Reichen; Alterspensionen, Arbeitslosenreform, staatliche und städtische Unternehmungen für die Armen.

Auf diese Weise entstand der neue Liberalismus in England, der seinen ersten praktischen Ausdruck im laufenden Etat fand. Soll nunmehr der Etat zu einem sozialpolitischen Instrument gemacht werden, so ist es selbstverständlich wichtig, daß er im Oberhause auf keine Schwierigkeiten stößt. Da aber die Lords in vielen Punkten den alten Liberalismus der Nichteinmischung des Staates und der individuellen Freiheit übernommen haben und demgemäß handeln, so haben wir jetzt den Anfang eines Kampfes zwischen dem alten und neuen Liberalismus. Letzterer wird nie seine Mission erfüllen können, so lange das Vetorecht des Oberhauses nicht beseitigt ist. Allein mit der Beseitigung des Vetorechts fiele das Haus der Lords in sich zusammen und Großbritannien hätte keine zweite Kammer mehr. Für ein einkammeriges Parlament gibt es aber vorläufig keine Mehrheit im Lande. Es müßte demgemäß ein Senat, vielleicht nach französischem Muster, geschaffen werden.

So hat das sozialpolitische Problem eine konstitutionelle Krise geschaffen.

Vielleicht dürfte es aus diesen Zeilen klar geworden sein, warum der laufende Etat soviel Staub aufgewirbelt hat. Hinzu kommen noch die Bemerkungen, die wir an dieser Stelle über die Bedeutung der Steuer auf unverdienten Bodenwertzuwachs und über die Frage von Freihandel und Schutzzoll in früheren Korrespondenzen gesagt haben.

Rosebery hatte nicht so ganz unrecht, als er sagte: der Etat warf England in den Schmelztiegel.

Nun zu den Trade-Unions und zur Arbeiterpartei. Es ist selbstverständlich, daß der Durchschnittsarbeiter nicht den theoretischen Geist besitzt, die Zusammenhänge dieser politischen Ereignisse zu erfassen. Ihm erscheinen die Lloyd George, Winston Churchill, Masterman und im allgemeinen die Sozialliberalen als Politiker, die etwas fürs arbeitende Volk tun wollen und zwar auf Kosten der reichen Grundherren und Kapitalisten. Besonders gefällt ihm die mutige Haltung dieser Männer gegen die Lords und das Eintreten für das Haus der Gemeinen. Auf dem am 11. d. Mts. abgeschlossenen Trade-Unions-Kongreß in Ipswich war die Stimmung der meisten Delegierten dem Etat günstig. Hauptsächlich billigten sie die Grund- und Bodensteuer. Was der Sozialist in solcher Lage tun kann, ist die fortgesetzte Hinweisung auf die treibende Kraft der Arbeiterklasse und auf das Ungenügende der bürgerlichen Reformbewegung, die das Proletariat über die bürgerliche Grundlage der heutigen Gesellschaft hinaustreiben muß.

Der Kongreß hat zwar die Resolutionen über Arbeitslosigkeit und über die Maifeier angenommen, aber er hat noch nicht das Bewußtsein gehabt, was diese Resolutionen eigentlich bedeuten. Dieses Bewußtsein zu wecken, kann nur eine Arbeiterpresse oder eine intensive Agitation erreichen. Jedoch ist keine Gefahr vorhanden, daß der Etat die arbeitenden Massen verwirren wird. Diese werden auch fernerhin zur Arbeiterpartei halten. Es ist sogar wahrscheinlich, daß der Etat das Prestige der Arbeiterpartei stärken wird, da die Gegner des Etats gar nicht müde werden, den Massen zu erklären, daß die eigentlichen Verfasser des Etats die Sozialisten seien. Und der Etat ist entschieden populär. Dagegen ist die Lage der Arbeiterfraktion keine leichte. Angesichts der sozialpolitischen und konstitutionellen Bedeutung des Etats sind die Arbeiterabgeordneten nicht imstande, der gegenwärtigen liberalen Regierung gegenüber diejenige strenge Unabhängigkeit zu wahren, wie sie die kontinentale Sozialdemokratie gerne sehen möchte. Die britische Arbeiterpartei ist — soweit ich weiß — die einzige proletarische Partei, die den Etat unterstützt und verteidigt. Und mir scheint, daß die britische Arbeiterpartei recht hat. Es ist durchaus wahr, daß die Absicht des neuen Liberalismus dahin geht, eine sozialistisch-revolutionäre Partei unmöglich zu machen und den Liberalismus zu stärken. Die Lloyd George und Winston Churchill sind keine Sozialisten und wollen keine sein. Nach ihrer Ansicht handeln sie im Interesse des Liberalismus. Allein ihre Handlungen — und Handlungen und nicht Absichten gelten in der Geschichte — liegen in der Richtlinie zum Sozialismus und zur Demokratie. Und ihre Agitation wirkt aufklärend und aufrüttelnd. Hier eine Illustration: In einer zugunsten der Grund- und Bodensteuer veröffentlichten und von Lloyd George empfohlenen Broschüre wird unter anderem die Gerechtigkeit der Steuer auf Berggerechtsame wie folgt nachgewiesen:

„Wenn die „Lusitania" (der große Cunard-Dampfer) unter Volldampf ist, verzehrt sie 70 Tonnen Kohlen pro Stunde oder 1680 Tonnen pro 24 Stunden. Der Mineneigentümer der walisischen Dampferkohlen (ein bekannter Lord) erhält als Abgabe pro Tonne 1 Mark, also pro 1680 Tonnen 1680 Mark. Das ist die Abgabe, die er täglich von der „Lusitania" erhält, wenn sie auf See ist. Was sind die Tagelöhne der ganzen Mannschaft im Feuerungsraum der „Lusitania"?

120 Kohlentrimmer a 3 M. täglich . . .	360,— M.
192 Heizer a 3,40 M. täglich	652,80 „
21 Schmierer a 3,75 M. täglich	78,75 „
333 Arbeiter Gesamttagelohn	1091,55 M.
1 Grundherr Tagesrente	1680,— „

Es erhalten demgemäß 333 Arbeiter täglich um 589 M. weniger als ein Grundherr."

Man kann sich vorstellen, wie derartige Zahlen wirken, wenn man bedenkt, daß die Arbeiten im Feuerungsraum eines Riesendampfers zu den beschwerlichsten gehören, und daß der Grundherr weder für die Kohlenförderung noch Heizung etwas getan hat.

Ebenso „aufreizend" sind die Reden Lloyd Georges und Winston Churchills in Volksversammlungen. Die aufklärende Agitation, die dieser Etat geleistet hat, ist in ihren Folgen unberechenbar. Abgesehen von dieser sozialökonomischen Aufklärungsarbeit führt der Etat zu einem Konflikt mit den Lords. Und es ist für den britischen Sozialismus besser, wenn der Kampf mit den Lords frühzeitig ausgefochten wird. Denn auch für eine Arbeitermehrheit im Parlament wird der Etat das Instrument der Umwälzung sein. Jede Regierung, die die Oberherrlichkeit des Unterhauses in Finanzsachen stabilisiert, verdient meines Erachtens die Unterstützung der proletarischen Partei.

Nur darf man aus englischen Zuständen keine Schlüsse auf die mittel- und osteuropäische Parlamentsarbeit ziehen. In Großbritannien handelt es sich jetzt um eine Vollendung der Demokratie, während in Mitteleuropa die Demokratie noch nicht einmal begonnen hat.

Das nächste halbe Jahr ist, wie aus dem Gesagten hervorgeht, eine kritische Zeit für die innere Politik Großbritanniens. Allein was auch das Ende dieser Krise sein mag, so muß doch gesagt werden, daß sie aus dem breiten Strome des politischen Lebens in Großbritannien entspringt.

Der Trade-Unionskongreß konnte sich mit der Krise nicht beschäftigen. Er hielt sich an wirtschaftliche und politische Einzelfragen und nahm Resolutionen an, die nur eine symptomatische Bedeutung haben. So zum Beispiel ist es fraglich, ob die Maifeierresolution ausgeführt wird. Dasselbe gilt von vielen anderen Resolutionen. Dagegen wird die nächste Jahreskonferenz der Arbeiterpartei, die in der dritten Januarwoche 1910 in Newport stattfindet, sich mit der Krise beschäftigen müssen.

Vom Kampf in Schweden.

Stockholm, den 16. September. (Privatdepesche des „Vorwärts".)

Der Arbeitgeberverein erklärt jetzt, daß er bedingungslos bereit ist, in Verhandlungen einzutreten. Seine prinzipielle Forderung auf eine Regelung der Löhne nach Maßgabe der wirtschaftlichen Konjunktur wird davon indes nicht berührt, auch habe der Großstreik ihn von dieser Forderung nicht abbringen können.

Die Verhandlungen werden nun, nachdem beide Parteien ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, am Freitagvormittag im Reichstagsgebäude beginnen. Es werden zunächst die ursprünglichen Konflikte zur Verhandlung gelangen. Aussichten auf eine unmittelbare Wiederaufnahme der Arbeit sind jedoch kaum vorhanden.

Die Vorständekonferenz der Gewerkschaften tagt hier seit gestern, um über die Situation zu beraten.

•

Der Wunsch nach einem Friedensschluß ist immerhin schon in den Unternehmerkreisen so stark, daß die Zentrale die Vermittelung der von der Regierung eingesetzten Vergleichskommission nicht ablehnen konnte. Der Rückzug soll gedeckt werden durch den zweiten Teil der Erklärung, wonach an dem Prinzip der Lohnregulierung nach Maßgabe der wirtschaftlichen Konjunktur seitens der Unternehmer festgehalten und daß an dieser Forderung der Massenausstand nichts geändert hat.

„Gründe" stehen ja bekanntlich nicht höher im Preise als Brombeeren. Trotzdem verlohnt es sich, auf diese Forderung der Unternehmerzentrale etwas näher einzugehen. Ihre „prinzipielle Forderung" konnte wohl deswegen durch den Großstreik nicht gut berührt werden, weil sie erst während des Ausstandes deutlich ausgesprochen worden ist. Vor dem Ausstande war nicht die Rede davon, daß die Lohnregulierung nach Maßgabe der jeweiligen Konjunktur erfolgen sollte. Sondern die Unternehmer forderten im Gegenteil die Festlegung der Löhne heuer während der schlechten Konjunktur für einen Zeitraum von vier bis fünf Jahren. Da voraussichtlich die Krise mit dem laufenden Jahre ihr vorläufiges Ende erreicht haben dürfte, der Beginn einer aufwärtsgehenden Periode aber schon im nächsten Jahre erhofft werden kann, so würden die Arbeiter von der kommenden Konjunkturperiode absolut keine Vorteile haben. Sie sollten während der Krise für die gute Konjunkturperiode festgelegt werden und kämen erst zu einer neuen Regulierung ihrer Löhne, wenn eine Periode wirtschaftlicher Depression wieder im Anzuge sein dürfte.

So sah die „prinzipielle Forderung" der Unternehmerzentrale vor Beginn des Kampfes in ihren Folgen aus. Während des Kampfes hat die Unternehmerpresse bezw. ihre Lakaien, die mit der Bearbeitung der bürgerlichen Presse des Auslandes betraut waren, irgendwo von dem Prinzip der gleitenden Lohnskala gelesen, die in England wiederholt praktiziert worden ist. Aber die gleitende Lohnskala ist etwas ganz anderes als die bisherige Forderung der schwedischen Unternehmerzentrale. Sie setzt eine genaue Kontrolle der Rentabilität des Unternehmens voraus, an der die Arbeiter mitzuwirken haben. Die gleitende Lohnskala ist der mit der Betriebsrentabilität steigende oder fallende Anteil der Arbeiter an dem Ergebnis der produktiven Arbeit. Fällt infolge wirtschaftlicher Depression die Rentabilität der Industrie, so fällt auch innerhalb bestimmter Normen der Arbeitslohn, steigt die Rentabilität steigt auch der Lohn. Die Grenze nach

unten muß aber auch hier festgesetzt werden. Die Arbeiter haben durch ihre Organisation die Kontrolle der Betriebsergebnisse mit auszuüben, um somit feststellen zu können, wann der Zeitpunkt der Lohnsteigerung oder Lohnherabsetzung eingetreten ist.

Von einer solchen Regelung der Arbeitslöhne bezw. von einer wirklich gleitenden Lohnskala hat die schwedische Unternehmerzentrale bisher nichts mitgeteilt. Wenn sie wirklich die Absicht hat, positive Vorschläge nach dieser Richtung zu machen, soll sie es ruhig tun. Niemand hindert sie daran. Und ihre Vorschläge werden gewiß auch seitens der Arbeiter einer wohlwollenden Prüfung sicher sein. Von dem Prinzip des Mindestsatzes können sie naturgemäß nicht abgehen. Der Standardlohnsatz, wie ihn die Engländer nennen, ist ein gewerkschaftliche Prinzip, an dem nicht gerüttelt werden darf. Aber die schwedischen Unternehmer weigern ja in diesem Kampfe nicht die Anerkennung dieses Prinzipes, es handelt sich für sie nur um die Grenze, die sie während der schlechten Konjunktur festgelegt wissen wollen. Sind sie jetzt bereit, von dieser Forderung abzugehen zugunsten einer Neuregulierung während der guten Konjunktur, so läßt sich vielleicht eine Einigung finden. Insofern wäre der Großstreik nicht so ganz ohne Einfluß auf ihre Stellung auch in der Lohnfrage gewesen.

Aber man darf gar nicht erst damit rechnen, daß die schwedischen Unternehmer auf diesen Gedanken gekommen sind. Ihre Pressevertreter haben ein Wort aufgeschnappt, das zur Täuschung der Oeffentlichkeit ihnen geeignet erschien, ohne eine Ahnung von der Bedeutung der Sache selbst zu haben. Die gleitende Lohnsklala verstehen sie auf ihre Weise: als ein Mittel, die Arbeiter um ihren Arbeitslohn zu betrügen und die ganzen Vorteile der guten Konjunktur in die Taschen der Unternehmer fließen zu lassen.

Ein zweideutiger Beschluß.

Am Mittwoch war vom Parteitag eine Resolution von Berlin I angenommen worden, die folgenden Wortlaut hatte:

„In Anbetracht, daß die bisherige Politik des Liberalismus nichts war als eine dauernde Kette des Verrats von Arbeiterinteressen; daß auch bei der Finanzreform die Liberalen das arbeitende Volk mit der Unsumme indirekter Steuer belasten wollten und jeder kraftvollen Opposition Hindernisse in den Weg legten; daß bei den letzten Reichstagswahlen die Liberalen aller Schattierungen sich als ein fester Bestandteil der einen reaktionären Masse erwiesen und die jetzige agrarisch-klerikale Mehrheit geschaffen haben; daß schließlich der Viermandateraub im preußischen Landtage, die Wahlrechtsverstümmelung in Kiel, Rixdorf usw. von Liberalen inszeniert worden ist; angesichts alles dessen muß die Zumutung sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, mit dieser Sorte Liberalen zusammenzugehen und gar die Kritik aus taktischen Gründen einzuschränken, wie eine blutige Verhöhnung der Partei anmuten. Die Arbeiterschaft hat Mittel und Wege genug, ihren Willen aus eigener Kraft durchzusetzen."

Am Donnerstagmorgen nun wurde, weil eine Reihe von Delegierten erklärte, irrtümlich für die Resolution gestimmt zu haben, eine nochmalige Abstimmung über die Resolution vorgenommen, die diesmal mit geringer Mehrheit ihre Ablehnung ergab.

Daß es sich bei dieser Abstimmung nicht um etwas Beiläufiges handelte, beweist der Jubel der liberalen Presse. Das „Berl. Tagebl." gibt seinem Leitartikel in dem Abendblatt vom Donnerstag die frohlockende Ueberschrift: „Der Sieg des Revisionismus", und auch die „Voss. Ztg." leitartikelt hocherfreut über diesen „Sieg der Revisionisten", von dem sie behauptet, daß er eine „neue politische Lage" geschaffen habe.

Man braucht die Abstimmung keineswegs durch die liberale Brille anzusehen, um sie gleichwohl sehr bedauerlich zu finden.

Die Resolution selbst ist ja nicht besonders glücklich gefaßt. Statt sich einfach gegen die Ansichten gewisser Genossen zu wenden, die sich dem Wahne hingeben, durch Schonung des Freisinns sei ein Zusammengehen zwischen Sozialdemokratie und Freisinn zum Zwecke ernstlichen Kampfes gegen die Reaktion zu erreichen, wird die Auffassung dieser Genossen als „blutige Verhöhnung der Partei" bezeichnet. Solche formalen Schärfen sind überflüssig und nur geeignet, der irrigen Auffassung Vorschub zu leisten, als handele es sich statt um Festlegung taktischer Richtlinien um einen Vorstoß gegen die Person einzelner Genossen. Es hätte deshalb sicherlich auch kein Delegierter etwas dagegen gehabt, wenn diese Stelle gestrichen worden wäre.

Indem jedoch die Resolution als Ganzes abgelehnt wurde, ist, wie ja das Triumphgeschrei der liberalen Presse beweist, der Anschein erweckt worden, als habe die Mehrheit des Leipziger Parteitages sich für jene Ansichten ausgesprochen, die durch die Resolution zurückgewiesen wurden, also für eine Einschränkung der an den Freisinnigen geübten Kritik, für die illusionäre Politik eines „Zusammengehens" mit den Liberalen. In welchem Maße diese Auffassung durch den Beschluß erweckt wird, bezeugen folgende Auslassungen der „Voss. Ztg.":

„Mit diesem Siege der Revisionisten wird eine neue politische Lage geschaffen, deren natürlichen Folgen nicht vorgegriffen werden soll. Vielleicht sieht jetzt ein Optimist schon das Sehnen nach einem deutschen Millerand der Erfüllung nahe. So weit sind wir noch nicht. Aber bedeutungslos ist es sicherlich nicht, daß der sozialdemokratische Parteitag in Leipzig, ganz im Gegensatz zu dem in Dresden, eine revisionistische Mehrheit hat, zum ersten Male seit Menschengedenken. Und mindestens ist es auch sehr bemerkenswert, daß die wüste Kriegserklärung an den Freisinn zurückgenommen wird. Der ausdrückliche Widerruf kommt einem Angebot ziemlich nahe."

Nach unserer Kenntnis der Partei halten wir eine solche Deutung des Beschlusses natürlich für total falsch. Die Zahl der Genossen, die in dem holden Wahne befangen sind, man brauche den Freisinn statt verdientermaßen mit der Karbatsche nur mit der Samtbürste zu behandeln, um ihn als zuverlässigen Bundesgenossen gegen die Reaktion zu gewinnen, ist unserer festen Ueberzeugung nach nur eine ganz minimale. Auf der anderen Seite aber hat ja der revisionistischer Anwandlungen nicht gerade verdächtige Genosse Mehring die Ansicht der übergroßen Mehrheit der Partei dahin ausgesprochen, daß es wohl auch in Zukunft dabei bleiben werde, daß die Sozialdemokratie in der Regel bei Stichwahlen den Freisinn ebenso heraushauen werde, wie dieser in der Regel die ärgsten Reaktionäre gegen die Sozialdemokratie unterstützen werde. Sollte der Freisinn jemals dieser entwürdigenden reaktionären Handlangerdienste müde und in dem Sinne „bündnisfähig" werden, daß er endlich einmal die ihm stets geleistete sozialdemokratische Unterstützung durch eine Gegenunterstützung zu vergelten begänne — nun, so wäre kein Mensch in der Partei so töricht, ein solches „Zusammengehen" abzulehnen.

Die Tendenz des Antrages von Berlin I richtete sich denn auch gar nicht gegen ein solches „Zusammengehen" mit dem Freisinn, sondern gegen den verhängnisvollen Wahn, die durch unsere Grundsätze gebotene Kritik an den bürgerlichen Parteien „einschränken" zu müssen, um durch eine Politik der Samtpfötchen den Freisinn einem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie geneigter zu machen. Und dieser richtigen Tendenz wegen durfte der Antrag, ungeachtet seiner nicht einwandfreien Fassung, von keinem Delegierten abgelehnt werden, der auf dem Boden unserer alten Grundsätze, unserer bisherigen Taktik steht!

Nun scheint ja nach uns gewordenen Mitteilungen zu dem Beschluß am Donnerstag der Irrtum mindestens in demselben Maße beigetragen zu haben, wie zu dem Beschluß am Tage vorher. Da der erneuten Abstimmung keinerlei Diskussion voranging, der Parteitag gewissermaßen durch den Antrag auf abermalige Abstimmung überrumpelt wurde, dürften dem Votum zahlreicher Genossen Motive zugrunde gelegen haben, die mit einem Bekenntnis zum Revisionismus nicht das mindeste gemein hatten.

Immerhin stehen wir vor der bedauerlichen Tatsache eines Beschlusses, der die prinzipiellen und taktischen Auffassungen der Parteitagsmehrheit der ärgsten Mißdeutung aussetzt. Es wäre deshalb dringend zu wünschen, daß der Parteitag durch eine abermalige Stellungnahme unzweideutig zu erkennen gäbe, was es mit dem „Siege des Revisionismus" in Wirklichkeit auf sich hat.

•

Abstimmungs-Korrektur.

Leipzig, 16. September.

Am Donnerstagmorgen gab es zunächst eine Ueberraschung. Es war eine Erklärung eingelaufen des Inhalts: daß die Resolution 41 (Berlin I), die gestern angenommen war, diese Annahme einem Irrtum verdanke, da vielen Delegierten bei der Abstimmung nicht zur Genüge gegenwärtig war: welcher Antrag gerade ihrem Votum unterlag! Der Parteitag beschloß, noch einmal abzustimmen, und nunmehr fiel die gestern angenommene Resolution!

Nun ist ja natürlich dagegen nichts zu sagen, daß der Parteitag freie Hand hat, einmal erledigte Anträge von neuem zu votieren, so oft es ihm beliebt. Aber uns will bedünken, man sollte solche Korrekturabstimmungen nicht auf der Stelle zulassen, sondern nur unter Gewährung einer gewissen Ablauffrist; sonst kann es gar zu leicht passieren, daß die Veranlasser der Neuabstimmung, denen ja bekannt ist, daß ihre Anregung zur Erledigung stehen wird, den anderen — jenen, die ein Interesse an der Aufrechterhaltung des ursprünglichen Beschlusses haben — bei der Abstimmung schon durch ihre Präsenzzahl überlegen sind.

Parteiorganisation.

Nach dieser Episode wurde die am Mittwoch unterbrochene Debatte zur Organisationsfrage beendet. Der Berichterstatter, Ebert, erhielt das Schlußwort, und unter Verzicht auf die Spezialdiskussion wurde der Entwurf der Organisationskommission en bloc angenommen.

Damit hat sich die Partei eine neue, bessere Rüstung geschaffen, die sie in den künftigen Kämpfen wehrhafter und schlagfertiger machen wird. Erfreulich ist die Enbloc-Annahme des Entwurfes mit erdrückender Mehrheit. Sie zeigt den festen Willen der Partei, hier fruchtbare Arbeit zu leisten. Um das Werk zu vollenden, wurden zahlreiche Wünsche und Bedenken unterdrückt. Möge nun die Partei die neue Rüstung mit einem starken Körper erfüllen.

Maifeier.

Ein kühles Referat des Genossen Parteisekretärs Müller leitete die Verhandlung ein. Im allgemeinen beschränkte sich der Referent auf die Vertretung der Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Gewerkschaften über die Unterstützung der Maifeierausgesperrten. Er empfahl sie als das Erreichbare. Nur durch ihre Annahme werde dem ständigen Maifeierstreit, dem „Gezerre" ein Ende gemacht werden können. Nicht sehr angemessen war die Form, in die Müller seine Polemik gegen die Vorschläge Kautskys kleidete.

In der Debatte wiesen die unbedingten und konsequenten Anhänger der Arbeitsruhe — wie Zubeil — darauf hin, daß man daran nicht rütteln dürfe in einer Zeit, da das deutsche Proletariat entschlossen sei, viel schwerere Kämpfe, wie den um das Recht auf die Straße, aufzunehmen. Kautsky zeigte, wie sich gerade bei der Maifeier opferbereiter Idealismus mit der materiellen Vorsorge für die Opfer rachsüchtiger Unternehmer sehr wohl vereinigen läßt. Der Hinweis auf den schwedischen Generalstreik war in diesem Zusammenhange ganz besonders am Platze.

Von den als Gegner der heutigen Form der Maifeier bekannten Genossen fand begreiflicherweise besonders Bömelburg das Ohr des Hauses. Er plädierte mit Wärme für die Vereinbarung und wies mit besonderem Nachdruck auf die Notwendigkeit der Unterstützung hin. Genosse Bömelburg sollte diesem Gedanken auch bei den Gewerkschaften mehr zum Durchbruch zu verhelfen suchen, und zwar nicht bloß bei den Buchdruckern . . .

Für den Rückzug auf den Abend oder den ersten Sonntag im Mai sprachen Peus, Schreck-Bielefeld und Löbe-Breslau. Sie fanden keine große Gefolgschaft; die große Mehrheit des Parteitags vereinigte sich schließlich auf die Vereinbarung. Den bekannten Nürnberger Beschluß (Abgabe eines Tagesverdienstes) aufzuheben, beantragten die Königsberger, aber der Antrag wurde abgelehnt; es bleibt also in der Hinsicht wenigstens beim alten. Hinterher mußte sich Peus vom Genossen Baron in einer Erklärung zur Geschäftsordnung sagen lassen, daß hinter seinen Ausführungen nicht die Mehrheit der Genossen stehe, die ihn auf den Parteitag schickten.

Eine Erklärung, die Genosse Karski wider die Angriffe Fischers eingesandt hatte, wurde von Singer leider nur soweit für zulässig erachtet und verlesen, als sie feststellt, daß Genosse Karski stets nur auf Ansuchen von Redaktionen zu Parteifragen das Wort genommen hat.

Reichsversicherungsordnung.

Als erster der drei Berichterstatter zu dem Thema „Die Reichsversicherungsordnung" kam heute Genosse Bauer noch zu Wort. Er referierte über den allgemeinen Teil der Frage und über Krankenversicherung. Das formvollendete und überaus reichliches und gutes Material bietende Referat zeigte, wie schwindelhaft das Reich die Fürsorge übertreibt, die es den auf dem Schlachtfeld der Arbeit verunglückten Proletariern zuteil werden läßt. Es klang aus in dem Ausdruck der Zuversicht darüber, daß der bekannte Regierungsentwurf, hinter dem Zentralverband der Industriellen und Bund der Landwirte stehen, neuen Agitationsstoff tragen wird in Landesteile und Bevölkerungsschichten, die bisher für die Agitation der Sozialdemokratie nicht zu haben waren. Morgen kommen die beiden anderen Berichterstatter, Robert Schmidt und Luise Ziek, zu Wort.

In eigener Sache.

Wir haben nach Kenntnisnahme dieser Erklärung des Genossen Richard Fischer sofort eine Erklärung an den Parteitag abgehen lassen, mit dem Ersuchen, sie ebenfalls zu Protokoll des Parteitags geben zu wollen. Daß Genosse Fischer es vorzieht, statt im „Vorwärts" zu antworten, an der Stelle also, wo sowohl seine Angriffe gegen den „Vorwärts" als auch dessen Antwort veröffentlicht wurden, seine Erwiderung dem Protokoll des Parteitages einzuverleiben, wundert uns nicht. Es entspricht das ja nur seiner bisherigen Taktik. Denn obwohl Fischer als Berliner Reichstagsabgeordneter von Groß-Berlin nicht nur berechtigt, sondern geradezu verpflichtet war, zu der Beschwerde Bernsteins gegen den „Vorwärts" und andere Parteiinstanzen in der Generalversammlung von Groß-Berlin Stellung zu nehmen, zog er es vor, an den beiden Tagungen der Generalversammlung nicht teilzunehmen, um seine Privatschmerzen sonst irgendwo an den Mann bringen zu können. Der Tapferkeit besserer Teil pflegt ja die Vorsicht zu sein!

Dem Präsidium des Parteitages ließ die Redaktion folgende Erwiderung zu Protokoll zugehen: „Genosse Fischer glaubt auf einen Angriff des „Vorwärts" eine Erklärung zu Protokoll abgeben zu müssen. Da diese Erklärung ohne Wiedergabe des Angriffs des „Vorwärts" unverständlich wäre, erwarten wir von der Loyalität des Parteitags, daß auch unser Angriff wörtlich wiedergegeben wird, soweit er sich auf den Genossen Fischer bezieht. Der betreffende Passus des „Vorwärts" lautete:

(Siehe den gestrigen Artikel des „Vorwärts"!)

Genosse Fischer beruft sich nun in seiner Deklaration darauf, daß er den ganzen Parteitag zum Zeugen dafür aufrufen könne, daß er gegen den „Vorwärts" oder dessen Redaktion auch nicht ein Wort gebraucht habe, das als beleidigend aufgefaßt werden könne. Wir wollen uns mit dem Genossen Fischer nicht in akademische Erörterungen über den Begriff der Beleidigung einlassen, sondern einfach das wiedergeben, was Fischer nach dem offiziellen Pressebericht, der nicht nur dem „Vorwärts", sondern auch der Gesamtpartei vorlag, gesagt hat. In diesem Bericht hieß es:

„Und noch eine interessante Erscheinung! Unmittelbar vor dem Parteitage haben eben erst im Zentralorgan ein Paar Gänseriche der Fraktion das Kapitol gerettet. (Große Heiterkeit.) Nun aber macht auf einmal das Zentralorgan eine Frontänderung und eröffnet sie mit einer Kanonade auf Parteivorstand und Fraktion, die noch niemals dümmer, unfähiger und feiger gewesen seien. Es ist ja ein Zeichen von großer Kraft, daß die Partei solche Roßkuren aushalten kann. (Sehr wahr!) Aber ob solche Vorgänge gerade ein Zeichen von besonderer politischer Reife sind, darüber kann man geteilter Meinung sein. (Zuruf: Wer hat es denn geschrieben?) Daß die Redaktion es nicht geschrieben hat, darüber brauchen wir uns ja nicht zu wundern. (Heiterkeit. — Hoch: Das ist nun eine ganz sachliche Debatte?) Ja, mein lieber Hoch, es hat jeder das Recht sich zu blamieren; aber das Wesentliche ist, daß das Zentralorgan der Partei solche Artikel bringt. Das Zentralorgan soll doch die Parteimeinung zum Ausdruck bringen und daher müssen wir bei solchen Artikeln sagen: das ist nicht die Parteimeinung, das ist Meinung des Einzelnen. Und wenn dieser Einzelne ein Ausländer wie Karski ist, so stärkt das, bei aller Sympathie für die Internationalität wirklich nicht die Bedeutung des Artikels. Ich nehme mir auch nicht heraus, über belgische, französische und englische Verhältnisse zu urteilen. (Sehr gut!) Da wird in dem Artikel behauptet, von April bis August habe sich eine gewisse Müdigkeit gezeigt (Große Heiterkeit) und dabei haben wir in Hunderttausenden von Versammlungen gegen die Verbrauchssteuern protestiert, haben Millionen über Millionen Flugblätter dagegen verbreitet! Und da soll die Fraktion den Elan unserer Agitation abgeschwächt haben? Es ist traurig, daß man über solchen Dreck noch reden muß."

Wenn Genosse Fischer eine Deklaration abzugeben für nötig hielt, so hätte er erklären müssen, daß dieser Bericht seine Ausführungen völlig unrichtig wiedergab! Wenn er das nicht tat, so bestätigte er damit die Richtigkeit des Berichtes und die Berechtigung unserer Polemik!

Wenn aber der Bericht des „Vorwärts" und damit der Parteipresse überhaupt sinngemäß korrekt war — im Verneinungsfalle wäre damit die Unrichtigkeit des gesamten Berichts festgestellt! — so bedeuteten Fischers Angriffe gegen den „Vorwärts" nichts anderes als auf gröblichster Entstellung beruhende Unterstellungen. Bestand doch die Unterlage für die oben wiedergegebenen Angriffe Fischers gegen den „Vorwärts" in folgenden Ausführungen:

„Es ist erstens der Fraktion ein Vorwurf daraus gemacht worden, daß unsere Agitation gegen die indirekten Steuern, solange der Reichstag tagte, nicht wuchtig genug gewesen ist; wir haben unser Pfund vergraben, statt damit zu wuchern! In der Tat: es gibt wohl wenige Genossen, die von unserer Aktion in der Zeit vom April bis August befriedigt waren. Es war eine gewisse Müdigkeit bemerkbar, ein Ueber-sich-ergehen-lassen, das zum Glück nicht zu unserer Gepflogenheit gehört. Das ist nicht Schuld der Fraktion allein, andere Parteiinstanzen tragen die Schuld mit, aber die Fraktion hat auch ihr Teil dazu beigetragen. Die Parole, unter der wir agitieren mußten, war: gegen die 400 Millionen Mark Verbrauchssteuern. Indem die Fraktion sich verleiten ließ, den kleinen Zank zwischen den Junkern und ihren freisinnigen Lakaien um die Erbschaftssteuer in den Vordergrund zu schieben, hat sie dazu beigetragen, den Elan unserer Agitation abzuschwächen. — Dazu kam ein zweites: es war kein Zusammenhang zwischen der Aktion der Fraktion und der Presse. Genosse Heine teilt mit, man habe sich in der Fraktion sehr über die Notiz des „Vorwärts" aufgeregt. Bedauerlich, sehr bedauerlich, aber die Schuld lag nicht am „Vorwärts". Er teilte mit der gesamten Parteipresse, ja mit der gesamten Partei, das Schicksal, nicht über die Intentionen der Fraktion informiert zu sein. Hätte die Fraktion weniger diplomatisiert, aber mehr dafür gesorgt, daß der Partei klare Wege gewiesen waren, es wäre besser gewesen, nicht nur für die Presse, sondern vor allem für die Partei. Eine proletarische Partei und ihre Presse versagen, müssen versagen, wenn die parlamentarischen Vertreter verlangen, man solle alles ihrer Weisheit überlassen. Unsere Macht lag stets in der Stoßkraft der Massen. Das unterscheidet uns von bürgerlichen Parteien. Die können sich mit diplomatischen Schachzügen begnügen, wir nicht. Bei uns muß nicht nur die Fraktion wissen, was sie will, es muß die Partei wissen, was sie will und soll, nur dann kann sie ihre Macht zur Geltung bringen. Das hat die Fraktion diesmal — so viel wir wissen zum erstenmal seit Bestehen der Partei — außer acht gelassen und das war ein schwerer Fehler."

Wo in diesen Ausführungen nach Fischers sinnwidrig freier Auslegung eine „Kanonade auf Parteivorstand und Fraktion", die nach den Ausführungen des „Vorwärts" „noch niemals dümmer, unfähiger und feiger" gewesen sein

sollen, enthalten sein soll, können wir wohl dem Urteil der objektiven Leser überlassen.

Ob sich ein Teil — nach Fischer ein großer Teil — der Berliner Parteitagsdelegierten für Fischer erklärt hat, vermögen wir nicht nachzuprüfen. Das aber können wir sofort feststellen, daß der Vertreter der „Vorwärts"-Redaktion auf dem Parteitag sich ausweislich seiner brieflichen Mitteilungen an die Redaktion mit den Auslassungen der Redaktion gegenüber Fischer durchaus einverstanden erklärt hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. September 1909.

Eisenbahnverwaltung und Koalitionsrecht.

„Es ist unrichtig, daß die Eisenbahnverwaltung auf die im Arbeiterausschuß gestellten Anträge mit der Entlassung der Ausschußmitglieder resp. deren Ersatzmänner geantwortet hat", schrieb uns die kgl. Eisenbahndirektion in ihrer Berichtigung vom 11. September. Am Abend des 11. September sollte die Sitzung des Arbeiterausschusses stattfinden, in der die gestellten „horrenden Anträge" beraten werden sollten. Die Sitzung fand jedoch nicht statt, sondern wurde bis zum 9. Oktober vertagt, und am 15. September wurden wieder zwölf Güterbodenarbeiter von der Verkehrsinspektion IV wegen angeblicher Zugehörigkeit zum Deutschen Transportarbeiterverband entlassen. Unter den Entlassenen befinden sich drei Mitglieder des Arbeiterausschusses und zwei Ersatzmänner, sodaß von den im August gewählten Ausschußmitgliedern und Ersatzmännern des Anhalter Bahnhofes jetzt noch ein Mitglied des Ausschusses und ein Ersatzmann bei der Eisenbahnverwaltung beschäftigt ist.

Die Eisenbahnverwaltung will die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Entlassenen dem ihr so sehr verhaßten Transportarbeiterverband, resp. dessen Reichssektion der Eisenbahner als Mitglied angehören und die Entlassung soll nur deshalb erfolgt sein, nicht aber wegen der gestellten Anträge auf Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse. Wie uns bestimmt mitgeteilt wird, hat die Eisenbahnverwaltung wie bei der ersten Maßregelung am 31. August auch diesmal wieder fehlgegriffen und eine ganze Anzahl Unorganisierter entlassen. Aber selbst wenn die Gemaßregelten sämtlich einer gewerkschaftlichen Organisation angehörten, so wäre das Vorgehen der Verwaltung doch ein Akt größter Ungerechtigkeit.

Unter den am 31. August Entlassenen, von denen die Eisenbahnverwaltung überzeugt war, daß sie dem Transportarbeiterverband als Mitglieder angehören, befand sich auch der Arbeiter Joseph Sauer. Dieser hatte sich im Februar d. J. als Mitglied bei der Reichssektion der Eisenbahner gemeldet. S. hat jedoch kein Eintrittsgeld und keinen Beitrag bezahlt und ist folglich nicht Mitglied der genannten Organisation geworden. Nach seiner Entlassung verlangte er im Bureau des Verbandes den Beweis, daß er nicht Mitglied sei; die dahin gehende schriftliche Erklärung genügte ihm jedoch nicht. S. hat der Eisenbahnverwaltung den Beweis seiner Unschuld jedenfalls auf andere Weise erbracht, denn er wurde am 11. September am Potsdamer Güterbahnhof wieder eingestellt.

Am 4. September war im Bureau des Transportarbeiterverbandes folgendes Schreiben eingegangen:

„Da Sie keine Anstalten finden, mir die Beweise zu geben, daß ich nicht dem Verbande angehöre und ich dadurch meine Lebensstellung verloren hab, bin ich gezwungen, weiter zu gehen, meiner Ansicht nach kann ich nicht eher notiert werden, bis ich Eintrittsgeld und Wochenbeiträge bezahlt habe, da dies aber nicht der Fall ist, haben Sie sich wegen Angaben falscher Tatsachen schuldig gemacht, ich werde auch dafür sorgen, daß sämtliche Arbeiter von der Bahn, welche dem Verband angehören, die Arbeit niederlegen müssen.

Joseph Sauer,
Rixdorf, N. Jonasstr. 36."

Heute wurde an allen Dienststellen das bekannte Organisationsverbot angeschlagen. Wir werden auf die Sache noch zurückkommen.

Die Wirkung der Tabaksteuer.

Täglich laufen neue Nachrichten über Tabakarbeiter-Entlassungen, Arbeitszeitverkürzungen und Verdienstschmälerungen infolge der neuen Steuern ein. Nach einer Zusammenstellung der „Süddeutschen Tabakzeitung" sind schon Tausende arbeitslos, allein in der kleinen badischen Stadt Schwetzingen liegen dem Bürgermeisteramt über 1000 Unterstützungsgesuche vor. Aber der verminderte Umsatz für Tabakfabrikate wirkt nicht nur auf das Zigarrenmachergewerbe ein, sondern auch auf andere Industriezweige und besonders auf das Gewerbe der Zigarrenkistenmacher. Mehr noch als durch den geringen Umsatz von Zigarren verschlechtern sich die Beschäftigungsverhältnisse der Zigarrenkistenmacher, weil die Zigarrenfabrikanten infolge der erhöhten Tabaksteuer an der Packung sparen müssen und an Stelle der Holzkisten billigere Umhüllungen wählen. Besonders bei billigen Zigarren werden die Kisten bald verschwinden. Die Zigarrenkistenmacher wollen deshalb in der nächsten Zeit in den verschiedensten Bezirken Deutschlands Material sammeln, um festzustellen, in welchem Umfange die Zigarrenkistenmacher aus diesen veränderten Verhältnissen arbeitslos werden. Auf Grund dieses Materials wollen dann die Zigarrenkistenmacher beim Bundesrat beantragen, daß auch die Zigarrenkistenmacher mit in die Reichsunterstützung für Tabakarbeiter einbezogen werden.

Natürlich reicht der Viermillionenfonds auch nicht im entferntesten aus, den Notleidenden nur im bescheidensten Maße Hilfe zu bringen. Und so wird es immer klarer, welch' abscheuliches Verbrechen das Zentrum begangen hat, als es zuerst die Tabaksteuer annahm und dann den sozialdemokratischen Unterstützungsantrag verdarb, indem es ihn auf den lächerlichen Bettel von vier Millionen beschränkte.

Zum „Skandal von Halle".

Die „Volks-Ztg." erhält von „gut unterrichteter" Seite eine Zuschrift, die wir nachstehend wiedergeben. Wir bemerken dabei, daß sowohl der Sperrdruck wie die in Klammern eingefügten Anmerkungen von der Redaktion der „Volks-Ztg." selbst stammen. Das Blatt teilt mit:

„Der plötzliche Tod des Abgeordneten Schmidt brachte die liberalen Führer in Halle in die größte Verlegenheit. Woher einen Kandidaten nehmen, der die Stimmen aller bürgerlichen Wähler auf sich vereinen und dadurch das 1907 den Sozialdemokraten entrissene Mandat für den Liberalismus erhalten könnte? Die Unterstützung des einzigen örtlichen Führers, der überhaupt in Betracht kam, des Rechtsanwalts Herzfeld, wurde von den Konservativen seiner jüdischen Konfession wegen von vornherein abgelehnt. Der frühere Abgeordnete Goldschmidt, Vorsitzender des Verbandes der deutschen Gewerkvereine, sollte kandidieren; er erklärte sich auch sofort zur Uebernahme der Reichstagskandidatur bereit und wollte auch zugleich das Landtagsmandat übernehmen. (!) Die Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine sollten die Kandidatur unterstützen. Sie lehnten dies aber ab mit der sie in jeder Beziehung ehrenden Begründung: sie wollten nicht, daß der Führer einer Arbeiterorganisation mit Hilfe des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gewählt werde. Herrn Goldschmidt wurde also abgeschrieben. Er gab sich aber noch nicht zufrieden (hält er sich für unentbehrlich im Reichstage und im Landtage?) und erschien selbst zu einer Besprechung, in der das Eintreten für seine Kandidatur aber wiederum von den Gewerkvereinlern verständigerweise abgelehnt wurde. Versüßt wurde ihm dieses Mißgeschick durch das ihm seitens der Parteileitung der Freisinnigen Volkspartei gegebene Versprechen, ihm für die nächsten allgemeinen Wahlen einen schlesischen Wahlkreis zu verschaffen. (Hält auch die Parteivorsehung Herrn Goldschmidt für unentbehrlich im Reichstage und Landtage? Denn wie es heißt, soll Herr Goldschmidt in Berlin wiederum als Landtagskandidat auftreten.) Dafür sollten aber die Halleschen Gewerkvereinler den nunmehr aus der Versenkung auftauchenden Herrn Reimann unterstützen. Die Hallesche Lehrerschaft, die sonst den größten Teil der Wahlarbeit für den Freisinn geleistet hatte, lehnte, wie in der „Berliner Volks-Zeitung" schon berichtet worden ist, die Kandidatur Reimann (mit den triftigsten Gründen) ab. (Herr Reimann ist ein Casselscher „Kommunalfreisinniger" von reinstem Wasser).

Auch die Jungliberalen wollten nicht mitmachen. Sie wurden dadurch beruhigt, daß man ihnen das zweite Landtagsmandat abtrat, so daß der Hallesche Wahlkreis anstatt durch einen Nationalliberalen und einen Volksparteiler in Zukunft durch zwei Nationalliberale, neben dem bisherigen Abgeordneten Justizrat Dr. Keil noch durch den Oberpostassistenten Delius, vertreten sein wird. Nun erschien in der „Gegenwart" der Artikel von Dr. Arendt über den „Skandal von Halle". Keines der bürgerlichen Halleschen Blätter hat auch nur eine Zeile über diesen Artikel gebracht! (Was sollten sie auch dagegen sagen? Zu widerlegen war der Artikel nicht!)

Seit dem Juli hat der Verein der Liberalen auch nicht eine einzige Versammlung abgehalten; eine öffentliche Versammlung am 10. September, in der sich Herr Reimann den Wählern vorstellen und Herr Dr. Wiemer einen Vortrag halten sollte, wurde abgesagt; bisher hat man nichts wieder davon gehört. Es wird alles in geheimen Konventikeln verhandelt.

So kann man denn schon heute ziemlich sicher prophezeien, daß der Wahlkreis wieder an die Sozialdemokraten verloren geht, und damit hat dann der Freisinn — im Reichstag und im Landtag nicht vertreten — auch in Halle ausgespielt."

Auch wir rechnen bestimmt damit, daß der Freisinn in Halle ausgespielt hat. Aber wir geben uns keineswegs der Illusion hin, daß er nicht doch noch alles aufbieten wird, um seinem Reimann das Mandat zu retten. Und sowohl der Hansabund als die sonstigen bürgerlichen Parteien werden es an der nachdrücklichsten Unterstützung des freisinnigen Kandidaten nicht fehlen lassen.

Der Radbod-Prozeß der „Bergarbeiter-Zeitung",

der im Juli vor der Strafkammer zu Bochum verhandelt und auf unbestimmte Zeit vertagt wurde, weil ein Hauptzeuge fehlte, ist jetzt auf den 18. Oktober anberaumt worden. Angeklagt ist Genosse Wagner von der „Bergarbeiter-Zeitung" der Beleidigung des Direktors Andree von Zeche Radbod. Die Beleidigung soll durch die Veröffentlichung eines Artikels geschehen sein, der folgendes Zwiegespräch zwischen dem Direktor Andree und dem (staatlichen) Bergrevierbeamten Holländer wiedergab, das ein Bergmann am Tage der Radbod-Katastrophe auf der Zeche gehört haben will und das lautet: Holländer: „Hier sind noch Lebende; was ist zu tun?" — Andree: „Was lebt, das lebt; wir müssen heraus!"

Genosse Wagner hat weitgehende Beweisanträge gestellt, so daß die Frage des Verschuldens an der Radbod-Katastrophe gründlich erörtert werden wird, wenn das Gericht nicht etwa die Beweisführung einschränken will, wogegen natürlich auf das entschiedenste protestiert werden müßte.

Eine Bestätigung.

Man weiß zwar, daß die Liberalen mit den Schnapsblockbrüdern in ganz gleicher Arbeiterfeindlichkeit bereit waren, vierhundert Millionen indirekter Steuern den Volksmassen aufzuerlegen, aber es ist ganz nützlich, daß dies von Zeit zu Zeit wieder von liberaler Seite bestätigt wird. So schreibt heute die „National-Zeitung" in einer Polemik gegen die Konservativen:

„In einem Punkt können wir der „Konservativen Korresp." zustimmen: es wäre eine unrichtige Behauptung, wenn jemand sagen wollte, eine Finanzreform des Blocks (den Ausdruck „liberale Finanzreform" weisen wir nochmals zurück) würde erheblich weniger Verbrauchssteuern gebracht haben. Man wird auch vergeblich nach Aeußerungen dieser Art in den Reden der nationalliberalen Abgeordneten oder in den Artikeln der führenden Parteiorgane suchen."

Das stimmt und die Nachwahlen haben ja bewiesen, was das Volk über diese liberale Steuerbewilligungsbereitschaft denkt.

Die „Post"-Analphabeten.

Die „Post" zitiert heute aus einem Artikel Dr. Breitscheids im „Blaubuch" folgende Stelle:

„Es gibt öffentliche Volksversammlungen. Wer geht hinein? Es ist selten, daß einmal ein Neugieriger aus einer der bürgerlichen Parteien sich die Sache mit anhört. Es sind Monologe, die die sozialdemokratischen Redner und Schriftsteller vor einem Publikum halten, das nicht ernst genommen zu werden braucht."

Wir glaubten, die „Post"leute hätten sich da einen Druckfehler zunutze gemacht, um wieder mal falsches Zeugnis ablegen zu können. Aber im „Blaubuch" steht ganz richtig — was nach dem ganzen Sinn des Artikels nicht zweifelhaft sein konnte — „nicht erst gewonnen zu werden braucht". Also eine Fälschung? Aber so nahe solche Vermutung sonst läge, in diesem Falle wäre die Art der Fälschung selbst für „Post"leute zu dumm. Bleibt also nur eine mögliche Erklärung: die „Post"leute können nicht lesen! Vermutet haben wir ja das längst, nun aber ist's unwiderleglich bewiesen.

Der Liberalismus in der Einigung.

Aus München meldet die „Berl. Volksztg.": Der Führer der bayerischen Liberalen, der Abg. Casselmann, hat den Vorsitz im Zentralausschuß der Vereinigten Liberalen und Demokraten wegen der Angriffe der Jungliberalen im Lehrerstreit niedergelegt. Angeblich beabsichtigt Herr Casselmann auch die Niederlegung des Vorsitzes in der liberalen Landtagsfraktion.

Herr Casselmann hat im bayerischen Lehrerstreit gegen die um ihr Recht kämpfenden Lehrer Partei genommen, was das Gewissen der Jungliberalen doch noch nicht ruhig vertrug. Herrn Casselmanns Haltung stimmt übrigens zu seiner Vergangenheit. Er hat das Seinige getan, um den Liberalismus nach rechts zu steuern, hat der bayrischen Landtagswahlreform Steine über Steine in den Weg gerollt, so daß die Sozialdemokratie schließlich mit dem Zentrum gehen mußte, um die Wahlreform durchzubringen. Ob die Niederlegung der beiden Posten das Vorspiel zum Zurückziehen Casselmanns aus dem parlamentarischen Leben ist, ist nicht zu erraten.

Der Kampf um die Talonsteuerhinterziehung.

Mittwoch hat im Reichsschatzamt eine Besprechung stattgefunden, zu der eine größere Anzahl der Aktiengesellschaften geladen waren, die in Wahrung der Interessen ihrer Aktionäre es für richtig hielten, zur Ersparung der Talonsteuer noch in der letzten Julihälfte vorzeitig Zins- und Dividendenbogen auszugeben. In der Konferenz sollten Mittel und Wege gesucht werden, die zu einem Ausgleich in dem Streit um die Steuerfreiheit solcher Bogen führen könnten.

Ueber das Ergebnis ist noch nichts bekannt.

Ob sich die Regierung so viel Mühe gäbe, wenn Arbeiter eine Lücke im Gesetze benützten, um keine Steuern zu zahlen?

Vom Verfall des badischen Nationalliberalismus.

Aus Baden, wo der Nationalliberalismus jetzt einen verzweifelten Kampf zu führen hat, um eine Zentrumsmehrheit im künftigen Landtag zu verhindern, wird gemeldet, daß vor wenigen Tagen eine Zeitungsgesellschaft, die aus waschechten Zentrumsleuten besteht, den „Hegauer Erzähler", eine nationalliberale Zeitung in Engen bei Singen am Bodensee, einfach gekauft und mit dem klerikalen „Engener Volksblatt" verschmolzen hat. Die Nationalliberalen ließen sich diese wichtige Preßwaffe in ihren gefährdetsten Landtagswahlkreisen ohne viel Widerstreben entwinden. Dabei sitzen in ihren Reihen die reichsten Leute Badens. Für die Presse haben diese Politiker nie viel übrig gehabt. Das Zentrum dagegen hat sich in allen Städten und Städtchen Badens kampfeslustige Preßorgane geschaffen.

Die Hausbesitzer gegen die neuen Steuern.

Der Hausbesitzerverein in Halle nahm in einer Versammlung Stellung zu den neuen Steuergesetzen. Es wurde beschlossen, die Hausbesitzervereine der Provinz zu einem gemeinsamen Protest gegen die Fortsetzung einer derartigen Steuerpolitik aufzurufen. Der Verein will bei der Berliner Zentralleitung anregen, daß regelmäßige Massenkundgebungen nach dem Beispiel des Bundes der Landwirte stattfinden sollen.

Preßkorruption.

Wir werden auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung ersucht:

„In Ihrer Ausgabe Nr. 214, datiert Dienstag, den 14. September 1909, bringen Sie auf der zweiten Seite einen kleinen Artikel unter der Ueberschrift „Preßkorruption", worin unter Berufung auf die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" mitgeteilt wird, daß sich die Schriftsteller D. v. Stromberg, Antwerpen, und Dr. E. Carletto, Berlin-Wilmersdorf, hervorragenden Industriellen dazu angeboten haben, über ihre Ausstellungsgegenstände auf der Frankfurter Ila Reklameartikel im redaktionellen Teile einer großen Anzahl deutscher Tageszeitungen unterzubringen. 438 Zeitungen des In- und Auslandes seien dazu bereit. Genannt werden u. a. „Leipziger Neueste Nachrichten", „Kölnische Volkszeitung", „Münchner Neueste Nachrichten", „Hamburger Nachrichten", „Norddeutsche Allgemeine", „Vossische Zeitung", „Dresdener Anzeiger", „Kieler Neueste Nachrichten"."

Dieser Artikel erweckt den Anschein, als seien nach Angabe der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" die „Münchener Neuesten Nachrichten" bereit, Reklameartikel der genannten Herren im redaktionellen Teil aufzunehmen, und durch die Ueberschrift „Preßkorruption" wird ferner angedeutet, daß sich die „Münchener Neuesten Nachrichten" für solche Artikel bezahlen ließen.

Wir stellen demgegenüber fest, daß die Herren D. v. Stromberg und Dr. E. Carletto niemals an uns herangetreten sind und daß die „Münchener Neuesten Nachrichten" die Aufnahme bezahlter Reklamenotizen im redaktionellen Teil grundsätzlich ablehnen.

Hochachtungsvoll

Redaktion und Verlag der „Münchener Neuesten Nachrichten".
Dr. Kurt Schmidt. A. Wolf.

Oesterreich.

Ein frecher Justizmord.

Aus Agram meldet die „Frankf. Ztg." über den großserbischen Hochverratsprozeß: Der Staatsanwalt hat bekanntlich beantragt, daß fünf Angeklagte zum Tode durch den Strang, die anderen 47 Angeklagten zu Kerkerstrafen von 10 bis 20 Jahren verurteilt werden. Man nimmt in Agram allgemein an, das Urteil werde vollkommen dem Antrage des Staatsanwalts gemäß ausfallen. Der Senat hat doch auch während der mehr als ein halbes Jahr währenden Verhandlung stets alles beschlossen, was der Staatsanwalt gewollt hat. Es habe in Agram Optimisten gegeben, die der Meinung waren, der Staatsanwalt werde nicht den Mut finden, eine solche ungeheuerliche Bestrafung zu beantragen angesichts des wahrhaft kläglichen Ergebnisses des Beweisverfahrens. Während dreier Monate ließ der Staatsanwalt nicht weniger als 300 Zeugen aufmarschieren, meistens abhängige Personen, Gemeindebeamte, vorbestrafte Individuen und Persönlichkeiten, denen eine direkte Verbindung mit der Staatsanwaltschaft oder der Regierung nachgewiesen wurde, also bezahlte agents provocateurs. Dorfgeschwätz und abenteuerliche Erzählungen, wie die, daß der König Peter, als er bereits König war, verkleidet in Bosnien für den Aufstand agitiert und 37 000 Gewehre beschafft habe, und ähnliche Schwätzereien bildeten den Gegenstand der Anklage! Es ist wohl kaum jemals in Europa ein ähnlich lächerlicher Prozeß geführt worden; ein Prozeß gegen ein paar Idealisten und ein paar harmlose großmäulige Schwätzer, über die man jetzt die fürchterlichsten Strafen verhängen wird.

Italien.

Generalstreikpläne in Rom?

Rom, 14. Sept. (Eig. Ber.) Seit 23 Tagen stehen in Rom die Schlosser und Schmiede im Ausstande, um bessere Lohnverhältnisse durchzusetzen. Neuerdings macht sich nun unter den etwa 900 Streikenden, die sich sehr wacker halten, der Wunsch bemerkbar, an die Solidarität des gesamten römischen Proletariats zu appellieren und einen Sympathiestreik durchzusetzen. Veranlaßt wird dieser Wunsch durch das provozierende Verhalten der Polizei, die einige Streikpostensteher verhaftet hat. Der „Avanti" rät lebhaft von dem Sympathiestreik ab. In der Tat hat das römische Proletariat für einen solchen Streik, den es im Jahre 1902 aus Solidarität mit den Buchdruckern proklamierte, schon einmal große Opfer gebracht, ohne der Kategorie, der es Hilfe bieten wollte, einen entsprechenden Nutzen zu bringen. Wenn die Polizei es nicht allzu toll treibt, dürften die Erfahrungen des früheren Mißerfolges von einem zweiten Versuche abhalten.

Spanien.

Die Beschwerde der Presse.

San Sebastian, 16. September. Der König empfing heute im Schloß Miramar die Abordnung der Madrider Presse, welche über die scharfe Behandlung der liberalen Blätter Klage führte. Die Abordnung hält einen Erfolg ihres Schrittes für wahrscheinlich.

Persien.

Neue Unruhen.

Seit einigen Tagen verbreitet das offiziöse russische Telegraphenbureau wieder sehr eifrig Meldungen über angebliche Unruhen, die offenbar den Vorwand zu neuer russischer Intervention geben sollen. So meldet es heute aus Tiflis: Aus Belassuwar wird von der persischen Grenze das Erscheinen zahlreicher persischer Räuberbanden gemeldet. Der Brigadekommandeur der Grenzwache telegraphierte an den Bezirkschef, daß 4000 Alarier vier Werst vom Bergwachposten sich gelagert hätten und die russischen Posten zu überfallen drohten. Gleichzeitig trafen beunruhigende Berichte von der Baku-Administration ein. Infolgedessen erteilte der zeitweilige Truppenkommandeur dem Saljan-Regiment den Befehl, den Grenzwachposten ausreichende Mannschaft zur Unterstützung zu senden. Nach Mitteilung friedlicher Handeltreibender unterhalten persische Revolutionäre Beziehungen zu Nomadenstämmen und versuchen, diese zu Räubereien auf russischem Gebiete zu veranlassen, da sich zurzeit keine Truppen an der Grenze befänden.

Aus der Partei.

Behörden im Kampf gegen Arbeitervereine.

Die Arbeiter von Leucha-Brandis bei Leipzig befinden sich in besonders schwieriger Lage, weil ihnen kein Lokal eingeräumt wird; sie begründeten deshalb seinerzeit den Kasinoverein, der aber infolge behördlicher Maßregelungen und gerichtlicher Verfolgungen seine Tätigkeit einstellen mußte. Nunmehr nahm der Hauptvorstand des Sozialdemokratischen Vereins für den 13. Wahlkreis die Sache in die Hand. Er erwarb ein Grundstück mit den nötigen Räumen, als Geschäftsführer wurde der Tischler Franz Kramer mit einem Monatsgehalt von 100 M. eingesetzt. Die Riebeckſche Brauerei lieh 500 M. zur Errichtung und das Kasino wurde vom April 1908 bis Juni 1909 betrieben. Schließlich wurde ein gerichtliches Verfahren gegen den Geschäftsführer und die Vereinsvorstände eingeleitet, und das Amtsgericht Grimma erkannte am 18. Juni gegen die „Schuldigen" auf je 150 M. Geldstrafe, weil sie entgegen dem § 147 der Gewerbeordnung ohne Schankkonzession Getränke verabreicht hatten.

Die Verurteilten legten gegen das Urteil Berufung ein, die am 15. September vor dem Landgericht Leipzig verhandelt wurde.

Der gewesene Geschäftsführer Kramer bekundet, daß er die Speisen zum Selbstkostenpreis abgegeben habe, das Bier kostete 12 Pf. für ⅓ Liter, während es sonst in anderen Wirtschaften 14 Pf. kostet. Es sind im Monat etwa 18—20 Hektoliter ausgeschänkt worden. Getränke, Zigarren, Zigaretten, Speisen usw. mußte er zum vereinnahmten Betrage an den Verein abrechnen. Alles wurde nur an Vereinsmitglieder abgegeben. Der Vorstand des Vereins kaufte auf Rechnung des Hauptvereins ein, Heizung, Beleuchtung bezahlte der Verein ebenfalls. Alle diese Feststellungen wurden gemacht, um zu ergründen, ob tatsächlich das Unternehmen ausschließlich den Vereinsmitgliedern diente, und um festzustellen, ob der Verein materiellen Gewinn bezweckte. Ferner wurde festgestellt, daß das Lokal Montags geschlossen war; an einigen Tagen wurden Unterricht und Zahlabende veranstaltet. Genosse Scheib wies darauf hin, daß gleiche Unternehmen in Möckern und Hänichen jahrelang bestanden haben, ohne angefochten zu werden. Der Zweck des Unternehmens war lediglich, ein Lokal zu erhalten, in dem die Parteigenossen für ihre politischen Ueberzeugungen arbeiten konnten. Materieller Gewinn sollte deshalb ausdrücklich ausgeschlossen sein.

Rechtsanwalt Dr. Hübler wies darauf hin, daß die gesetzlichen Bestimmungen für Konsumvereine hier nicht in Frage kommen, da die Unterhaltung des Kasinos nicht der Hauptzweck des sozialdemokratischen Vereins sei. Dieser Hauptzweck sei vielmehr die Verbreitung von Ideen. Wenn jemand behaupte, der Hauptzweck der sozialdemokratischen Partei sei die Errichtung von Kasinos, so stehe das Argument auf derselben Höhe, wie die Behauptung, daß der Mensch lebe, um Kleidung zu besitzen. Staatsanwalt Dr. Schlegel beantragte Verwerfung der Berufung. Er pflichtete dem Vorderrichter in der Konstruktion seines Urteils bei. Rechtsanwalt Dr. Drucker bemerkte, es habe bisher niemand die Vereinskasinos für Konsumvereine gehalten, weder die Verbindungshäuser der Studenten noch die Schiebervereinskasions. Sofern die Vereine nur an ihre Mitglieder verkaufen, seien sie nicht einmal konzessionsfähig. Der Staatsanwalt erwiderte, daß nach den von der Verteidigung geltend gemachten Gründen jeder Ortsverein in der Lage sein würde, Lokale zu gründen. Wegen dieser Konsequenz könne doch die Prämisse nicht richtig sein. Die Frage sei hier, ob es gelungen sei, das Gesetz zu umgehen. Rechtsanwalt Dr. Hübler stellte hierauf fest, daß also ein unbequemes Resultat verhindert werden solle. Das sei aber nicht Sache der Gerichte.

Das Gericht stellte sich nicht auf den Standpunkt des Staatsanwalts, dem es offenbar ein schrecklicher Gedanke ist, daß die Sozialdemokraten noch mehr solcher Vereinskasinos errichten könnten. Es hob das Urteil des Schöffengerichts Grimma auf und sprach die Angeklagten frei. Die Absicht des Erwerbs verneinte das Gericht.

Erklärung.

In der Erklärung des Genossen Bernstein kontra Arbeiter-Bildungsschule ist auch mein Name genannt worden. Ich fühle mich deshalb verpflichtet im Interesse der Wahrheit folgendes zu bekunden:

Im Herbst 1905 wurde in einer Generalversammlung der Schule beschlossen, einen Kursus über Gewerkschaftsgeschichte und Theorie einzurichten. Da auch der Name Bernsteins genannt und vom Vorstand nicht widersprochen wurde, waren viele Schüler der Meinung, wir bekämen Bernstein als Lehrer. Im Vorstand, der die Besetzung der Lehrerstellen zu besorgen hatte, wurde von einigen Genossen betont, daß man Bernstein nicht nehmen könne, wegen seiner besonderen Anschauungen in parteitaktischen und theoretischen Fragen. Nur dieser Grund war maßgebend Bernstein als Lehrer abzulehnen.

Hugo Langhammer.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ein sozialer Arbeitgeber.

Die bekannte Zigarettenfabrik Manoli, Inhaber J. Mandelbaum, Berlin, Rungestraße 22/24, die es von den kleinsten Anfängen in wenigen Jahren auf mehr als 400 Arbeiter brachte, und außerdem noch in Schneidemühl eine Filialfabrik mit vielen Arbeiterinnen besitzt, hat es für nötig befunden, einem Drittel ihrer sämtlichen Zigarettenhandarbeiter zu kündigen. Von den in Betracht kommenden Organisationen, wie Metallarbeiter-, Buchbinder- und Tabakarbeiterverband sind deshalb mit der Firma Verhandlungen angebahnt worden, um sie zur Abstandnahme von ihrem rigorosen Vorgehen zu bewegen und einen Schichtwechsel einzuführen oder bei verkürzter Arbeitszeit arbeiten zu lassen. — Leider sind bis jetzt alle Versuche an der sozialen Rückständigkeit des Firmeninhabers gescheitert. Die betreffenden Organisationen werden, falls die Maßregelungen zur Ausführung gelangen sollten, mit Rücksicht auf die Härte, die in dem Vorgehen der Firma liegt, den ihnen aufgezwungenen Kampf aufnehmen.

Die Berufs- und Arbeitsverhältnisse in der Holzindustrie durch statistische Erhebungen zu ermitteln, hat der Deutsche Holzarbeiterverband auf der letzten Verbandsgeneralversammlung beschlossen. Zu diesem Beschluß hatte kürzlich die Berliner Mitgliedschaft in Branchen- und Bezirksversammlungen Stellung genommen. Die meisten der Versammlungen haben demselben zugestimmt. Am Mittwoch beschäftigte sich nun eine im „Böhmischen Brauhaus" tagende Vertrauensmännerversammlung mit dieser Frage. Der 2. Bevollmächtigte Leopold legte in längerer Rede den Zweck dieser Erhebungen dar. Es gelte festzustellen, in welchem Maße die wirtschaftliche Krise auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingewirkt hat. Diese Feststellungen seien in Anbetracht des Tarifablaufes im kommenden Frühjahr von größter Wichtigkeit. Die Vertrauensleute müßten deshalb auch dafür Sorge tragen, daß alle Berufsgenossen von diesen Erhebungen erfaßt werden. Es gelangen Personen- und Werkstattfragekarten zur Ausgabe. Die ersteren sind von den Kollegen selbst, die letzteren von den Vertrauensleuten auszufüllen. Die Ausgabe des Zählmaterials erfolgt in einer am 20. September stattfindenden besonderen Sitzung der Funktionäre. Diese nehmen die weitere Verteilung des Materials in den am darauffolgenden Mittwoch tagenden Bezirks- und Branchenvertrauensmännersitzungen vor. Am 23. September finden von allen Betrieben Werkstattversammlungen statt, in denen die Fragekarten ausgefüllt werden, die schon am darauffolgenden Tage wieder an die Branchen- und Bezirksobmänner zurückgegeben werden müssen. Nachdem Redner die auf den Karten gestellten Fragen noch eingehend erläutert hat und somit vollständige Klarheit bei den Versammelten geschaffen war, erledigte die Versammlung noch etliche Vereinsangelegenheiten.

Die Lagerbierfahrer, organisiert im Deutschen Transportarbeiterverband, nahmen am Mittwochabend in einer Versammlung, die im „Gewerkschaftshaus" stattfand, Stellung zu der Kündigung des Tarifs in den Brauereien. Das Kartell der Verbände, deren Mitglieder in Brauereien arbeiten, hat sich für die Kündigung der Verträge erklärt. Der Verband der Brauereiarbeiter hat die Kündigung (zum 1. April 1910) bereits beschlossen. Die Vertrauensleute empfahlen den Lagerbierfahrern, ihre Zustimmung zur Kündigung zu geben und die Versammlung beschloß demgemäß. Eifrig diskutiert wurde die Frage des einheitlichen Lohnes und der Abschaffung des Prozentsystems. Die Löhne sind bei den Flaschenbierfahrern und noch mehr bei den Faßbierfahrern sehr verschiedenartig, der Einführung eines einheitlichen Lohnes würden große Schwierigkeiten entgegenstehen. Aufgabe einer Kommission soll es sein, die Sachlage zu prüfen und Vorschläge zu machen, um den neuen Tarifvertrag den Wünschen des Fahrpersonals entsprechend zu gestalten. Die einzelnen Gruppen der Faßbier-, Flaschenbier-, Reserve- und Mitfahrer, der Stalleute, Keller- und Hofarbeiter und Chauffeure werden noch Versammlungen abhalten, um gesondert zu beraten, welche Forderungen sie geltend machen wollen. Die Kommission, aus neun Personen bestehend, wurde von der Versammlung gewählt. Die Vertrauensleute haben Fragebogen erhalten, um die Verhältnisse für das Fahrpersonal in den einzelnen Brauereien genau festzustellen.

Achtung, Friseurgehilfen! Die Differenzen sind beigelegt bei Schleiher, Annenstraße 44.

Verband der Friseurgehilfen.

Deutsches Reich.

Maurer.

Am Neubau des städtischen Gaswerkes in Hanau legten heute vormittag die Maurer die Arbeit nieder. Sie fordern Wiedereinstellung von einigen gestern entlassenen Arbeitskollegen sowie Lohnerhöhung.

Christliche Beweihräucherung.

In Bad Rheinfelden streikten im vorigen Monat die Arbeiter einer Aluminiumfabrik. Dieser Streik beschäftigte die Oeffentlichkeit deswegen in höherem Maße, weil es dabei zu einem Krawall kam, bei dem ein Streikposten erschossen und einer schwer verwundet wurde. Nachträglich zeitigt dieser Streik nun noch ein besonderes Interesse dadurch, daß bekannt wird, in welcher genialen Weise der Führer des christlichen Metallarbeiterverbandes den Streik einleitete und führte, und wie er sich selbst den Siegeslorbeer um die christliche Stirn wand. Dieser, mit dem unschuldigen Namen Engel, ließ frank und frei seinen Sieg feiern, indem er erklären ließ, er habe in Verhandlungen erreicht, daß den Arbeitern 20 Pf. tägliche Lohnzulage wird, daß die Löhne vom 15. September ab um 10 Proz. aufgebessert werden, daß die Arbeiter alle wieder eingestellt werden und ein Arbeiterausschuß gebildet wird. Daran schloß sich noch die Bemerkung, daß an dem Krawall und daran, daß nicht mehr erreicht wurde, einzig und allein die Sozis schuld seien. Und die Zentrumsblättchen druckten diese „Erfolge" der alleinseligmachenden christlichen Gewerkschaften nach und lobten ihre Gewerkschaften über den Schellendaus. Ja, der Herr Engel ging so weit, den leisen Zweifeln, die sich ob der errungenen Erfolge erhoben, mit einer öffentlichen Erklärung in der Presse zu begegnen, in der er in acht einzelnen Punkten seine Erfolge aufzählte. Das war nun einem an den Verhandlungen Beteiligten doch zu starker Tabak und so kam es, daß der großherzoglich badische Landeskommissar Straub im „Rheinfelder Anzeiger" eine Erklärung losließ, in deren Hauptpunkt es hieß, daß den Arbeitern eine Lohnerhöhung in Aussicht gestellt worden sei, die dann eintreten soll, wenn die Konjunktur in der Aluminiumindustrie eine bessere geworden ist. Mit diesem Rüffel nicht zufrieden, erschien ein von Engel und zwei weiteren christlichen Gewerkschaftssekretären unterzeichneter offener Brief im „Rheinfelder Anzeiger", der die Erklärung des Landeskommissars desavouieren sollte. Der aber nicht faul, stellte in einer nachfolgenden Erklärung nochmals in präziser Form die Wahrheit fest und erhärtete die Tatsache, daß den Arbeitern eine Lohnzulage nicht gewährt worden ist.

Es stellte sich dann heraus, daß Herr Engel überhaupt nicht zu den Verhandlungen zugelassen wurde, sondern daß ein Oberregierungsrat, ein Oberamtmann, der Bürgermeister und eben dieser Landeskommissar die Verhandlungen geführt und die sehr rabiate Firma zur Vernunft gebracht haben. In Wirklichkeit aber hat die Firma die Arbeiter zu niederen Löhnen wieder eingestellt und verschiedentlich Entlassungen vorgenommen. Um dieses Bild „erfolgreicher" christlicher Gewerkschaftstätigkeit vollständig zu machen, sei noch bemerkt, daß den Streikenden von ihrer christlichen Organisation erst drei Wochen nach dem Streik Unterstützung ausgezahlt wurde, vorher mußten sie sich mit Abschlagszahlungen von 5, 10 und 15 Mk. pro Woche begnügen. Dem christlichen Schwindel aber, den Engel trieb, gebührt die Ruhmespalme. Höher gehts kaum in der Augenblendung der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften.

Die Steinmetzen der Terrazzo- und Zementwarenwerke in Hiltrup bei Münster (Westfalen) sind am 14. September in den Streik getreten. Beteiligt sind 23 Arbeiter. Zuzug ist fernzuhalten.

Ausland.

Bern für Sattler gesperrt!

Am 1. November d. J. droht in Bern ein ernster Kampf im Sattlergewerbe auszubrechen. Die Sattlermeister Berns erhielten nämlich von der Delegiertenversammlung in Lausanne den Auftrag mit nach Hause, den mit den Gehilfen vereinbarten Arbeitsvertrag zu kündigen und die 10stündige Arbeitszeit wieder einzuführen. Vor 3 Jahren, am 1. November 1906, wurde zwischen dem Sattlermeisterverein Bern und dem Sattlerfachverein Bern ein lokaler Arbeitsvertrag abgeschlossen, in welchem in Artikel 1 die neunstündige Arbeitszeit für Sonnabend und die 9½stündige Arbeitszeit an den übrigen Wochentagen festgesetzt worden ist. Die dreijährige Vertragsdauer ist am kommenden 1. November abgelaufen und soll also nach Programm die 10stündige Arbeitszeit wieder eingeführt werden, was somit einer täglichen Arbeitszeitverlängerung von einer halben Stunde gleichkommt. Die Sattlergehilfen haben in mehreren Versammlungen zu diesem reaktionären Beginnen Stellung genommen und einstimmig beschlossen, mit allen Mitteln die Pläne einer rückständigen Meisterschaft zu durchkreuzen und unter keinen Umständen in eine Verlängerung der Arbeitszeit einzuwilligen. Aber auch die Sattlermeister scheinen mit der geplanten Aussperrung ernst machen zu wollen und scheint ein ernster Kampf gegen dieses reaktionäre Beginnen der aussperrungswütigen Sattlermeister unvermeidlich. Bern ist deshalb für Sattlergehilfen aller Sparten strengstens gesperrt und ersuchen wir die Kollegen allerorts Zuzug strenge fernzuhalten. Sperrebrecher sind Streikbrecher!

Winterthur, den 15. September 1909.

Für den Schweiz. Lederarbeiterverband:
Der Zentralvorstand.

Soziales.

Gesinde-Strafunrecht.

Das Gesetz über die Verletzung der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter vom 24. April 1854 sollte der Pferdeknecht Kleinert übertreten haben. „Hartnäckiger Ungehorsam" und „Widerspenstigkeit" gegen die Befehle der Dienstherrschaft wurde ihm vorgeworfen, weil er entgegen dem Willen des Dienstherrn Triem nicht morgens um 5 Uhr angespannt hatte, sondern erst um 6 Uhr. Er wurde in zweiter Instanz vom Landgericht zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Gericht ging davon aus, daß die Arbeitszeit um 5 Uhr begonnen habe und daß K. die mehrfachen Aufforderungen, um 5 Uhr mit dem Gespann zur Stelle zu sein, hätte befolgen müssen. Wenn er die Zeit extra bezahlt verlangte und sich im übrigen weigerte, um 5 Uhr zur Arbeit bereit zu sein, dann sei das als hartnäckiger Ungehorsam und Widerspenstigkeit anzusehen. — Der Angeklagte legte Revision ein und machte geltend, er hätte zu wenig Ruhezeit gehabt und sei übermüdet gewesen. Um ¾4 Uhr sei er aufgestanden und habe dann die Pferde gefüttert und in Ordnung gebracht und selber gefrühstückt. Der Ferienstrafsenat des Kammergerichts wies die Revision ab. Es sei tatsächlich festgestellt, daß Angeklagter sich beharrlich geweigert habe, rechtzeitig mit der Arbeit zu beginnen. Das rechtfertige die Verurteilung. Seine neuen tatsächlichen Anführungen könnten in der Revisionsinstanz nicht berücksichtigt werden.

§ 1353 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und Sittenpolizeivorschriften.

Die Sittenpolizeivorschriften für Halle verbieten es den Prostituierten allgemein, ihren Zuhältern den Aufenthalt in ihrer Wohnung zu gestatten. Weil sie ihrem Ehemann den Aufenthalt in ihrer Wohnung gestattet hatte, war die Prostituierte H. wegen Uebertretung dieser Vorschrift in Verbindung mit § 361 Ziffer 6 des Reichsstrafgesetzbuchs angeklagt worden. Sie wurde auch verurteilt. Das Landgericht führte begründend aus: Es handele sich hier um den Zuhälter der Angeklagten. Sie habe ihn allerdings geheiratet. Das könne aber gegenüber den angewandten Vorschriften keinen Unterschied machen. Zwar seien die Ehegatten nach § 1353 des Bürgerlichen Gesetzbuchs einander zur ehelichen Lebensgemeinschaft verpflichtet. Das ändere hier jedoch nichts an der Anwendung der Polizeivorschriften. Die Angeklagte habe nicht gezeigt, daß sie ernstlich gewillt sei, ein anderes Leben zu beginnen. Sie habe, wie das Gericht annehme, nur ihren Zuhälter geheiratet, um mit ihm zusammenkommen zu können. — Die Angeklagte legte Revision ein und bestritt die Gültigkeit der angewandten Vorschrift. Zum mindesten sei ihre Anwendung hier unstatthaft mit Rücksicht auf § 1353 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Der Ferienstrafsenat des Kammergerichts wies die Revision mit folgender Begründung ab: Die angewandten Polizeivorschriften über die Duldung des Aufenthalts von Zuhältern seien rechtsgültig, da es sich um Vorschriften gemäß § 361 Ziffer 6 des Reichsstrafgesetzbuchs handele, die mit Bezug auf die Prostitution zur Sicherung der Gesundheit, der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Anstandes erlassen sind. Es bleibe somit nur die Frage, ob der Ehemann darunter fallen könne, wenn er Zuhälterdienste verrichte, wie hier festgestellt sei. Das sei trotz des § 1353 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu bejahen. Denn das Landgericht habe festgestellt, daß die Angeklagte mit der Eheschließung nicht bezweckte, ein eheliches Zusammenleben herbeizuführen, sondern daß sie nur die Ehe geschlossen habe, um Polizeivorschriften zu umgehen und ihren Ehemann als Zuhälter bei sich behalten zu können. Unter diesen Umständen machte sich die Angeklagte strafbar, indem sie ihren Ehemann in ihrer Wohnung duldete.

Sind Lohnforderungen der Hausindustriellen in einem Konkurse bevorrechtigte Forderungen?

Mit dieser für die hausindustriellen Arbeiter wichtigen Frage hatte sich das Gewerbegericht in Solingen dieser Tage zu befassen. Die Messerarbeiter R. und K. hatten an die inzwischen fallit gewordene Firma Gelpke u. Koch in Wald 57,50 M. bezw. 42,84 M. zu fordern. Der Vertreter des Konkursverwalters bestritt das Vorrecht der Forderung. Diese sei vielmehr anzumelden und würde dann bei der Massenausschüttung wie jede andere Forderung berücksichtigt werden. Der § 61 der Konkursordnung betrachte nur die Forderungen als berechtigte, die aus einem Dienstvertrage herrührten. In diesem Falle wäre aber keine Entlohnung nach dem Dienstvertrage, sondern nach einem Werkvertrage erfolgt; zudem wären die Kläger selbständige Unternehmer, deshalb sei das Gewerbegericht nicht zuständig, sondern das ordentliche Gericht. Das Solinger Gewerbegericht entschied aber in anderem Sinne, und zwar mit folgender Begründung: Es handle sich um eine Streitigkeit aus dem gewerblichen Arbeitsverhältnis. Es mache keinen Unterschied, ob der als Partei in Frage kommende Arbeiter Fabrikarbeiter oder hausindustrieller Arbeiter sei, oder ob der Lohn nach Zeit oder Akkord berechnet werde. In jedem Falle stelle die Entlohnung einen Arbeitsverdienst dar, der im Sinne des § 61, 1 der Konkursordnung als bevorrechtigte Lohnforderung zu gelten habe. Bezüglich der Zuständigkeit sei das Gericht der Ansicht, daß an und für sich in solchen Streitfragen die ordentlichen Gerichte zu entscheiden hätten, seien besondere Gerichte vorhanden, dann seien diese zuständig und in diesem Falle auch das Gewerbegericht. Das Gericht habe sich deshalb auf die Seite der Kläger gestellt und in beiden Klagen für Recht erkannt, daß die Forderungen als bevorrechtigte gelten müßten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wrights Flugvorführungen.

Günstiges Wetter vorausgesetzt unternimmt Orville Wright heute weitere Flugversuche.

Die Fahne in der Latrine.

Macon (Saone-et-Loire, 16. September. (W. T. B.) In der Latrine der Duhesme-Kaserne fand man heute die Fahne des 334. Reserveregiments, die aus einem dem Ehrensaal benachbarten Zimmer gestohlen worden war. Das Fahnentuch war von der Stange getrennt und durch Messerschnitte zerfetzt. Man glaubt, daß ein Soldat der Täter war.

Verantw. Redakteur: Emil Unger, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 16. September 1909.

Vormittagssitzung.

Singer

eröffnet die Sitzung um 9 Uhr mit der Verlesung einiger Begrüßungsschreiben, darunter eines der sozialistischen Partei Frankreichs.

Ein genügend unterstützter Geschäftsordnungsantrag verlangt nochmalige Abstimmung über die Resolution 41, Berlin I (entschiedene Zurückweisung der Zumutung sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, mit den Liberalen zusammenzugehen oder gar die Kritik aus taktischen Gründen einzuschränken). Die Unterzeichner des Geschäftsordnungsantrages haben, wie sie darin erklären, irrtümlich für diese Resolution gestimmt, weil sie der Meinung waren, daß es sich bei der zweiten Abstimmung über diese Resolution — bei der ersten war das Bureau zweifelhaft gewesen — bereits um den nächsten Antrag (Revision der Seemannsordnung) handelte.

Der Parteitag beschließt eine nochmalige Abstimmung über Resolution 41, die nunmehr mit geringer Mehrheit abgelehnt wird.*)

Es wird darauf in der Beratung des Organisationsstatuts fortgefahren. Inzwischen sind noch die Anträge 275, 276 und 278 eingelaufen.

Leinert-Hannover:

Nach Lage der Dinge wird man wohl zur Ablehnung aller schon in der Kommission behandelten Anträge kommen. Den Wünschen der Parteigenossen wird am besten Rechnung getragen, wenn das Statut in seiner Gesamtheit angenommen wird. Ich habe dennoch Auftrag, einen Antrag einzubringen, der jedoch auch wohl bei der Enbloc-Abstimmung unter den Tisch fallen wird. Es handelt sich um die Wahl zweier Vorstandsmitglieder durch die Kontrollkommission. Die Statutenkommission hat diese indirekte Wahl leider beibehalten, die unserer Auffassung eigentlich nicht entspricht. Ich möchte mich vor allem gegen die Resolution 265**) wenden, die den Organisationen empfiehlt, sobald als möglich überall einen Wochenbeitrag zur Einführung zu bringen. Ich habe an sich nichts gegen die Erhöhung des Beitrags, aber ich bin dagegen, daß die Form vorgeschrieben wird. Nur bei 22 Proz. der Organisierten haben wir die Wochenbeiträge, und es geht doch nicht, der Gesamtheit den Willen von 22 Prozent aufzuzwingen. Man soll die Selbstverwaltung der Zweigvereine nicht derartig beschränken.

Lipinski:

Das Statut nimmt die Kreisorganisation als Grundlage und baut darauf konsequent weiter. Das ist ein wesentlicher Fortschritt gegenüber der früheren losen Organisation. Inkonsequenz aber ist, daß man der Fraktion zwar das Recht, Parteitage einzuberufen, genommen, ihr aber das Recht gelassen hat, vollzählig auf den Parteitagen anwesend zu sein. Man hätte ihr entweder nur beratende Stimme geben oder nur eine Delegation einräumen sollen. Indessen verzichte ich im Interesse der Gesamtannahme des Statuts auf Spezialwünsche. — An sich würde ich für den Wochenbeitrag von 10 Pf. sein, aber wichtiger ist, daß zunächst einmal der Grundgedanke eines Mindestbeitrages einheitlich für das Reich geregelt wird, damit die Hauptkasse nicht mehr so umgangen werden kann wie jetzt. Peus, der so sehr für Staffelbeiträge schwärmt, ist dafür verantwortlich, daß im Dessauer Kreise nur 15 Pf. monatlich erhoben werden, zu dem ausschließlichen Zweck, die Zentralkasse um ihren Anteil zu bringen. (Hört! hört!) Wir sind also für Annahme des Mindestbeitrages, aber auch für Annahme der Resolution, die den 10 Pf.-Beitrag empfiehlt. — Das von einigen Seiten verlangte proportionale Wahlrecht hat Sinn, wenn es sich um verschiedene Parteien handelt, nicht in einer einheitlichen Organisation. Wir haben doch in der Partei keine verschiedenen Parteien. (Zuruf: Doch!) Nein, wir haben nur verschiedene Ansichten in der Partei. (Sehr richtig!) Ich warne dringend davor, nochmals eine Kommission einzusetzen und empfehle Enblocannahme. (Beifall.)

Betters-Gießen:

Ich muß Bedenken gegen die Beitragserhöhung geltend machen. Wir müssen auch dem ärmsten Arbeiter die Möglichkeit geben, in der Partei zu bleiben. Die pekuniäre Leistungsfähigkeit der einzelnen Genossen ist sehr verschieden. In dem Versuch der Höherschraubung der Beiträge erblicke ich eine Schädigung der Organisation. Abzulehnen bitte ich den Antrag auf Uebernahme der Delegationskosten für die kleinen Kreise durch die Zentralkasse. Wer den Parteitag beschickt, soll auch die Kosten tragen.

Dittmann-Solingen:

Unzweifelhaft enthält der Entwurf große Fortschritte, wenn er auch nicht alle Wünsche befriedigt. Da wir uns in einem Uebergangsstadium befinden, kann man es billigen, daß man zugunsten der Frauen einen gewissen gelinden Druck ausübt. Prinzipiell bin ich gegen das Stimmrecht der Fraktion. Wir müssen trachten, immer mehr dazu zu kommen, das Stimmrecht auf dem Parteitag ausschließlich den gewählten Delegierten zuzuerkennen. Für bedenklich halte ich die Erscheinung, daß immer mehr die Wahl der Delegierten losgelöst wird von den Erörterungen über den Parteitag. (Sehr richtig!) In einem Ort wurde sogar der Referent für die Versammlung zur Wahl von Parteitagsdelegierten ausdrücklich verpflichtet, keine Kandidatur anzunehmen. Das ist eine Gefahr für das geistige Niveau der Pareitage. (Sehr richtig!) Die von der Kommission vorgeschlagene Proportionalvertretung halte ich für eine außerordentlich rohe Vertretungsform, die nur als Uebergangsform in Betracht kommen kann. Die wichtige Frage der Urabstimmung über Parteitagsbeschlüsse ist zunächst noch nicht spruchreif. Unter allen Umständen muß dem Parteitag pünktlich eine Uebersicht vorgelegt werden über die Finanzgebarung der gesamten Partei. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, der von Löbe-Breslau befürwortet und von Profit-München bekämpft wird, wird angenommen.

Das Schlußwort hat der Berichterstatter

Ebert:

In der Debatte sind keine eigentlich wesentlichen Anregungen gegeben, die nicht schon in der Kommission ihre eingehende Erörterung gefunden haben. — Die Staffelung ist in der Praxis einfach undurchführbar; wenn sie den Gewerkschaften möglich ist, so liegen da die Verhältnisse ganz anders. Uebrigens ist es ja allen Parteigenossen unbenommen, über die Mindestbeiträge hinauszugehen. An der Abführung von 20 Prozent muß unbedingt festgehalten werden, um die häßliche und die Zentralkasse schädigende Einrichtung des Grundbeitrages zu beseitigen. Sollten nur von den Mindestbeiträgen 20 Prozent abzuführen sein, so hätte die Parteikasse mit einem Einnahmeausfall von 40- bis 50 000 Mark zu rechnen. Die Uebernahme der Delegationskosten für die schwachen Wahlkreise ist einfach unmöglich. Liebknecht wünschte, daß die Vertreter der „Neuen Zeit", des „Vorwärts" und der „Gleichheit" statutenmäßig vollberechtigte Teilnehmer des Parteitages sein sollen. Aber wo ist die Grenze. Warum sollen da nicht Vertreter der „Kommunalen Praxis", der „Arbeiterjugend" dasselbe Recht haben. (Zuruf: „Der wahre Jacob" Heiterkeit.) Den will ich garnicht anführen, (Heiterkeit) trotzdem wir ja jedesmal Debatten über ihn haben, ohne daß sie irgend welche Wirkung auf die Redaktion ausüben. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wenn wir nun drei Vertreter von Parteiinstitutionen als vollberechtigt hierher setzen wollten und daneben sechs oder sieben von anderen Parteiinstitutionen mit nur beratender Stimme, so wäre das ein häßlicher Zustand. — Die geforderte Urabstimmung könnte zu einer bedenklichen Lähmung der raschen Beschluß- und Aktionsfähigkeit der Partei führen. Der Parteivorstand überstürzt sich grundsätzlich nicht (Große Heiterkeit) und es ist deshalb nicht notwendig, ihn erst noch an die Kette zu legen. Noch einige Worte zum Ausschlußverfahren. Gottschalk meinte, unser Vorschlag nehme dem Angeschuldigten Rechtsgarantien, weil er auf die Zusammensetzung der Bezirksvorstände keinerlei Einfluß habe. Aber die Bezirksvorstände wirken hier doch nur als eine Art Vorinstanz. Durch solche vorinstanzliche Prüfung ist ein großer Teil der Ausschlußangelegenheiten in bester Weise aus der Welt geschaffen worden. Im übrigen bleiben doch alle Rechtsgarantien für den Angeklagten auch in Zukunft. Er bestimmt seine Besitzer zum Schiedsgericht. Der Parteitag bleibt letzte Instanz. Schmitt-München kann unbesorgt sein: unsere Bestimmungen werden schließlich nicht Fußangeln für gewisse Leute in der Fraktion werden. Auch in der Zeit der Leidenschaft und der Kämpfe wird die Parteileitung sich der äußersten Loyalität befleißigen. Auch ich möchte Sie bitten, die Vorlage möglichst en bloc anzunehmen. Sie ist natürlich kein Werk auf ewig. Wir werden ja immer die Möglichkeit haben, etwa zutage tretende Mängel zu beseitigen. (Bravo!)

Peus (persönlich): Mir ist wiederum der Grundbeitrag von 15 Pf. in Anhalt zum Vorwurf gemacht. Anhalt hat immer dem Parteivorstand gegeben, aber niemals von ihm verlangt. (Singer Das war nicht persönlich!) Aber wahr!

Wels-Berlin: Peus schien den Eindruck hervorrufen zu wollen, als ob irgend welche unkontrollierbare Mittel zur Verfügung der Organisation der Provinz Brandenburg stehen. Ich will daher kurz sagen, wie die Grundkosten der Delegationen der Provinz Brandenburg aufgebracht werden. Gerade so wie auch anderwärts gibt die Organisation Sammellisten heraus, deren Gesamtertrag an die Bezirksorganisation abgeführt wird. Diese zahlt den einzelnen Delegierten ihre Unkosten. Dadurch werden die wohlhabenden Kreise der Provinz Brandenburg zugunsten der schwächeren herangezogen. Der Modus verdient Lob und nicht Tadel, aber Peus kann ja nicht anders und muß den Berlinern eins auswischen.

Peus: Ich wollte nur darauf aufmerksam machen, daß aus solcher finanziellen Abhängigkeit auch eine moralische hervorgehen kann. (Zuruf: Unsinn! Richtiger Quatschkopf! Heiterkeit.)

Berichterstatter Ebert teilt noch kurz mit, daß die zurzeit schwebenden Ausschlußverhandlungen noch nach dem alten Modus erledigt werden sollen.

Der Antrag auf Ueberweisung des Entwurfes an eine Kommission wird abgelehnt.

Es liegt ein Antrag auf en bloc-Annahme des Statuts vor.

Profit-München: Eine erhebliche Anzahl Delegierter aus verschiedenen Landesteilen hat große Bedenken gegen das Statut, namentlich gegen die §§ 23 und 26. Bei der Geschäftslage des Parteitages wollen wir aber einer en bloc-Annahme nicht widersprechen.

Die Kommissionsvorlage wird mit erdrückender Mehrheit angenommen. Damit sind sämtliche dazu vorliegenden Anträge erledigt. Die Resolution 266 (Empfehlung des Wochenbeitrages von 10 Pf.) wird mit geringer Mehrheit angenommen.

Singer: Durch den soeben gefaßten Beschluß hat der Parteitag der Gesamtpartei eine neue Waffe geschmiedet. Mögen sie so siegreich sein wie die alte. (Lebhafter Beifall.)

Damit ist die Beratung des Organisationsstatuts erledigt.

Es folgt Punkt 5 der Tagesordnung, die

Maifeier.

Mit zur Diskussion stehen die genügend unterstützten Anträge 51, 58, 259 und 277.

Singer schlägt vor, als Grundlage der Diskussion die Vorschläge zu betrachten, die in gemeinsamer Beratung des Parteivorstandes und der Generalkommission aufgestellt worden sind.

Berichterstatter Parteisekretär Müller:

Daß die Maifeier in 20 Jahren noch nicht totgeredet und totgeschrieben worden ist, ist der beste Beweis für den gesunden Kern dieser Feier. Im nächsten Jahre wird dieses Schmerzenskind der Partei großjährig und da muß der Vater für eine ordentliche Ausstattung dieses Kindes sorgen (Heiterkeit), damit wir endlich um das Gerede über die Finanzierung der Maifeier herumkommen. Wir haben uns strikt an den Auftrag des Nürnberger Parteitages gehalten, die Unterstützungsfrage in erneute Erwägung zu ziehen. Die Frage der Abschaffung der Maifeier oder der Verlegung auf einen Sonntag scheidet also völlig aus. Wir sind gebunden durch internationale Beschlüsse, die zuletzt in Stuttgart gefaßt worden sind. — Die Maifeier von 1906 hat starke Ansprüche an die Parteikasse gestellt. Wir kommen also um die Unterstützungsfrage nicht herum, trotz der Genossin Luxemburg, welche die Vereinbarung, die wir Ihnen vorlegen, mit dem schönen Namen Mißgeburt bezeichnet hat. (Lachen.) Wenn sich die Frage der Maifeier durch Leitartikel lösen ließe, so hätte Deutschland die schönste und größte Maifeier der ganzen Welt. (Heiterkeit und Sehr gut!) Im ganzen unterscheidet sich die neue Vereinbarung nicht sehr stark von der Vereinbarung, die dem Nürnberger Parteitag vorgelegen hat, aber abgelehnt wurde. Der Nürnberger Parteitag hat aber nicht über die Vereinbarung im ganzen abgestimmt, sondern absatzweise. Die Absätze 1, 2, 3 und 5 wurden angenommen, Absatz 4 wurde abgelehnt. Da aber eine Vereinbarung nur im ganzen angenommen werden kann, so war damit die ganze Vereinbarung abgelehnt. — Ich wollte eigentlich nicht über die bereits in Nürnberg angenommenen Absätze ein Wort sagen, bin aber von einigen Delegierten auf eine Bestimmung des Absatzes 2 aufmerksam gemacht worden, die Bedenken hervorgerufen hat. Es heißt da: „die Kommission hat die Aufgabe unter Berücksichtigung der beruflichen und örtlichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen sowie der Bestimmungen des Parteitages für eine würdige Feier Sorge zu tragen." Nun wurde gesagt, das bedeute in der Praxis Auslieferung der Maifeierfrage an die Gewerkschaften. Aber unter den „Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen" sind doch die Beschlüsse der verschiedensten Gewerkschaften über die Unterstützung der Gemaßregelten, Arbeitslosen usw. zu verstehen. Diese Bestimmungen in ihrer Gesamtheit können doch weder in Beschlüsse von Parteitagen, noch von Gewerkschaftskongressen aufgenommen werden. In der Hauptsache steht in den in Nürnberg bereits angenommenen Absätzen, daß die Vorbereitungen für die Maifeier von Partei und Gewerkschaften gemeinsam zu treffen sind, und was ich für besonders wichtig halte, daß die Maifeier nur am ersten Mai begangen werden darf. Dadurch wird damit aufgeräumt, daß wir bis in den Juni hinein Maifeiern erlebt haben. Neu gefaßt ist Absatz 4, der von den zu gründenden Bezirksfonds handelt. Die Anhänger eines Zentralfonds sehen darin einen Widerspruch zum Prinzip der Zentralisation. Wir haben von Partei wegen alles Mögliche getan, daß das Prinzip der Zentralisation der Gewerkschaften allgemeine Anerkennung in der Partei findet; aber jede einzelne Aufgabe unseres vielgestaltigen gewerkschaftlichen und politischen Lebens kann doch nicht zentral geregelt werden. Es liegen keine Beschlüsse internationaler Kongresse oder der Parteitage vor, die jeden einzelnen politisch oder gewerkschaftlich organisierten Genossen absolut verpflichten, den 1. Mai zu feiern. Die Beschlüsse gehen dahin, daß dort gefeiert werden soll, wo es ohne Schädigung der Arbeiterinteressen möglich ist. Es ist also durchaus geboten, auf die örtlichen und beruflichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Die notwendige Konsequenz davon ist, daß auch zu den finanziellen Kosten die Bezirke und Orte herangezogen werden. Es ist ja auch nicht alles zentralistisch im gewerkschaftlichen Leben geordnet; ich erinnere an die sehr bedeutungsvollen Gewerkschaftskartelle, die auch nicht zentralisiert sind. Aber die Anhänger einer zentralen Regelung möchten einen riesenhaften Zentralfonds haben. Ueber einen solchen aber kommt niemals eine Vereinbarung der Partei und Gewerkschaften zustande. Davon hat sich auch der Parteivorstand überzeugen müssen, der nur ursprünglich einen Zentralfonds mit obligatorischen Beiträgen wünschte. Die Gewerkschaften erklären, daß die Einführung obligatorischer Beiträge die Agitation in schwarzen Gegenden, in denen zum großen Teil der 1. Mai durch Arbeitsruhe nicht gefeiert werden kann, sehr schädigen würde. — Außerordentlich schwierig ist gewiß die Abgrenzung der Bezirke. Meiner Ansicht nach können nicht die politischen Agitationsgebiete, sondern müssen die wirtschaftlich zusammenhängenden Gebiete die Grundlage bilden. So gehören z. B. Hamburg und Altona wirtschaftlich zusammen, während sie in unseren Bezirksorganisationen selbstverständlich getrennt sind. Ganz hinfällig ist der Einwurf, den schon Legien auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß widerlegt hat, daß die Zentralkassen der einzelnen Gewerkschaften in dieser Frage gänzlich ausgeschaltet sein sollen. Die Vereinbarungen wollen keinen Zentralvorstand, der statutenmäßig bei der Maiaussperrung Unterstützung zahlt, daran hindern. Wir müssen verlangen, daß die Genossen in den Gewerkschaften für Unterstützungen der Maifeierausgesperrten auch durch die Gewerkschaften eintreten, und wir bedauern in diesem Sinne die geradezu rückschrittlichen Beschlüsse des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Uebrigens ist bis jetzt die Kasse auch des Metallarbeiterverbandes für die Maifeier-Ausgesperrten noch nicht völlig ausgeschaltet — nach den neuen Beschlüssen seiner diesjährigen Generalversammlung wird Arbeitslosen die Unterstützung von der zweiten Woche an gezahlt — wohl aber gibt es eine ganze Reihe Gewerkschaften, die aus zentralen Mitteln noch niemals etwas für die Maifeier-Ausgesperrten gezahlt haben. Bei den Gewerkschaften der Bauberufe haben früher nur die Lokalkassen an den einzelnen Orten auf diesem Gebiete schon etwas getan. Wo die Unterstützungen der Gewerkschaften nicht mehr Platz greifen, wo es sich um Ausgesteuerte handelt, muß ferner dafür gesorgt werden, daß Maifeier-Gemaßregelte unterstützt werden. Das kann in der verschiedensten Weise geschehen.

Zunächst ist es möglich, daß man für diesen Zweck, wie das früher war und zum Teil auch heute noch geschieht, Maimarken ausgibt und daß für die Maifeier-Gemaßregelten ein bestimmter Extrabeitrag eingeführt wird, wenn die Gewerkschafts- und die politischen Organisationen des betreffenden Bezirkes das beschlossen haben. Es ist nun gewünscht worden, daß dieser Beitrag nicht als freiwilliger Beitrag deklariert werden soll, sondern daß die einzelnen Bezirke die Möglichkeit haben sollen, obligatorische Beiträge für die Maifeier-Ausgesperrten auszuschreiben. Das wäre wenig zweckmäßig, es würde nur Streit in die Organisationen bringen, und der Ausdruck obligatorischer Extrabeitrag kann schon deswegen nicht Platz greifen, weil wir nicht dahin kommen dürfen, daß diejenigen, die einen derartig ausgeschriebenen Extrabeitrag nicht bezahlen, etwa deswegen aus der Partei oder der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. Wir haben keine Ursache, solch neue Ausschlußgründe in die Partei einzuführen (Sehr richtig!), sondern müssen dafür sorgen, daß diese Dinge in einer Weise geregelt werden, ohne daß das Ausschlußverfahren im Hintergrunde droht.

Nun sind in letzter Zeit noch neue Vorschläge aufgetaucht und unser wissenschaftliches Zentralorgan „Die Neue Zeit" hat ja auch dazu Stellung genommen. Man hat gesagt, es wäre sehr gut und glücklich, wenn man festsetzte, daß alle diejenigen, die am 1. Mai arbeiten und nicht feiern können, ihren Tagelohn an eine große Zentralkasse eine Propagandakasse für unsere Grundsätze abführen sollen. Das würde ein sehr kurzes und schmerzloses Verfahren zur Beseitigung der Arbeitsruhe sein. (Sehr gut!) Wohin kämen wir, wenn Ideale durch einen Geldbetrag abgelöst werden könnten. (Sehr richtig!) Wir kämen dazu, unsere Ideale auf den politischen Markt zu herabgesetzten Preisen zu verschleißen. (Sehr gut!) Das sind Vorschläge, die gar nicht diskutiert werden können, abgesehen von dem ungeheueren Streit, der in die Massen hineingetragen würde, wenn die Organisationen sich fortwährend mit der Frage der Abführung des ganzen oder halben Tagelohnes beschäftigen müßten.

Für den Fall, daß die freiwilligen Beiträge nicht für die Unterstützung der Maifeier-Gemaßregelten ausreichen, ist die Vereinbarung vorgesehen, daß der Restbetrag auf dem Wege des Umlageverfahrens aufgebracht wird. In der früheren Fassung fand diese Bestimmung sehr viel Anfeindungen. Man fürchtete die Schädigung der Parteiorganisationen, die weniger Geld hätten wie die Gewerkschaften. Nach unserer gestrigen Fassung ist die Sache so, daß die Verteilung der Kosten zwischen politischer Organisation und Gewerkschaft sich danach richtet, wie viele der gewerkschaftlich Organisierten zugleich in der Partei organisiert sind. Sollten sämtliche Ausgesperrten zugleich politisch und gewerkschaftlich organisiert sein, so würde Gewerkschaft und Parteiorganisation je die Hälfte tragen. Im Durchschnitt dürften auf die Gewerkschaft gut $^3/_5$, auf die Partei knapp $^2/_5$ fallen. Die Summen werden sich also aufbringen lassen. Nun können natürlich auch die neuen Vereinbarungen abgelehnt werden. Ich warne aber sehr vor den Folgen. Dann werden in der Praxis die Gewerkschaften allein die Unterstützung der Maifeier-Gemaßregelten zu tragen haben, werden dann aber auch allein darüber bestimmen, in welchem Umfange die Arbeitsruhe platzgreift. Ueberlegen Sie sich ja, was Sie tun. Drei Jahre verhandeln wir über diese Sache. Soll dies widerliche Gezerre noch jahrelang fortgesetzt werden? (Lebhafte Zustimmung.) Damit wird der Maifeier totsicher das Grab gegraben. Die Mehrheit der Zentralvorstände hat unserer Vereinbarung zugestimmt, die Leiter unserer Bezirks- und Landesorganisationen desgleichen. Unsere Vorschläge und Vereinbarungen sind nicht das absolut Ideale, aber sie sind das Bestmögliche. Meiner Ansicht nach ist der Weg der einzige, der in Betracht kommt. Der Genosse Baer aus Wien hat darauf aufmerksam gemacht, wie sehr bei dieser Frage die internationale sozialdemokratische Arbeiterschaft nach Deutschland

---

*) Berichtigung: Resolution 42 (welche bedauert, daß beim Kampf um die Finanzreform Parteivorstand und Fraktion nicht zu schärferen Mitteln gegriffen hätten) ist nicht, wie gestern angegeben, angenommen worden, sondern, da sie nicht genügend unterstützt worden ist, gar nicht zur Abstimmung gelangt. Dagegen ist die Resolution 266 angenommen worden, in der die Fraktion aufgefordert wird, im Reichstage mit Nachdruck auf Revision der Seemannsordnung zu dringen.

) **265. Resolution. Angesichts der fortgesetzt wachsenden Anforderungen an die materielle Leistungsfähigkeit unserer Parteiorganisationen empfiehlt der Parteitag, so bald wie möglich überall einen Wochenbeitrag von 10 Pf. für männliche Parteimitglieder zur Einführung zu bringen.

Dittmann. Genügend unterstützt.

blickt. Ich dachte dabei: o du glückliches Oesterreich. (Heiterkeit.) Oesterreich hätte nicht eine so schöne Maifeier, wenn dort nicht die Einheit von Partei und Gewerkschaften in der Maifeierfrage vom ersten Tage an vorhanden gewesen wäre. (Sehr richtig!) Sorgen Sie dafür, daß endlich dieser Zankapfel zwischen Partei und Gewerkschaften aus dem Wege geräumt wird. (Lebhafter Beifall.)

Dittmann-Solingen:

Auch ich bin der Ansicht, daß wir hier die Unterstützungsfrage zu behandeln und alle anderen Punkte auszuscheiden haben. Aber es ist nicht wahr, daß alle die Gegner der Vereinbarungen die Sammlung eines riesenhaften Zentralfonds wollen. Die Auffassung wird nirgends im Reich geteilt. Gewiß sind in erster Reihe die Kreis- und Bezirksinstanzen für den Umfang der Arbeitsruhe und für die Gemaßregeltenunterstützungen verantwortlich, aber es bedeutet eine Verletzung des Zentralisationsprinzips, wenn klipp und klar eine Unterstützung aus den Zentralkassen der Gewerkschaften und Partei ausgeschlossen wird. Gewiß hat die Deklaration des Genossen Müller der Sache ein anderes Gesicht gegeben. Aber dann braucht der Satz, daß die Ausgesperrten eine Unterstützung aus der Zentralkasse nicht zu beanspruchen haben, überhaupt nicht in der Vereinbarung zu stehen, sondern es sollte vielmehr heißen, Unterstützung aus der Zentralkasse wird nur gewährt, soweit Beschlüsse der dafür maßgebenden Instanzen vorliegen oder herbeigeführt werden. Wohl hat Genosse Legien auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß betont, daß die Gewerkschaften nach wie vor den Mai-Gemaßregelten der einzelnen Organisationen Unterstützungen gewähren können. Wohl hat man auf der Generalversammlung des Schuhmacherverbandes sich ähnlich geäußert; aber daß die Sache doch nicht so ganz klar liegt, beweist die Beschlußfassung der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes. In Zukunft wird sich jedoch kein Gewerkschaftsvorstand mit Recht auf diesen Satz der Vereinbarung berufen können. Ich hebe das also noch einmal hier hervor, nachdem dieser Punkt vom Referenten klargestellt ist, und verzichte nunmehr auf den Antrag 277, der die Streichung des Satzes will. Haben wir Bezirksfonds erst einmal gebildet, wird sich die Weiterentwickelung schon ergeben. Ich bitte den Referenten uns noch mitzuteilen, wie er sich den Sinn des Nürnberger Beschlusses denkt, ob das eingehende Geld in die Bezirkskassen fließen soll oder nicht. Ich meine es gehört in diese Fonds hinein.

Salzmann-Recklinghausen:

Gewiß ist die Unterstützungsfrage schwierig. Aber daß sie der Arbeitsruhe den Garaus macht, gebe ich nicht zu. Wenn die Ausgesperrten wissen, daß sie eine Unterstützung bekommen, erhält die Maifeier neues Leben. Etwas Vollständiges läßt sich nicht schaffen. Nachdem Partei und Gewerkschaften so gewachsen sind, können wir der Unterstützungsfrage nicht mehr aus dem Wege gehen. In rückständigen Bezirken haben wir mit der Maifeier ein sehr gutes Agitationsmittel in Händen. Wenn man sie freilich fortwährend zu diskreditieren versucht, hat man es nachher leicht, auf den Rückgang hinzuweisen.

Der Antrag 277 ist zurückgezogen.

Hoffmann-Hamburg:

Der Vereinbarung des Parteivorstandes und der Generalkommission werde ich zustimmen, obwohl sie mir nicht zusagt. Aber wir müssen aus dem Dilemma herauskommen, daß sich ein großer Teil der Parteigenossen um den Parteitagsbeschluß, der die Arbeitsruhe für die würdigste Feier des 1. Mai erklärt, einfach nicht gekümmert hat, sondern unausgesetzt tätig gewesen ist, die Arbeitsruhe zu beseitigen. Hoffentlich treten auf dem nächstjährigen internationalen Kongreß zu Kopenhagen die Gegner der Arbeitsruhe, die in Stuttgart nur verblümt ihre Gegnerschaft zum Ausdruck gebracht haben, offen mit einem Antrag auf Beseitigung der Arbeitsruhe auf, damit man dann wenigstens weiß, woran man ist. Müller irrt sich, wenn er meint, daß jetzt mit der Regelung der Unterstützungsfrage die Sache auch endgültig geregelt ist; denn bei den großen Gewerkschaften, den Metallarbeitern, den Maurern, rechnet man gerade darauf, daß die Regelung der Unterstützung durch die Partei der Arbeitsruhe den Garaus machen wird. Eine der größten Gewerkschaften hat ja noch in den letzten Tagen erklärt, nicht mehr mitmachen zu wollen, und wenn die großen Gewerkschaften versagen, dann kann von einer Arbeitsruhe gar nicht die Rede mehr sein. Eins müssen wir jedenfalls fordern: daß bis zum internationalen Kongreß, bis zur anderweitigen Regelung, diejenigen Parteigenossen, die einen anderen Standpunkt einnehmen, das Unterminieren unterlassen. (Beifall.)

Schneppenhorst-Nürnberg:

Seit dem Essener Parteitag, der dem Parteivorstand den Auftrag erteilt hat, auf Grund des Stuttgarter Beschlusses die Unterstützungsfrage zu erörtern, ist die Maifeierbegeisterung auch beim Parteivorstand bedeutend herabgesunken. Nach meiner Auffassung hat die Generalkommission den Parteivorstand eingewickelt. Die Haltung dieser beiden Instanzen in den letzten Jahren mußten lähmend auf die Maifeier wirken. Ich erinere nur an die Bremserlasse. So kann es nicht weiter gehen. Wir müssen heute schon klipp und klar erklären, entweder wir feiern den 1. Mai durch Arbeitsruhe oder durch eine Demonstrationsversammlung am Abend. Dadurch, daß man für die Arbeitsruhe agitiert und dann in den Werkstätten die Genossen dagegen auftreten, entsteht der Krakeel, der sich auf die Partei im Orte überträgt. Wer trägt die Schuld? Diejenigen, die systematisch darauf hinarbeiten, unsere idealen Grundsätze mit Füßen zu treten, das für Unsinn zu erklären, wofür man seit Jahren aufs eifrigste agitiert hat. Ich bin Anhänger der Arbeitsruhe, aber ich sage, besser als daß der Krakeel fortbesteht, ist es, wir feiern am Abend des 1. Mai. Und der Krakeel wird auch nach der Vereinbarung fortbestehen, denn der Passus, daß es den einzelnen Organisationen überlassen ist, abends oder am Tage zu feiern, trägt den Keim der Zwietracht in sich. Erklärt der Parteitag heute sich für die Abendfeier, dann haben wir eine einheitliche Demonstration, die die Massen viel besser begeistert, als eine partielle Arbeitsruhe, worüber bei dem Gegner und selbst in unseren eigenen Reihen nur gelacht wird.

Blücher-Frankfurt a. M.:

Es ist ein Fehler, daß die glühendsten Anhänger der Arbeitsruhe immer wieder die Demonstration am Abend der Uneinigkeit vorziehen. Nicht allein die Gewerkschaftsführer, sondern auch der Parteivorstand trägt Schuld an der Flauheit der Maifeier. Ich nehme an, daß die Maßnahmen des Parteivorstandes von einigen Gewerkschaftsführern diktiert sind. Es ist bezeichnend, daß heute schon einzelne Wahlkreise die Aufhebung der Arbeitsruhe beantragen. Durch Beseitigung der Maifeier schädigt man den Idealismus der Massen. Die Polemik über die Gewerkschaftskongreßverhandlungen in Sachen der Maifeier, speziell die Art und Weise der „Leipziger Volkszeitung", trägt auch nicht gerade zur Propagierung der Maifeier bei. Auch über den Beschluß der letzten Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes hätte man nicht so heftig diskutieren sollen. Für uns ist er doch nicht bindend, und es ist stark zu hoffen, daß er auf der nächsten Generalversammlung wieder aufgehoben wird. Aus reinem Idealismus läßt sich die Arbeitsruhe nicht mehr durchführen; nachdem durch die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften die Proletarier in Massen schon zu Unterstützungsempfängern erzogen sind, müssen wir auch die Opfer des ersten Mai unterstützen. Die Zentralverbände schädigen sich selbst, wenn sie den Ausgesperrten keine Unterstützung gewähren. Es ist beschämend, daß Genosse Dr. Adler-Wien erklären mußte: Ihr Deutschen hemmt uns den 1. Mai so zu feiern, wie es notwendig wäre. Die Befürworter der Arbeitsruhe sollten nicht sagen, wir wollen lieber dem 1. Mai ein anständiges Begräbnis bereiten, als daß so fortgewurstelt wird. Ganz im Gegenteil, sie sollten die wankelmütigen Führer zwingen, daß sie der Massenbegeisterung Rechnung tragen. Schlimm ist es auch, daß Genossen, die immer den Idealismus predigen, noch nicht so viel Idealismus betätigt haben, um den Nürnberger Beschluß auf Abführung eines Tagesverdienstes Rechnung zu tragen. (Hört! hört!) Solange der Beschluß besteht, haben sich Anhänger oder Gegner ihm zu fügen. (Sehr richtig!) Wir sollten strikt sagen: Ob es zum Kampfe kommt oder nicht, wir müssen am 1. Mai feiern. Der Zusammenstoß mit dem Kapitalismus kann doch nicht aufgehalten werden, darum sollten wir den 1. Mai so feiern, wie es unserer Würde als Parteigenossen entspricht.

Schreck-Bielefeld:

Der Antrag 53, die Arbeitsruhe am 1. Mai fallen zu lassen, kommt aus einem Wahlkreis, der seit Jahrzehnten sich bemüht hat, der würdigsten Form der Maifeier Rechnung zu tragen. Wenn wir mittlerweile zu einer anderen Erkenntnis gekommen sind, so darf man uns nicht bezichtigen, daß wir nicht wie alle übrigen das Wohlergehen der gesamten proletarischen Bewegung im Auge hätten. Die Forderung der Arbeitsruhe ist eine Frage der Taktik. Unsere Partei ist ein Produkt der Entwickelung und muß der Entwickelung Rechnung tragen. Der Entwickelung Rechnung tragen ist keine Leisetreterei oder Verletzung von Parteigrundsätzen. Die Arbeitsruhe ist nicht nur zurzeit unmöglich, sondern die Ansichten darüber gehen auch sehr weit auseinander. Der Beschluß von 1889 entsprang einem großen Gefühl; man soll aber nicht das Gefühl in einer großen Kampfbewegung ausschlaggebend sein lassen. Wir müssen aussprechen, was ist: daß die Voraussetzungen für die idealste Form der Maifeier eben noch fehlen. Die heutige Arbeitsruhe mit ihrer schwachen Beteiligung ist kein würdiger Ausdruck der Klassenforderungen des Proletariats. (Sehr richtig!) In absehbarer Zeit wird sich keine Besserung herbeiführen lassen. Die Preisgabe der Arbeitsruhe am 1. Mai bedeutet keinen Rückzug. Der Kampfcharakter der Bewegung wird gesteigert, wenn statt der wenigen Prozent Arbeiter, die durch Arbeitsruhe protestieren, Millionen und aber Millionen sich zu einer gemeinsamen wirkungsvollen Demonstration zusammenfinden. Man soll nicht in unnützen Schlachten die Kräfte verbrauchen, sondern die Macht konzentrieren um den vollen Erfolg zu ermöglichen. In der Großindustrie ist eine Arbeitsruhe unmöglich. Das wissen alle. Dazu kommt die zunehmende Konzentration der Unternehmerorganisationen. Durch Ueberschätzung unserer Kräfte zersplittern wir nur die Einmütigkeit der Arbeiterklasse. Das Gejohle unserer Feinde über Abgehen von einer bisherigen Forderung darf uns nicht beeinflussen. Die Wucht der Abenddemonstration wird ihr Triumphgeschrei verstummen machen. Die äußere Form der Maifeier ist nicht die Hauptsache. Nicht das Festhalten an der Tradition, sondern unsere Stärkung für die endgültige Revolution ist notwendig. (Bravo!)

Zubeil-Berlin:

Der Parteitag muß endgültig in dieser Frage die Stellung einnehmen, die der Maifeier im wahren Sinne des Wortes würdig ist. Wenn auf dem Wege fortgeschritten wird, den die Resolution des Metallarbeiterverbandes einschlägt, so hat die Maifeier den endgültigen Todesstoß erhalten. (Sehr richtig!) Die Maifeier erhält den Todesstoß, wenn den Gewerkschaften nach jeder Richtung hin auf diesem Gebiete freie Hand gelassen wird. Im nächsten Jahre findet der Internationale Kongreß in Kopenhagen statt, in der Nachbarschaft Schwedens, wo die Arbeiter jetzt seit sieben Wochen in einem schweren Kampfe stehen, und wo sie eine Woche ohne die geringste Unterstützung ausgehalten haben. Da muß der deutsche Parteitag erklären, daß an der 1889 festgelegten Maifeier und der Arbeitsruhe nicht gerüttelt werden soll. Die Abendfeier ist nicht die würdigste Feier. Der 1. Mai ist nicht ausschließlich der Erkämpfung des Achtstundentages gewidmet. Sehen wir nicht, wie jetzt überall in Preußen, in Sachsen, in fast allen Einzelstaaten in Deutschland um ein neues Wahlrecht gekämpft wird? Wir stehen in der Zeit der Eroberung der Straße, wir wollen uns nicht mehr das Recht auf die Straße entziehen lassen, ein Recht, das die bürgerliche Gesellschaft so lange in Anspruch genommen hat. Das Proletariat gehört auf die Straßen. Ist nicht der 1. Mai der größte Demonstrationstag? Wir können nicht die Straße am Abend erobern. Wir müssen am lichten Tage auf die Straße gehen. Auch der bürgerlichen Gesellschaft sind ihre heutigen Privilegien nicht in den Schoß gefallen. Auch sie hat kämpfen und für ihre Ideale Opfer bringen müssen. Und wir Sozialdemokraten sollten kein Opfer mehr für den großen Gedanken des 1. Mai bringen? Wir werden noch manche und viele Opfer bringen müssen. Wir verlangen in unserem Antrag 58, daß der Nürnberger Beschluß über Unterstützung der Maiausgesperrten erweitert werden soll. Es sollen alle organisierten Arbeiter herangezogen werden, die den 1. Mai nicht feiern, und sie sollen den Tagesverdienst vom 1. Mai für die Gemaßregelten abliefern. Wir wollen den darauf bezüglichen Teil unseres Antrages zurückziehen, aber wir wollen, daß dieser Gedanke propagiert wird. Den übrigen Teil unseres Antrages halten wir aufrecht. (Lebhafter Beifall.)

Lipinski-Leipzig:

Wenn es sich nur darum handeln würde, inwieweit die Partei neben den Unterstützungen, die die Gewerkschaft den Maiausgesperrten zahlt, zu den Kosten heranzuziehen sei, dann wäre die Frage leichter zu lösen. Aber das ist ja nicht der Kern der Sache. Ich erinnere daran, daß das Bestreben, die Maifeier anders zu organisieren, von den Gewerkschaften unter dem Gesichtswinkel ausgegangen ist, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai ihre Dispositionen durchkreuzt und sie in ihrer Taktik lahmlegt. Nicht die Unterstützung ist die Hauptsache; die Sache ist die, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai aus dem Aktionsprogramm der Gewerkschaften ausgeschaltet werden soll. Das ist der Angelpunkt der ganzen Sache. Auch heute sind die Voraussetzungen für die Arbeitsruhe am 1. Mai, wie sie im Sinne des internationalen Kongresses von Paris lagen, vorhanden, aber die Gewerkschaften versuchen auf dem Gebiete der Unterstützungsfrage hinten herum die Angelegenheit zu ändern. Aus der ganzen Vereinbarung zwischen Partei und Generalkommission, die nichts ist, als eine gegenseitige Liebeserklärung, klingt die Resignation heraus, daß man auf die Arbeitsruhe verzichten möge. Eine Regelung der Unterstützung in Partei und Gewerkschaft nach der Zahl der Mitglieder würde bedeuten, in die Parteiorganisation einen Gedanken hineintragen, der ihr bisher fremd war, nämlich die Verwendung der Parteigelder zu Unterstützungszwecken, die bisher zu Propagandazwecken verwendet wurden. Was den Ausgesperrten recht ist, ist den Arbeitslosen, den Kranken, den Witwen billig und da kommen wir konsequent zu dem Antrag, der in Anhalt gestellt ist. Ich stimme also gegen den Beschluß des Parteivorstandes.

Stubbe-Hamburg:

Wollen wir uns doch nicht verhehlen, daß in weiten Kreisen der Genossen, nicht bloß in den Gewerkschaften, sondern auch in der Partei die Stimmung sich gegen die Maifeier richtet. Aus den Anträgen, wenn sie auch zum großen Teil nicht Unterstützung gefunden haben, geht doch hervor, daß man in weiten Kreisen die Maifeier beseitigen will, und auch die Vereinbarung zwischen Partei und Generalkommission ist dazu angetan. Ich bezweifle sehr, daß es nach der Bestimmung im Absatz 2 der Vereinbarung überhaupt noch möglich sein wird, eine Maifeier zustande zu bringen. Was sollen die Parteigenossen an den einzelnen Orten zum Beispiel für einen Beschluß fassen, um dem Beschluß des Metallarbeiterverbandes Rechnung zu tragen, der zwar in seinen Statuten noch die Bestimmung hat, daß von der zweiten Woche an Unterstützung gewährt werden muß, aber auf seinem letzten Verbandstage sich entschieden gegen die Maifeier erklärt hat. Andere Organisationen werden auf ihren Verbandstagen wieder andere Beschlüsse fassen. In den neunziger Jahren sind wir sehr gut ohne Unterstützungsfrage ausgekommen, und bis heute ist auch der Maurerverband damit ausgekommen. Wenn nur etwas mehr Idealismus zum Ausdruck käme, würde man ganz gut fertig werden. Freiwillige Beiträge lassen sich nicht durchführen und gegen den vorjährigen Beschluß, daß die Nichtfeiernden einen Tageslohn abzuführen haben, hat sich weiter Widerstand bei den Beteiligten erhoben. Sie haben sich einfach geweigert. Einen Zweck hat nur die Einführung obligatorischer Extrabeiträge. Wir sollten die Entscheidung dem Kopenhagener Internationalen Kongreß überlassen; der nächste 1. Mai fällt auf einen Sonntag, da haben wir zwei Jahre Zeit. (Bravo!)

Bömelburg:

Wer behauptet, daß die Unterstützungsfrage nichts weiter bedeutet, als der Maifeier das Grab zu graben, ist mit den wirklichen Verhältnissen wahrlich schlecht vertraut. Wenn man sich sagt, daß die Arbeitsruhe Maßregelungen von längerer Dauer zur Folge hat, muß naturgemäß zur Unterstützungsfrage kommen. Wer sich in völlig unabhängiger Stellung befindet, wird ja niemals so fühlen können wie diejenigen, die vom Unternehmer abhängig sind. Es ist sehr leicht, von Idealismus zu sprechen; ein Familienvater, der sich der Gefahr einer Maßregelung von längerer Dauer aussetzt, ohne die Gewähr, daß er von irgend einer Stelle unterstützt wird, würde leichtsinnig gegen seine Familie handeln. Das Opfer, das von dem einzelnen verlangt wird, ist zu groß. (Sehr richtig!) Das kann der einzelne unmöglich bringen und das kann auch die Arbeiterbewegung nicht von ihm verlangen. Ich bin überzeugt, wenn mancher, der ein scharfes Wort für die Arbeitsruhe gesprochen und die Feder dafür spitz gemacht hat, 50 M., 100 M. oder mehr opfern sollte, dann würde er sagen: Nein, das geht zu weit. (Sehr gut!) Die Unterstützungsfrage besteht ja schon, so lange wir die Arbeitsruhe haben. Die ersten Jahre haben sich die Arbeiter an vielen Orten dadurch geholfen, daß ihnen von den örtlichen Organisationen zum Teil Unterstützung gezahlt wurde, aber die Mittel der Organisation reichten nicht aus; es mußten außerordentliche Beiträge aufgebracht werden, die Schulden zu decken. Das hat einen Zankapfel gegeben, und so nahm man von den Unterstützungen Abstand. Ich könnte Ihnen nachweisen, daß da auch die Beteiligung an der Arbeitsruhe um ein Bedeutendes zurückging. Wir mußten also die Unterstützungsfrage aufwerfen. Und darüber, wer zahlen soll, kann doch kein Streit sein. Die Maifeier ist doch beschlossen von der gesamten Arbeiterbewegung, der politischen und gewerkschaftlichen auf den Internationalen Kongressen. Die Frage geht also beide Teile an, und da kann man nicht sagen, die Partei beschließt, wie es sein soll, und die Gewerkschaften müssen zahlen. Da müssen sich Konflikte ergeben, wie wir sie seit einer Reihe von Jahren haben. Da kann man nicht sagen, die Gewerkschaftsführer sitzen auf ihren Geldsäcken. Nein, die Sache muß gemeinsam gemacht werden. (Sehr richtig!) Jeder Kenner unseres Parteilebens wird zugestehen müssen, daß das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft in den letzten Jahren viel besser geworden ist; warum? Weil die Zentralen sich in wichtigen Fragen verständigen. Auch in dieser Frage müssen beide Teile in engster Fühlung mit einander arbeiten, dann bin ich fest überzeugt, wird man über manche Schwierigkeit hinwegkommen. Es kommt nur darauf an, ob der Wille vorhanden ist. Allerdings, wenn die Buchdrucker kommen und sagen, erst wollen wir den Tag feiern, dann wollen wir auch noch den Tageslohn haben, und wenn sie sich dann noch darüber streiten, ob sie etwas abgeben sollen — Parteigenossen sind es nicht, die so etwas tun. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ich bedauere diejenigen, die einer solchen Handlungsweise noch das Wort reden. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Uns fehlt weiter nichts als daß wir über die Maifeier nicht mehr reden. (Heiterkeit und Sehr gut!) Wir haben die Maifeier tot geredet in Deutschland, ich wünsche, daß wir uns in Zukunft auf unseren Parteitagen damit wenig befassen und daß wir uns auch auf dem nächsten internationalen Kongreß damit nicht befassen. In der Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission ist ausgesprochen, daß die Arbeitsruhe maßgebend sein soll. Das ist eine Verbesserung. Deshalb sollen wir nicht mehr reden, sondern handeln. Dann werden wir auch das erreichen, was wir notwendig gebrauchen. Das ist das beste, was es geben kann. (Die Redezeit ist abgelaufen. — Lebhafter Beifall.)

Ein Schlußantrag, für den Ewald-Berlin spricht und den Gottschalk-Königsberg bekämpft, gilt als abgelehnt, weil das Bureau wiederholt über das Resultat der Abstimmung zweifelhaft war.

Gottschalk-Königsberg:

Ich kann die Ansicht des Genossen Bömelburg nicht teilen, daß über die Maifeier weiterhin nicht gesprochen werden soll. Jedenfalls so lange nicht, bis eine befriedigende Lösung der schwebenden Streitfragen stattgefunden hat. Diese kann ich in den vorgelegten Vereinbarungen nicht erblicken. Neben kleinen Verbesserungen finde ich eine direkte Verschlechterung darin, nämlich die Bezirksfonds an Stelle der Lokalfonds. Breslau z. B. und Königsberg können die Maifeier durch Arbeitsruhe nicht mehr empfehlen, wenn sie für den ganzen Agitationsbezirk mit verantwortlich gemacht werden. Auch halte ich den Passus für bedenklich, daß die Gewerkschaften die Unterstützung der Ausgesperrten allein zu übernehmen haben, wenn sie in Anschluß an Aussperrungen Lohnforderungen erheben. Wir bitten, unseren Abänderungsantrag anzunehmen. Ich hoffe, daß daran das Einvernehmen mit der Generalkommission nicht scheitern wird. Alle die, die beanspruchen über die Maifeier zu entscheiden, müssen auch zu den Kosten herangezogen werden; da dazu auch die Parteiinstanzen gehören, müssen wir auch einen Teil der finanziellen Lasten übernehmen. Wir in Königsberg sind der Ansicht, daß bei kurzen Aussperrungen die örtlichen Organisationen allein die Kosten übernehmen. Eine ganze Anzahl Gewerkschaften, z. B. die Metallarbeiter, Goldarbeiter usw., geben obligatorische Maimarken aus, und da wird nun gesagt, die Partei könne keine Pflichtbeiträge einführen, denn sie werde doch im Nichteintreibungsfalle die Mitglieder nicht ausschließen wollen. Stellen wir uns doch nicht ein solches Armutszeugnis gegenüber der Gewerkschaftsbewegung aus. Die Partei wird doch tun können, was die Gewerkschaften vielfach durchgesetzt haben. Die Opferwilligkeit für die Maifeier wird noch außerordentlich unterschätzt und die Erfahrungen mit dem Nürnberger Antrag machen mich nicht im geringsten stutzig. Die große Mehrheit der Arbeiter, die am 1. Mai in der Werkstatt fronden müssen, feiern mit uns mit Ingrimm im Herzen, daß sie nicht dabei sein können, und dieser Ingrimm wird sich umsetzen in Kampfentschlossenheit und in die Entschlossenheit, Opfer zu bringen, um endlich aus der Knechtschaft herauszukommen. Für dieses Ziel einen kleinen finanziellen Beitrag zu leisten, werden die Genossen bereit sein. Es muß nur nicht der ganze Tageslohn sein, sondern ein anderer angemessener Beitrag. (Bravo!)

Hierauf wird die weitere Debatte auf den Nachmittag vertagt.

Singer: Genosse Karski macht mir in einem Schreiben einige Mitteilungen über die Ausführungen des Genossen Fischer. Ich kann nicht einem Nichtmitglied des Parteitages sachliche Widerlegungen eines Redners zugestehen. Dagegen halte ich mich für verpflichtet mitzuteilen, daß Karski feststellt, sowohl den betreffenden Artikel als auch sonstige Beiträge stets auf Verlangen der Redaktionen oder der Parteiinstanzen geschrieben zu haben.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Singer

eröffnet die Sitzung um 3 Uhr mit der Mitteilung, daß die spanische Sozialistische Partei dem Parteitag telegraphisch brüderliche Grüße und Wünsche gesandt habe. (Beifall.)

Die Diskussion über die Maifeier wird fortgesetzt.

Peus-Dessau:

Ich fürchte der Antrag des Vorstandes wird angenommen. Eine weitere Versumpfung der Frage wird die Folge sein. Selbst in den Großstädten wird der Versuch mit den Bezirkskassen ein Fiasko erleiden. In der Hand unserer wirtschaftlichen Gegner wird es liegen, ob sie unsere Kassen leeren wollen. Es wird schon schwer sein, die Bezirksfonds zu gründen. Leider will man den Nürnberger Beschluß, wonach die Angestellten den Tageslohn hergeben, aufrecht erhalten. Der Gedanke führt zu den allerschlimmsten Konsequenzen. Sonderbar ist, daß ausgerechnet Kautsky den Vorschlag macht, die Maifeier in eine Maisteuer umzuwandeln. In Leipzig sollen auf Grund dieses Beschlusses ganze 6,50 Mark zustande gekommen sein. Wir sollten den Mut haben, einfach ehrlich zu erklären, die Maifeier, soweit sie die Arbeitsruhe zu erzwingen sucht, war ein Irrtum. Wir haben in der Arbeiterbewegung schon manches mutig zurückgenommen. Wir haben uns noch nie für unfehlbar gehalten. Wenn man jetzt nicht den Mut zu einer solchen Erklärung hat, dann werden die Erörterungen über die Maifeier sich noch jahrelang fortsetzen. Bei dem Zwang auf Ablieferung des Arbeitslohnes hat man auch so etwas wie unangenehmen Eindruck von dem Druck des Arbeitgebers auf den Arbeitnehmer gehabt, wenn das auch nicht beabsichtigt ist.

Hüttmann-Frankfurt a. M.:

Ich kann die Meinung nicht teilen, daß mit der vorgeschlagenen Regelung der Arbeitsruhe das Genick gebrochen wird. Mit der Regelung der Unterstützungsfrage tut man einen bedeutenden Schritt nach vorwärts. Daß wir uns in der Vergangenheit über die Unterstützungsfrage leicht hinweggesetzt haben, war eine große Unterlassungssünde. Ich möchte den Parteigenossen zurufen, sorgt für eine umfangreiche Arbeitsruhe, sorgt aber auch für die Mittel, um die Gemaßregelten in würdiger Weise zu unterstützen. (Bravo!)

Sindermann-Dresden:

Der Maifeiergedanke muß doch eine sehr robuste Natur haben, sonst hätte man ihn längst tot geredet. Ich als eifriger Verteidiger der vollständigen Arbeitsruhe am 1. Mai bedaure diese Angriffe auf die Maifeier. Ich möchte, daß wir die Resolution des Parteivorstandes möglichst einstimmig annehmen, um zu realen Verhältnissen zu kommen. Wir werden dadurch künftige Debatten über die Maifeier nicht ganz beseitigen, aber wenigstens stark einschränken. Unsere Parteigenossen müssen danach streben, die Arbeitsruhe auszubauen und immermehr zu einer vollständigen zu machen. (Bravo!)

Löbe-Breslau:

Diese Debatten werden dadurch verbittert, daß man den Gegnern der Arbeitsruhe fortgesetzt die Verkennung des hohen idealen Wertes des Maigedankens vorwirft. Wir sind der Meinung, daß auch die neuen Vereinbarungen an ihrer Undurchführbarkeit scheitern werden. Wir, die wir jetzt gegen die Arbeitsruhe Stellung nehmen, haben zehn Jahre lang Seite an Seite mit den übrigen den 1. Mai gefeiert und wir haben uns von dem Gedanken dieser Feier mit demselben Schmerze losringen müssen, wie sich mancher in seiner Jugend von christlichen Festgedanken losgerungen hat. Sind imposante Kundgebungen am Abend oder an einem Sonntag nicht wirkungsvoller als die Zusammenkunft eines kleinen Häufchens am Wochentage, wo die Versammlungen leicht zum Kaffeekränzchen ausarten. Die Sache ist nicht aktuell, da der nächste erste Mai auf einen Sonntag fällt und im nächsten Jahre zudem der Internationale Kongreß in Kopenhagen ist. Dort sollten Partei und Gewerkschaften Deutschlands klipp und klar die Sachlage darlegen und darauf drängen, daß die Maifeier wieder einen Charakter annimmt, der die Beteiligung des gesamten Proletariats ermöglicht, sei es nun, daß die Feier auf den Abend des 1. Mai oder auf den folgenden Sonntag gelegt wird. Nur so kommen wir zu einer wirklichen Demonstration für Völkerfrieden und Achtstundentag, statt der jetzigen unerquicklichen Katzbalgerei.

Kautsky:

Die heutige Diskussion über die Maifeier steht unter dem Zeichen der Unterstützungsfrage. Die Unterstützungsfrage ist außerordentlich wichtig, aber man darf doch nicht vergessen, daß sie nur die eine Seite der ganzen Frage ist. Die Sicherung des Einzelnen dehnt die Arbeitsruhe aus, aber die Ausdehnung der Arbeitsruhe erhöht auch die Sicherung des Einzelnen gegen die Maßregelung, zumal wenn die Depression überwunden ist. Wenn wir also die Arbeitsruhe wollen, dann ja keine Halbheit, dann müssen wir sie soweit wie möglich ausdehnen. Damit ist aber nicht gesagt, daß wir die Unterstützungsfrage vernachlässigen sollen. Mein hier so arg zerzauster Vorschlag wollte ja gerade einen möglichst großen Unterstützungsfonds zugunsten der Ausgesperrten schaffen, er war nicht so gemeint, wie Peus ihn aufgefaßt hat. Ich habe nie daran gedacht, daß die Genossen parteizwangsweise zur Ablieferung ihres Tageslohnes angehalten werden sollen. Ich beabsichtige nur einen Appell an das Solidaritätsgefühl. (Zuruf: Das ist doch dasselbe!) Ich habe so viele glänzende Beweise von Opfermut des deutschen Proletariats kennen gelernt, daß das Peussche Beispiel von den 6,50 M. doch etwas dagegen verblaßt, und haben wir jetzt nicht gelegentlich des schwedischen Generalstreiks gesehen, daß man nie vergebens an den Enthusiasmus des Proletariats appelliert? Gestern wurde ich beschuldigt, das Proletariat zu verraten, heute soll ich es verkaufen. Das ist für einen Großinquisitor ein harter Vorwurf. (Heiterkeit.) Gerechtfertigter ist schon der Vorwurf, daß ich zu sehr an den Idealismus appelliere. Ich wünsche nichts mehr, als daß eine möglichst vollständige Arbeitsruhe durchgeführt wird und mein Vorschlag dadurch hinfällig wird. So lange das aber nicht der Fall ist, müssen wir dem Arbeiter klar machen, daß er, wenn er am 1. Mai nicht feiern kann, sich nicht am Abend durch ein paar Pfennige loskaufen kann. Am 1. Mai gehört der Proletarier nicht sich, sondern der Partei. Die Arbeitsruhe ist eine unbedingte Notwendigkeit für uns, wenn wir nicht auf die gesamte internationale Arbeiterbewegung einen höchst deprimierenden Eindruck ausüben wollen. (Sehr gut!) Von all den hier gepflogenen Beratungen wird keine von den Proletariern aller Länder mit solcher Aufmerksamkeit verfolgt, wie die über die Maifeier. Die Proletarier aller Länder sehen in der deutschen Sozialdemokratie die Wurzeln ihrer Kraft und der Zuversicht, und wenn wir schwach werden, so wird das auf die ganze internationale Sozialdemokratie zurückwirken. Daran denken Sie, wenn Sie heute abstimmen. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen. Das Schlußwort erhält

Parteisekretär Müller:

Die Frage der Abschaffung der Arbeitsruhe, die Frage der Abendfeier und der Sonntagsfeier scheiden hier vollständig aus, und auch die Provokation des Genossen Peus, der sich hier als starker Mann hingestellt und mit seinem Mut geprotzt hat, wird mich nicht dazu bewegen. Hier kommt es nicht auf das Quantum Kourage, sondern auf die Willensrichtung des Einzelnen an. Wir haben schon in Nürnberg klipp und klar ausgesprochen, daß die Zentralkassen der Gewerkschaften nicht ausgeschaltet werden sollen. Wenn man das mir als Verdienst anrechnet, so muß ich das für meine Person ablehnen. Die Verwirrung, die entstanden ist, ist durch einige Zeitungsartikel veranlaßt, z. B. durch die Korrespondenz von Parvus. (Sehr richtig!) Die Frage der Mitheranziehung der Zentralkassen der Gewerkschaften fällt gar nicht unter unsere Vereinbarung. Sie kann auch nicht von den Zentralvorständen entschieden werden, sondern von den Mitgliedern der Zentralverbände, und wenn diese dafür sorgen, daß die Unterstützungsbestimmungen erhalten bleiben und vor allem keine Rückwärtsrevision vorgenommen wird, dann wird am besten für Weiterausdehnung der Arbeitsruhe gesorgt werden. (Sehr richtig!) Von Parteitagswegen haben wir kein Recht und kein Mandat dazu, den einzelnen Gewerkschaften vorzuschreiben, was sie mit ihren Unterstützungseinrichtungen machen sollen, wie sie sie ausbauen und wie sie sie verwenden sollen. Ich fürchte, Genosse Gottschalk ist zu optimistisch in bezug auf die Opferwilligkeit der Gewerkschaftsmitglieder. Wenn er aber wirklich recht hat, dann muß es ein leichtes sein, die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften nach dieser Richtung hin auszubauen. (Sehr wahr!) Was Kautsky betrifft, so habe ich ihm durchaus nicht vorgeworfen, daß er Ideale verkaufen will, sondern ich habe mich nur dagegen gewehrt, daß man eine Gleichung aufstellt: ein Ideal = 3,50 M. (Heiterkeit.) Aus der Diskussion wird Kautsky ja ersehen haben, daß niemand für seinen Vorschlag eingetreten und der von ihm vorgeschlagene Weg der allerungeeignetste ist. Gegen die Durchführbarkeit der Bezirksfonds sind einige Einwände erhoben worden. Aber Bömelburg hat schon mit Recht gesagt, daß die großen Zentren ohne weiteres in der Lage sind, solche Fonds zu gründen und zu füllen, und wenn auf die finanzielle Schwäche von Königsberg hingewiesen wird, so ist dagegen zu sagen, daß die Maifeiernden in Stallupönen den Königsbergern schwerlich Kopfschmerzen machen werden. Dort ist die Frage wirklich nicht brennend, und es kann keine Rede davon sein, daß man nach Annahme der Vereinbarungen mit Volldampf in die Maifeiermaßregelungen hineinrennt. Es ist gefragt worden, ob der in Nürnberg angenommene Antrag 90 noch gilt, der eine gemeinsame Kasse von Partei und Gewerkschaft vorsieht, in welche die Tagesverdienste der Genossen der Parteibetriebe fließen sollen. Ich halte es für selbstverständlich, daß in Zukunft diese Beiträge in die gemeinsame Kasse fließen. Das ist bisher nicht geschehen, weil bei der tatsächlichen Nichtexistenz einer gemeinsamen Kasse der im Trubel angenommene Antrag undurchführbar war. Er war auch unzureichend formuliert. Es muß ein gewisses Minimum festgesetzt sein; wir können doch nicht einer armen Waschfrau die paar Pfennige abnehmen, die sie am 1. Mai verdient. Eine andere Fassung des Antrags liegt nicht vor. Für die Aufhebung des Antrags bin ich nicht zu haben.

Es ist wieder das alte Lied gesungen worden, daß der Parteivorstand sich von den Gewerkschaftsführern einwickeln ließe. Ich sagte mir, sowas hast du doch schon einmal irgendwo gelesen. Richtig, da fiel mir ein, daß Rexhäuser geschrieben hat, daß die Gewerkschaftsführer sich einwickeln ließen vom Parteivorstand. (Heiterkeit.) Die Vorwürfe heben sich gegenseitig auf. Man hat davon gesprochen, die ganze Angelegenheit vor den internationalen Kongreß in Kopenhagen zu bringen. Ich verspreche mir davon nichts. In Kopenhagen könnte beispielsweise die Abschaffung der Arbeitsruhe oder die Verlegung der Feier auf den Abend oder auf den Sonntag beschlossen werden. Das wollen wir nicht. Umgekehrt könnten aber auch die Beschlüsse verschärft werden. Dann hätten wir auf dem Papier Beschlüsse, die wir nicht durchführen könnten, bevor wir nicht in befriedigender Weise die Unterstützungsfrage geregelt haben. Ich warne auch vor Vertagung der Frage. Drei Jahre haben wir verhandelt. Die Generalkommission der Gewerkschaften will vor dem nächsten Gewerkschaftskongreß nicht mehr mit uns darüber verhandeln. Eine neue Vertagung würde zwecklos sein. Ich weiß nicht, ob es taktisch richtig wäre, zunächst noch einmal den Gewerkschaftskongreß sprechen zu lassen. Die Sache ist spruchreif. Möge der Parteitag im Gegensatz zu der Anschauung einer Anzahl Gewerkschafts- und Parteigenossen klar und bündig aussprechen, daß die Arbeitsruhe ausgedehnt werden muß. Ich bitte, alle Anträge abzulehnen und unserer Vereinbarung zuzustimmen. (Beifall.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag 51, der die Vereinbarungen des Parteivorstandes mit der Generalkommission enthält, **mit großer Mehrheit angenommen.** (Lebhafter Beifall.) Alle anderen Anträge mit Ausnahme des Antrags 64 sind erledigt. Der Antrag 64, der die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses verlangt, wird abgelehnt.

Damit ist der Punkt Maifeier erledigt.

Zu einer Erklärung erhält das Wort

Richard Fischer-Berlin: Sie werden jedenfalls den mit „Stank" überschriebenen Artikel im heutigen „Vorwärts" gelesen haben, den die Redaktion gegen mich zu richten als ihre parteigenössische Pflicht betrachtet hat. Redner verliest den stenographischen Wortlaut seiner gestrigen Ausführungen und gibt folgende Erklärung zu Protokoll:

„Wegen meiner Kritik des „Vorwärts" in der gestrigen Sitzung des Parteitages werde ich in der heutigen Nummer des „Vorwärts" in einer Weise angegriffen, daß ich es für nötig halte, die Aufmerksamkeit des Parteitages hierauf zu lenken. Ich berufe mich auf den gesamten Parteitag als Zeugen für die Richtigkeit meiner Feststellung, daß ich gegen den „Vorwärts" oder dessen Redaktion auch nicht ein Wort gebraucht habe, das als beleidigend aufgefaßt werden kann; ich kann mich hierfür sogar auf den auf dem Parteitag anwesenden „Vorwärts"-Redakteur berufen, der weder am Parteitag noch in seinen Berichten an den „Vorwärts" Anlaß zu Klagen nach dieser Richtung hatte. Ich habe einfach als Parteitagsmitglied von meinem Recht der Kritik an dem Zentralorgan Gebrauch gemacht — ob die Kritik berechtigt war oder nicht, ist hier gleichgültig —; ich protestiere daher an dieser Stelle gegen den unqualifizierbaren Angriff seitens des „Vorwärts" und kann hinzufügen, daß eine große Anzahl Berliner Delegierter, mit denen ich Rücksprache genommen habe, sich diesem Proteste anschließen. Fischer-Berlin."

Singer: Die abgegebene Erklärung geht zu Protokoll.

6. Punkt der Tagesordnung:

Die Reichsversicherungsordnung.

Hierzu liegen vor genügend unterstützt die Resolution 271*) der drei Referenten und das dazu gestellte Amendement 282**), ferner die Resolutionen 35 und 273.

---

*) **271. Resolution zur Versicherungsordnung.**

Der Parteitag hält unter Betonung der Grundsätze, die bereits in den Beschlüssen des Parteitages zu München 1902 und des internationalen Kongresses zu Amsterdam 1904 zum Ausdruck gebracht sind, eine umfassende und gesicherte Fürsorge für alle gegen Lohn und Gehalt beschäftigten, sowie diesen sozial gleichgestellten Personen durch die reichsgesetzliche Zwangsversicherung für unbedingt notwendig. Die bestehende Arbeiterversicherung ist unzureichend und genügt den berechtigten Ansprüchen der Arbeiterklasse bei weitem nicht.

Die Vereinheitlichung (organische Verbindung) der bisherigen Arbeiterversicherung, unter voller Selbstverwaltung durch die Versicherten, ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine gesunde Reform der Arbeiterversicherung.

Der vom Reichsamt des Innern veröffentlichte Entwurf einer Reichsversicherungsordnung erfüllt die berechtigten Ansprüche der Arbeiter nicht. Er bringt neben einigen kleinen Verbesserungen (Ausdehnung des Kreises der versicherungspflichtigen Personen, Witwen- und Waisenversicherung) erhebliche Verschlechterungen der Rechte der Versicherten.

Der Parteitag fordert:

A. Für alle Versicherungszweige.

1. Volles Selbstverwaltungsrecht für die Versicherten, das sich auf das ganze Gebiet der Verwaltung der Versicherungsträger, das Aufsichts-, Beschluß-, Spruch- und Schiedsverfahren erstreckt und das sich aufbaut auf das aktive und passive Wahlrecht aller Versicherten ohne Unterschied des Geschlechts.

2. Wahl der in der Arbeiterversicherung tätigen Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber in direkter und geheimer Wahl auf Grund des Proportionalwahlsystems.

3. Uebernahme der Kosten für die Versicherungsbehörden auf das Reich, die Einzelstaaten und Gemeinden.

4. Erhöhung der Einkommensgrenze für die Versicherungspflicht auf 5000 M.

5. Einheitlichkeit des Rechtsweges. Zuständigkeit des Reichsversicherungsamtes als höchste Aufsichts- und Rekursinstanz.

B. Für die einzelnen Versicherungszweige.

I. Krankenversicherung.

1. Zentralisation der Krankenversicherung, gemeinsame Ortskrankenkassen für die Städte, Bezirkskrankenkassen für die Landgemeinden unter Aufhebung der übrigen Krankenkassenformen, soweit sie sich nicht auf die Gewährung ergänzender Krankenunterstützung beschränken.

2. Aufrechterhaltung des bisherigen Selbstverwaltungsrechts, unter Beseitigung der beschränkenden Bestimmungen.

3. Ausgestaltung der Fürsorge für die Versicherten und ihre Angehörigen, auch in bezug auf die Verhütung von Krankheiten, insbesondere:

a) Eine Schwangerschaftsunterstützung auf die Dauer von 8 Wochen vor der Geburt.
b) Eine Wöchnerinnenunterstützung auf die Dauer von 8 Wochen nach der Geburt, beides in der vollen Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes.
c) Freie Gewährung der Hebammendienste und bei Schwangerschaftsbeschwerden freie Gewährung der ärztlichen Hilfe.
d) Gewährung dieser Leistungen an die Ehefrauen der Versicherten.

4. Den Krankenkassen ist das Recht einzuräumen, Vorschriften zur Verhütung von Krankheiten zu erlassen und die Durchführung dieser, sowie auf Grund der Gewerbeordnung erlassenen Bestimmungen zu überwachen.

5. Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter, der Dienstboten, Hausgewerbetreibenden und Wanderarbeiter mit den gewerblichen Arbeitern.

II. Unfallversicherung.

1. Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Arbeiter und Angestellten, die gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt sind, sowie auf die Selbständigen im Kleingewerbe und in der Hausindustrie.

2. Bei der Berechnung der Entschädigung für die durch Betriebsunfälle zu Schaden gekommenen Versicherten ist der volle Jahresarbeitsverdienst in Anrechnung zu bringen, und voller Schadenersatz zu leisten. Die Witwenrente ist auf 33⅓ Proz. zu erhöhen.

3. Die Entschädigungspflicht ist auszudehnen auf alle Unfälle, die den Versicherten auf dem Wege zur Betriebsstelle und von dort nach Hause zustoßen. Ferner sind die Gewerbekrankheiten in gleicher Weise wie die Betriebsunfälle zu entschädigen.

4. Bei der Ermittelung des Unfallvorganges und bei der Rentenfestsetzung ist den Versicherten eine Mitwirkung einzuräumen durch gewählte Vertreter aus ihren Kreisen.

5. Die Entschädigungspflicht der Träger der Unfallversicherung hat vom Tage des Unfalles an zu beginnen.

6. Entschiedene Zurückweisung der Bestimmungen in dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung, wonach für den Fall, daß der Verletzte einen höheren Verdienst erlangt als vor dem Unfall, die Rente ruht oder entsprechend gekürzt wird, oder der Verletzte die ihm von dem Träger der Versicherung gebotene Arbeit annehmen muß. Die Erwerbseinbuße ist zu bemessen unter Berücksichtigung der Arbeitsfähigkeit des Verletzten in seinem Beruf.

7. Ablehnung der Bestimmung des Entwurfs, daß eine Rente von 20 Proz. der Vollrente für einen bestimmten Zeitabschnitt gewährt und Renten in diesem Umfange von dem Träger der Versicherung durch einmalige Abfindung abgelöst werden können.

8. Die Ausländer, die in inländischen Betrieben Unfälle erlitten haben, sind in ihren Rentenansprüchen den Reichsangehörigen gleichzustellen.

III. Invalidenversicherung.

1. Die Versicherungspflicht ist auszudehnen auf alle gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten und diesen sozial und wirtschaftlich gleichgestellten Personen, deren Jahresarbeitsverdienst 5000 M. nicht übersteigt.

2. Alle privaten Ersatzinstitute sind zu verbieten.

3. Jede Beitragsklasse hat den vollen Jahresarbeitsverdienst des Versicherten zu erfassen. Die Zahl der Beitragsklassen ist entsprechend zu erhöhen.

4. Die Invalidenrente ist zu bewilligen, wenn der Versicherte nicht mehr in der Lage ist, in seinem Beruf die Hälfte des Lohnes eines gleichartigen Vollarbeiters zu erwerben. Die Rente muß mindestens ein Drittel des versicherten Jahresarbeitsverdienstes betragen. Sie ist zu steigern:

a) durch Steigerungssätze infolge der Dauer der Versicherung;
b) bei höherer Erwerbsunfähigkeit;
c) Hilflosen, die besonderer Pflege bedürfen, ist der volle versicherte Arbeitsverdienst als Rente zu bewilligen.

5. Die Altersrente ist entsprechend der Invalidenrente zu erhöhen. Sie ist allen Versicherten, die bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres die Anwartschaft aufrechterhalten haben, zu bewilligen, ohne daß ein Nachweis über die Beschäftigung aus der Zeit, die vor Eintritt der Versicherungspflicht liegt, erbracht wird. Die Aufrechterhaltung der Anwartschaft soll erleichtert und die Wartezeit verkürzt werden.

6. Das Heilverfahren ist für die Versicherten und deren Angehörige obligatorisch zu machen und sind die Krankenkassen zu verpflichten, alle für ein Heilverfahren geeignet erscheinenden Krankheitsfälle der Versicherungsanstalt anzuzeigen.

7. Während der Dauer des Heilverfahrens ist in hinreichender Weise für die Angehörigen zu sorgen.

IV. Hinterbliebenenversicherung.

1. Witwenrente ist allen Witwen der Versicherten zu gewähren in der Höhe von mindestens 20 Proz. des versicherten Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen. Invaliden Witwen ist die Rente auf 33⅓ Proz. zu erhöhen.

2. Für jedes hinterbliebene, unter 16 Jahre alte Kind ist eine Waisenrente, ebenfalls in der Höhe von mindestens 20 Proz. des versicherten Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen zu gewähren.

3. Bei mehreren Kindern findet die Gesamtrente ihre Grenze, sobald sie die Höhe von 100 Proz. des versicherten Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen erreicht hat.

4. Uneheliche Kinder sind den ehelichen gleichzustellen. Den ehelichen Müttern sind die Mütter unehelicher Kinder gleichzustellen, wenn deren Unterhalt größtenteils von dem Verstorbenen bestritten worden ist.

5. Den Hinterbliebenen eines Ausländers, die zur Zeit seines Todes im Inland nicht ihren gewöhnlichen Wohnsitz haben, steht ein Anspruch auf Hinterbliebenenrenten zu.

) **282. Unter A ist folgende Ziffer 6 anzufügen:

6. Ausdehnung der reichsgesetzlichen Bestimmungen in bezug auf das Selbstverwaltungsrecht, das gleiche geheime und direkte Wahlrecht sowie in bezug auf den gegenseitigen Anrechnungszwang der Beitragszeiten und Sicherung der erworbenen Anrechte auf die landesgesetzlichen Knappschafts-Pensionskassen und die freiwillig errichteten Werks- und Fabriks-Alters- und Pensionskassen.

H. Sachse (genügend unterstützt).

35. München I und II: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, sich unverzüglich mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Verbindung zu setzen zur Einberufung einer Konferenz, die sich mit der Beratung der Reichsversicherungsordnung befaßt.

Diese Konferenz soll zusammengesetzt sein aus Arbeitersekretären, Vertretern von Krankenkassen und Berufsgenossenschaften, Beisitzern von Schiedsgerichten, Landesversicherungsämtern, des Reichsversicherungsamtes, der unteren Verwaltungsbehörden und der Versicherungsanstalten sowie sonst in der Sozialversicherung praktisch wirkender und erfahrener Genossen. Die verschiedenen Bundesstaaten sollen soweit wie möglich berücksichtigt werden.

273. 1. Der Parteitag ersucht die in der Arbeiterversicherung tätigen Parteigenossen, der Reichstagsfraktion sogleich nach dem Zusammentritt des Reichstags das geeignete Material, betr. die Arbeiterversicherung, zum Zwecke der Zusammenstellung und Ver-

a) Allgemeines und Krankenversicherung.

Referent Bauer-Berlin:

Eine allgemeine Bemerkung: Mit Emphase wird darauf hingewiesen, daß seit Bestehen der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Arbeiterversicherungsgesetze 6 Milliarden Mark für die Versicherten verausgabt worden sind. Gewiß eine sehr respektable Summe. Bei der Zergliederung schrumpfen diese Ziffern aber sehr erheblich zusammen. Im Jahre 1907 wurden für die gesamte Arbeiterversicherung 595 Millionen ausgegeben. Diesem Betrage gegenüber stehen beinahe 5 Millionen mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Krankheitsfälle. Dazu kommen 144 733 Unfallrentner, 11 527 Kranken- und vorübergehende Invalidenrenten, 112 230 Invalidenrentenempfänger, 10 813 Altersrentenempfänger sowie 188 927 Beitragserstattungen. Auf jeden Krankenversicherten kommt die ungeheuere Summe von 22,56 M., auf jeden Unfallversicherten 7,07 M. und auf jeden Invalidenversicherten 9,79 M. Insgesamt wurden für alle drei Versicherungszweige pro Kopf 39,42 Mark Entschädigungsbeiträge gezahlt. Davon mußten die Versicherten noch selbst bei Kranken- und Invalidenversicherung zusammen 21,39 M. aufbringen, so daß ihnen die Versicherung mehr gewährt, zirka 18 Mark auf den Kopf des Versicherten, also eine Bagatelle, von der es sich nicht verlohnt, soviel Aufhebens zu machen. Im ganzen haben 1907 die Versicherten über ihre Beiträge heraus 300 Millionen Mark erhalten. Die Summe scheint an sich betrachtet hoch; aber was bedeutet sie gegenüber dem Meer von Elend. Zehntausende erhalten keine Unterstützung, weil sie infolge Arbeitslosigkeit aus ihren Krankenkassen haben ausscheiden müssen, Hunderttausende, weil sie heute der Zwangsversicherung noch nicht angehören, Zehntausende werden mit ihren Ansprüchen auf Unfallrente, auf Invalidenrente abgewiesen, Zehntausenden endlich wird die Rente wegen einer geringen Besserung in ihrem Befinden wieder entzogen. Es ist zudem eine niederträchtige Heuchelei, wenn behauptet wird, daß die Unternehmer die Beiträge aus ihrer eigenen Tasche zahlen. Die Ausgaben sind Produktionsunkosten, die im Preise der Ware genau so zum Ausdruck gelangen wie der Lohn. Der Arbeiterklasse wird also nichts geschenkt, auch nicht die 50 Millionen Reichszuschuß. Denn die Einnahmen des Reiches fließen ja fast ausschließlich aus den indirekten Massensteuern. **Allein zur Unterstützung der Agrarier müssen die Arbeiter bedeutend mehr abgeben, als sie selbst dann erhalten würden, wenn alle Forderungen der Sozialdemokratie in bezug auf die Ausgestaltung der Versicherungen erfüllt würden.** Gegenüber den Uebertreibungen der Bourgeoisie ist es unbedingt notwendig, den kritischen Maßstab bei diesen Dingen nicht zu vergessen. In erster Linie verfolgt die deutsche Arbeiterversicherung den Zweck, Staat und Gemeinde vor dem Steigen der Armenlasten zu bewahren. Ein weiterer Zweck der Regierung bei der Arbeiterversicherungsgesetzgebung war der Kampf gegen die Sozialdemokratie. Das Ziel ist nun allerdings nicht erreicht worden, sondern das Gegenteil. Die Mängel der Arbeiterversicherung haben die Feindschaft gegen den heutigen Staat noch gesteigert. Selbstredend ist es leeres Gerede, wenn die Gegner behaupten, die Sozialdemokratie sei Gegnerin der Versicherungsgesetze. Im Gegenteil ist die Sozialdemokratie die einzige Partei, die grundsätzlich für die weitgehendste Arbeiterversicherung eintritt. Daß die Arbeiterversicherung überhaupt ja nur eine Folge des Wirkens der Sozialdemokratie ist, hat bekanntlich Fürst Bismarck seinerzeit anerkennen müssen. Wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gegen die ersten Versicherungsgesetze stimmte, so darum, weil alle unsere Verbesserungsanträge abgelehnt wurden. Ein Teil der bürgerlichen Parteien aber hat gegen die Gesetze gestimmt, aus prinzipieller Feindschaft gegen die Versicherung selbst. — Wie Bebel der erste war, der eine Arbeiterversicherung verlangte, so hat die Sozialdemokratie fortgesetzt auf einen Ausbau der Versicherungsgesetzgebung hingewirkt. Aber immer hieß es, es sei kein Geld da für die Kosten, die die Durchführung unserer Anträge machen würde. Für die Arbeiter und die unteren Beamten ist immer kein Geld da, wohl aber für Militarismus, Marinismus und Weltpolitik. — Wir alle wissen, daß der Emanzipationskampf gegen die kapitalistische Gesellschaft nicht von ausgepowerten, sondern nur von kulturell hochstehenden Arbeitern geführt werden kann. (Sehr richtig!) Als ein Mittel, die Arbeiterschaft widerstandsfähiger und kampffähiger zu machen, sehen wir auch die Arbeiterversicherung an. Wie wenig ernst es die herrschende Gesellschaft mit der sozialen Fürsorge gegenüber der Arbeiterklasse nimmt, beweist auch der Umstand, daß wir eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit noch immer nicht haben. (Sehr richtig!) Hätten wir nicht unsere Gewerkschaften mit ihrer Fürsorge für Arbeitslose, so würden die furchtbaren Wirkungen der gegenwärtigen Krise noch viel verheerender aufgetreten sein.

An unseren Arbeiterversicherungsgesetzen ist fortgesetzt herumgeflickt worden, das Krankenversicherungsgesetz allein hat sechs Aenderungen erfahren. Im Gegensatz zu den Tendenzen des neuen Gesetzentwurfes haben die früheren Umänderungen zu nicht unwesentlichen Verbesserungen für die Versicherten geführt. So auch die letzte Novelle zum Krankenversicherungsgesetz. Aber auch damals schon wurde gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen Sturm gelaufen und trotz der kraftvollen Gegenwehr unserer Reichstagsfraktion, die sogar mit Obstruktion drohte, kamen einige, wenn auch abgeschwächte Bestimmungen in das Gesetz, welche den Aufsichtsbehörden größere Macht gaben. Immerhin gelang es unserer Fraktion, die von der Regierung verlangte Handhabe zur Entfernung mißliebiger Elemente aus den Krankenkassenverwaltungen zu beseitigen. Bisher sind im Verwaltungsstreitverfahren noch alle Verfügungen der Aufsichtsbehörde in Bezug auf Amtsentsetzung von Kassenvorständen außer Kraft gesetzt worden. 1903 bei der Novelle zur Krankenversicherung forderte der Reichstag in einer Resolution die Vereinheitlichung der Versicherung. Graf Posadowsky gab auch mehrfach Erklärungen in diesem Sinne ab. Aber 1907 erklärte derselbe, daß an eine organische Verbindung der einzelnen Versicherungszweige nicht zu denken sei, denn dazu sei die Organisation bereits zu tief eingewurzelt.

Im April dieses Jahres ist die Reichsversicherungsordnung der Oeffentlichkeit übergeben worden, von einer organischen Verbindung ist keinerlei Rede, sondern lediglich von einer Zusammenlegung der Gesetze. Es war jetzt wieder von einem Widerstand im Bundesrat die Rede. Ich bin auch der Ueberzeugung, daß die Regierung auf die reaktionären Bestimmungen des Entwurfs nicht verzichten wird. Außer der Zusammenlegung bringt der Entwurf nichts als

Rückschritt auf allen Gebieten.

Die Reichsversicherungsordnung in der veröffentlichten Fassung enthält 1793 Paragraphen. Dem einfachen Arbeiter und selbst denen, die berufsmäßig damit zu tun haben, wird es in Zukunft noch schwerer fallen, sich über diese oder jene Rechtsfrage zu informieren. Von Unternehmerseite sind über diese Schwierigkeit höchst ergötzliche Einzelheiten mitgeteilt worden. Um sich über die Heilanstaltspflege zu informieren, muß man 38 Paragraphen durchlesen. (Hört! hört!) Wir verlangen eine **wirkliche Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung**, nicht eine wertlose Zusammenstellung der Gesetze.

Der Entwurf bringt ja nun einen gemeinsamen Unterbau für alle Ausführungsorgane der Arbeiterversicherung. Die untere Verwaltungsbehörde, die den Namen Versicherungsamt erhält, soll in Zukunft für alle Zweige der Arbeiterversicherung tätig sein, sie soll Aufsichts- und Spruchbehörde für die Krankenkassen sein. Als Oberinstanz sieht dieser Entwurf das Oberversicherungsamt vor. Das Oberversicherungsamt entspricht unseren heutigen Schiedsgerichten nur mit erweiterten Aufgaben. Ueber dem Oberversicherungsamt stehen dann die Landesversicherungsämter und das Reichsversicherungsamt. Diesem einheitlichen Instanzenzug sollen auch die Krankenkassen unterstellt werden, die bisher einen besonderen Instanzenzug hatten. Gewiß war der bisherige Instanzenzug ein sehr verwickelter, aber der Fortschritt wird aufgehoben durch Vorschriften, die die Krankenkassen geradezu der Willkür der Oberversicherungsämter ausliefern. Das Reichsversicherungsamt soll nur als Revisionsinstanz fungieren. Wir müssen verlangen, daß unter allen Umständen das Reichsversicherungsamt Rekursgericht wird, neue Beweise erheben kann und nicht nur den Akteninhalt prüft. Dazu kommt die für die Krankenkassen ungünstige Regelung der Kostenfrage. Kürzlich wurde behauptet, die Versicherungsämter würden nur eingeführt, um 1600 Assessoren eine Unterkunft zu bieten. Die ungeheuren Kosten des Beamtenapparats sollen den Krankenkassen aufgebürdet werden. Auf das entschiedenste müssen wir uns gegen diese **Verschlechterung des Rechtszustandes** wehren. Reich und Bundesstaaten sollen die Kosten der Versicherungs- und Spruchämter tragen.

Das Wahlverfahren geht auf siebenfache Siebung heraus. Die Mitglieder der Krankenkassen wählen erst die Vertreter in die Generalversammlung, diese die Vorstandsmitglieder, diese die Arbeitervertretung bei den unteren Verwaltungsbehörden. Wir verlangen vollste Selbstverwaltung aller Versicherungsinstitutionen, die sich aufbaut auf dem aktiven und passiven Wahlrecht jedes Mitglieds ohne Rücksicht auf das Geschlecht. Auch hier bringt der Entwurf keinen Fortschritt, in den Krankenkassen sind ja Frauen wählbar, den Ausländern soll aber in Zukunft das Wahlrecht genommen werden.

Nun zum

Krankenversicherungsgesetz.

Ein Fortschritt ist die Ausdehnung der Versicherung auf landwirtschaftliche Arbeiter, Dienstboten, Baugewerbetreibende, Bühnenmitglieder, Lehrer und Erzieher. Aber die Invalidenversicherung wird nicht auf diese Kreise ausgedehnt. Die Ausdehnung der Krankenversicherung ist der einzige Lichtpunkt, sonst sehen wir überall nur Rückschritte. **Der ganze Entwurf ist nicht sowohl ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie als gegen die gesamte Arbeiterklasse**, einschließlich der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine usw. Wir wußten, daß man gegen die Krankenkassen vorgehen wollte. Im Reichstage das zu erklären, hat Bülow nicht den Mut gehabt, wohl aber im Abgeordneten- und im Herrenhause. Der Zentralverband der Industriellen witterte Morgenluft, verlangte Halbierung im Vorstand der Ortskrankenkassen und beamtete Vorsitzende, sowie den Vorsitz der Arbeitgeber in den Betriebskassen. Im wesentlichen entspricht der Entwurf den Wünschen der Scharfmacher. Dem Wunsch nach Zentralisierung der Krankenkassen trägt der Entwurf keine Rechnung, obwohl bekanntlich die Zersplitterung der Kassen ihre Leistungsfähigkeit schwer schädigt, aber den freien Kassen will er das Lebenslicht ausblasen, wenn er dies auch nicht direkt sagt, aber die Betriebs- und die Innungskrankenkassen sollen bestehen bleiben, desgleichen die leistungsunfähigen kleinen Ortskrankenkassen. Als Minimalgrenze für die Ortskrankenkassen wird die Zahl 500 gesetzt, für die Betriebskrankenkassen sogar nur 250. Noch entgegenkommender ist der Entwurf gegen die Innungen, denen schreibt er für ihre Krankenkassen gar keine Mitgliederzahl vor. Natürlich will die Regierung den geliebten Innungskrautern nicht zunahetreten. Jede sozialeinsichtige Regierung hätte die Betriebskrankenkassen verboten. Die Unternehmer sorgen dafür, möglichst nur kräftige Arbeiter in diesen Kassen zu haben, und schieben die ausgemergelten Arbeiter, die in gesunden Jahren die Beiträge an die Betriebskassen gezahlt haben, an die Ortskrankenkasse ab. Ich will bei der Gelegenheit die Resolution Sachse empfehlen, welche verlangt, daß die natürlich auch bestehen bleibenden Knappschaftskassen unter Reichsrecht und mit den übrigen Kassen gleichgestellt werden.

Entsprechend den Forderungen der Industriellen bringt der Entwurf die Halbierung der Beiträge, die Halbierung der Vertretung und den „unparteiischen" Vorsitzenden, wenn auch diesen nur indirekt; Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen gesonderte Wahlkörper bilden, und wenn sie sich auf eine Person nicht einigen, tritt das Ernennungsrecht der Aufsichtsbehörden ein. Das wird natürlich ein Bureaukrat sein und sicherlich kein Arbeitnehmer, und wenn er noch so tüchtig ist und jahrzehntelang die Kasse verwaltet hat, und das alles, obwohl die Krankenkassen-Konferenz vom November vorigen Jahres sich gegen jede Aenderung der Selbstverwaltung der Kassen, gegen die Halbierung und den unparteiischen Vorsitzenden ausgesprochen hat. Selbst der bekannte Kommerzienrat Menk-Altona und die „Arbeitgeberzeitung" haben nachher erklärt, die Regierung müsse nunmehr ihren Vorschlag zurückziehen, aber der Gesetzentwurf hat einfach die Bestimmungen aufgenommen, die der Zentralverband der Industriellen hineingebracht hat, obwohl doch auch der Bund der Industriellen sich dagegen erklärte, desgleichen mehr als 500 Arbeitgeber auf dem Krankenkassenkongreß im Mai dieses Jahres. Die Arbeitgeber, die die Ortskrankenkassen wirklich kennen, nehmen gegen den Entwurf der Regierung Stellung; die Regierung aber fügt sich dem Diktat der Großindustriellen, die in ihren Betriebskassen unumschränkt herrschen und die Ortskrankenkassen gar nicht kennen.

Gegen das Proportionalwahlsystem haben wir natürlich nichts. In den Innungs- und Betriebskrankenkassen wird auch wieder der Einfluß der Arbeitgeber gestärkt und die Arbeiter in ungeheuerlicher Weise entrechtet. Weitere Bestimmungen richten ihre Spitze gegen die Sozialdemokratie und gegen das Kassenbeamtenrecht. Daß die Arbeiter tüchtige Männer ihres Vertrauens zu Kassenbeamten wählen, ist der Grund des Ansturms der Reaktionäre und der erstunkenen und erlogenen Verleumdungen. Jetzt kommt man mit einer unsinnigen Dienstordnung und auf diese Dienstordnung sollen die Landeszentralbehörden den weitestgehenden Einfluß erhalten. Wir kennen ja unsere Landeszentralbehörden, namentlich in Preußen, und wissen, daß sie Bestimmungen in die Dienstordnung hineinbringen werden, die es einem Arbeiter ganz unmöglich machen werden, jemals in eine Kassenverwaltung hineinzukommen. (Zuruf: Versorgungsanstalt für Militäranwärter!) Die auf Lebenszeit angestellten Kassenbeamten sollen den Charakter als Staats- und Kommunalbeamte erhalten und sollen somit den Disziplinarbestimmungen für diese Beamten unterliegen. Damit ist der Regierung die Möglichkeit gegeben, alle politischen mißliebigen Elemente aus den leitenden Stellen in den Krankenkassen hinauszubugsieren. Der Fall Schücking beweist ja, wie nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Freisinnige diszipliniert werden. Dazu kommt, daß die Wahl der Kassenbeamten, wenn sie nicht durch die Majorität sowohl der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber erfolgt, der Nachprüfung durch das Versicherungsamt unterliegen sollen. Was das bedeutet, ist uns ja wohl allen klar. Ganz anders wird das Beamtenrecht bei der Unfallversicherung geregelt. Die Beamten der Berufsgenossenschaften wollten im Gegensatz zu den Krankenkassenbeamten gerade für Staats- oder Kommunalbeamte erklärt werden. Der Entwurf läßt aber den Berufsgenossenschaften völlig freie Hand, sie können mit ihren Angestellten schalten und walten, wie sie wollen. Das schönste Kapitel der Reichs-Krankenkassen-Ordnung bilden die

Landkrankenkassen.

Diese Kassen sollen auch zuständig sein für Dienstboten, für die wandergewerblichen und hausgewerblichen Personen, also für Personen, die gar nichts mit der Landwirtschaft zu tun haben. In Bezirken, für die Ortskrankenkassen nicht errichtet werden, sollen die Landkrankenkassen auch für die gewerblichen Arbeiter tätig sein. Die Leistungen der Landkrankenkassen sind nach jeder Richtung hin minderwertig und unzureichend. Die ganzen Bestimmungen über die Landkrankenkassen sind nichts als ein Entgegenkommen gegen die Agrarier, die natürlich möglichst wenig zahlen wollen. **Den Landkrankenkassen wird ausdrücklich die Krankenhauspflege verboten.** Die Krankenhauspflege kann sogar an den Hinterbliebenen bestraft werden, wenn der Kranke stirbt. Dazu soll der Arbeitgeber das Recht haben, die Befreiung von der Landkrankenkassenversicherung für seine Arbeiter zu beantragen. Keine Spur von Selbstverwaltung wird den Landkrankenkassen eingeräumt, alle Ernennungen gehen von dem betreffenden Kommunalverband aus, d. h. also die Kassen werden unter die Diktatur des Landrats gestellt mit der Begründung, daß die **Landarbeiter nicht fähig seien, ihre eigenen Interessen zu vertreten.** (Lebhaftes Hört! hört!) An einer Stelle wird auch ganz offen von der Unzuträglichkeit gesprochen, die sich aus der gemeinsamen Teilnahme von Herrschaft und Gesinde an der Kassenverwaltung ergeben können. (Hört! hört!) **Die Regierung hat mit dem Entwurf gezeigt, daß sie nur die Beauftragte des Zentralverbandes der Industriellen und des Bundes der Landwirte ist.** (Sehr richtig!) Die Tatsache wird die Wirkung auf die Arbeiter, besonders auch auf die Landarbeiter, nicht verfehlen. Unsere Stellung und unsere Aufgabe gegenüber diesem Machwerk ist klar. Wir verlangen **keine Verschlechterung, sondern einen Ausbau der Versicherung** im Sinne erhöhter Fürsorge, erhöhter Leistung und vollständiger Selbstverwaltung. Wir verlangen, daß die Krankenkassen dieselben Rechte erhalten, wie die Berufsgenossenschaften. Die kleinen Verbesserungen des Entwurfes dürfen uns nicht über die furchtbaren Rückschritte täuschen. Der Entwurf enthält außer der Ausdehnung des Versicherungszwanges nichts als Verschlechterung. Tausende und Abertausende von Arbeitern, die alle ihre Kraft in den Dienst der Kassenverwaltung gestellt haben, sollen entrechtet werden. Man will die Arbeiter zu rechtlosen Heloten machen. Niemals darf der Entwurf die Zustimmung unserer Fraktion erhalten. Mit allen Mitteln müssen die Verschlechterungen abgewehrt werden, selbst der Kongreß der christlichen Arbeiter hallte wieder von der Erbitterung der Arbeiter über dieses brutale Attentat. Wir müssen genügend Aufklärung ins Land tragen, damit die Arbeiterschaft, wenn der Gesetzentwurf kommt, sich die Vertreter ansieht, die bereit sind, die Lage der Arbeiter noch mehr zu verschlechtern. (Lebhafter Beifall.)

Hug-Bant (persönlich):

Gestern hat sich bei der Einbringung der Resolution der Erbschaftssteuer der Parteigenossen eine Erregung bemächtigt in der Annahme, daß eine Ueberrumpelung geplant sei. Frank hat dann namens meiner Person und des Genossen Müller die Erklärung abgegeben, daß diese Annahme unrichtig sei. Trotzdem ist in der heutigen Nummer der „Leipziger Volkszeitung" diese Behauptung in vollem Umfange aufrechterhalten geblieben. (Rufe: Unverschämtheit!)

Der Redner gibt eine Erklärung zu Protokoll, in der es heißt: „Demgegenüber muß ich erklären, daß der Genosse Paul Müller und ich von 9 Uhr an, also mit Beginn der Vormittagssitzung, am Mittwoch Unterschriften zur Unterstützung der Resolution gesammelt haben. Sie trug bei der Einreichung etwa 50 Unterschriften. (Hört! hört!) Der Umstand, daß wir möglichst viele Unterschriften haben wollten und nicht annehmen konnten, daß nach der Rede Kautskys die Debatte geschlossen wurde, hat lediglich die Einreichung der Resolution verzögert. (Hört! hört!) Wir protestieren entschieden gegen die Unterstellung des Versuchs einer Ueberrumpelung."

Frank (persönlich): Die „Leipziger Volkszeitung" hat trotz meiner Erklärung heute geschrieben, ich hätte mit gut gemimtem Erstaunen die Behauptung des Ueberrumpelungsversuches zurückgewiesen. Ich weise diese Beschimpfung eines Parteitagsdelegierten mit Entrüstung zurück. Es hieße den Parteitag beleidigen, wenn ich annehmen wollte, daß nicht die Gesamtheit des Parteitages das Wort eines anständigen Parteigenossen in Ehren hielte. (Lebhafter Beifall.)

Vom Zentralarbeiterkomitee der polnisch-sozialdemokratischen Partei in Russisch-Polen ist ein Begrüßungstelegramm eingegangen.

Schluß der Sitzung 6½ Uhr.

---

wendung bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung zu übersenden.

2. Die Fraktion wird ersucht, vor und während der Beratung der Reichsversicherungsordnung mit Genossen, die in der Arbeiterversicherung besonders tätig sind, in Verbindung zu treten und Aussprachen über die parlamentarische Behandlung der Vorlage herbeizuführen.

J. Fräßdorf (genügend unterstützt).

Aus Industrie und Handel.

Ergebnisse der Betriebszählung für die Großstädte.

Aus den Ergebnissen der gewerblichen Berufszählung werden jetzt noch folgende Zahlen mitgeteilt:

In den 42 Großstädten des Reiches wurden im Jahre 1907 891 010 Betriebe ermittelt. In ihnen waren 4 317 467 Personen beschäftigt, während im Jahre 1908 in 28 Großstädten 621 837 Betriebe mit 2 308 385 Personen gezählt wurden. Die Zahl der Hauptbetriebe betrug in den 42 Großstädten zusammen 835 998, von denen 5542 auf die Gewerbeabteilung Gärtnerei, Tierzucht und Fischerei, 438 723 auf Industrie einschließlich Bergbau und Baugewerbe, 379 932 auf Handel und Verkehr einschließlich Gast- und Schankwirtschaft und 11 801 auf Musik, Theater und Schaustellungsgewerbe entfielen.

Auf die Kleinbetriebe mit weniger als 6 Personen, Mittelbetriebe mit 6—50 Personen und Großbetriebe mit mehr als 50 Personen verteilen sich die Zahlen in folgender Weise:

	Kleinbetriebe	Mittelbetriebe	Großbetriebe
	in den 42 Großstädten des Deutschen Reiches		
Gärtnerei, Tierzucht und Fischerei .	4 782	690	70
Industrie, einschl. Bergbau u. Baugew.	373 276	57 257	8 190
Handel u. Verkehr einschließl. Schank- und Gastwirtschaft	340 784	37 030	2 188
Musik, Theater und Schaustellung . .	10 927	778	96

Im übrigen Deutschen Reiche ergeben sich folgende Zahlen für die Klein-, Mittel- und Großbetriebe:

	Kleinbetriebe	Mittelbetriebe	Großbetriebe
	im Deutschen Reiche ausschließlich der Großstädte		
Gärtnerei, Tierzucht und Fischerei .	44 418	3 280	76
Industrie, einschl. Bergbau u. Baugew.	149 698	129 817	20 843
Handel u. Verkehr, einschließl. Schank- und Gastwirtschaft	863 073	39 356	690
Musik, Theater und Schaustellung . .	11 009	1 934	19

Die Elektrisierung des flachen Landes schreitet vorwärts. Jetzt ist auch die schon lange geplante elektrische Ueberlandzentrale für die Amtshauptmannschaft Leipzig gesichert, nachdem 97 Gemeinden und 17 Gutsbezirke ihren Beitritt erklärt haben. Für die Industrialisierung des flachen Landes und der Landwirtschaft ist dies von großer Bedeutung.

Wirtschaftliche Erschließung der Türkei. Das türkische Amtsblatt veröffentlicht einen sanktionierten Beschluß des Parlaments, nach welchem die Regierung ermächtigt wird, bezüglich der von den Amerikanern verlangten Konzession zum Bau einer Eisenbahn von Siwas über Diarbekr nach Wan mit Zweiglinien nach Jmmurtalik am Golf von Alexandrette und nach Suleimanje an der persischen Grenze einen Vertrag mit der die günstigsten Bedingungen bietenden Finanzgruppe abzuschließen. Die betreffende Eisenbahngesellschaft soll keine Kilometergarantie besitzen, doch soll ihr die Ausbeutung der in einem Umkreise von 20 Kilometer gelegenen Minen zustehen.

Verantwortlicher Redakteur: Emil Unger, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Für den schwedischen Generalstreik.

Bei der Berliner Gewerkschaftskommission gingen ferner für die ausgesperrten und im Generalstreik stehenden schwedischen Arbeiter ein:

9762 Stuhlfabrik Heims u. Sohn, 3. Rate 13,40. 6004 Mayer, Viehhof 17,—. Kollegen der Bäckereigenossenschaft Volksbrot, Fehrmannstraße 6,80. Berliner Arbeiter-Radfahrerverein, Abt. II, Sekt. der Gastwirtsgehilfen 10,—. 8195 aus Mariendorf 36,55. Wahlverein Mariendorf 12,35. Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands, Filiale Berlin III der Wäsche- und Krawattenbranche auf folgende Listen: 5165 gesammelt durch Stenowski, darunter die Wäschezuschneider von Cohn u. Ellenburg 13,30. 5169 Plätterinnen v. J. Jacoby 13,10. 4179 Plätterinnen v. Gottheim 17,45. 6440 Wäschezuschneider v. Buchholz u. Co. 5,50, 6452 Plätterinnen v. Gebr. Borchardt, d. Frau K. 4,90. 6820 Gesammelt von Frau Rosenstengel bei den Heimarbeiterinnen 25,—. 6823 Näherei Grünbaum, d. B. 2,55. 6826 Plätterei und Zuschneider von J. Becher 5,25. 6441 Wäschezuschneider v. van Laak 7,25. 6443 Wäschezuschneider v. H. Jordan, darunter Exbudiker 5,90. 6454 Wäschezuschneider v. Jakobi Nachf. 1,50. 6455 Arbeiter und Arbeiterinnen v. S. Nosse, d. P. 13,25. 6821 Wäschezuschneider v. Behrendt 2,45. 6824 Näherei v. Grünbaum, d. Hr. E. 6,55. (In Summa 123,95.) — Von den Arbeitern und Arbeiterinnen der optischen Anstalt C. P. Goerz, Friedenau, 5. Rate auf folgende Listen: 9125 18,50. 9128 20,40. 9144 8,—. 9146 24,50. 10000 111,—. 10001 103,—. 10002 17,50. 10003 36,45. 10004 42,—. 10006 10,75. 10007 23,25. 10008 39,05. 10009 34,25. 10010 50,75. 10011 14,75. 10012 14,25. 10013 23,—. 10014 15,75. 10015 21,25. 10016 10,05. 10017 22,30. 10018 7,40. 10019 16,70. 10020 18,—. 10021 8,—. 10022 5,50. 10023 12,20. 10024 9,—. (In Summa 737,55.) Gastwirt Fechner, Friedenau 5,—. Tellersammlung der Fabrikversammlung Mengers u. Söhne 9.15. Gesangverein „Einig“, M. d. A.-S.-B., 2. Rate 5,10. 10034 Kollegen von Gehricke 9,20. Tischlerei von Lochow u. Häring 12,75. 6616 Setzer bei Kaiser, Stempelfabrik 5,80. Zentralverband der Steinarbeiter, Verwaltung Berlin, auf folgende Listen: 9075 2,50. 9491 Vorstandssitzung 9,—. 9071 d. Kramer 6,70. 9064 d. Breiding 16,55. 9060 Steinarb. d. F. Teich 7,50. 9070 Häger, Marmorarb. 4,40. 9078 Kiefer 7,10. 7724 Schwarz, Steinmetzen 6,—. 9083 Czarnikow 5,30. 9084 Metzing Nachf. 14,50. 9086 Gebr. Huth 7,65. 9087 Gebr. Zeidler 5,70 (in Summa 92,90). — Sitzungsgelder von 16 Bezirksführern der 1. Abt., 6. Kreis 8,—. Heise, Badstraße 5,—. Tischlerei E. H. Schmidt 8,—. 8857—8864 vom technischen Personal der Buchdruckerei v. Rudolf Mosse 180,70. 1992 Rollkutscher vom Transportkontor Anhalter Bahnhof 10,30. Hilfspersonal der Alg.- u. Rotationsabt. des „Berl. Tageblatt“, 6. Rate 42,—. 10686 Tischlerei Fürst u. Kuhnert. 5. Rate 5,40. Tischlerei Schuster, Böhm u. Co., 3. Rate 9,55. 4787 Lederfabrik Salomon 22,15. 8897, 8898, 8899, 8900, 8901, 8902 Buchdruckerei E. S. Mittler u. Sohn. 6. Rate 68,85. 8888 Buchdruckerei Gebr. Radetzky, 3. Rate 3,70. 8855 Buchdruckerei Theinhardt, 5. Rate 6,60. Expedition und Buchhandlung Vorwärts 16,30. Mukow kolectiv d. Baxusschen Organisation N. S. D. A. P. 100,—. 8894 Personal der Buchdruckerei Vollstraß u. Apel, 6. Rate 10,85. 6990 Arbeiter der Carbon-Licht-Ges., 2. Rate 25,45. Wisdalski 2,—. 7662 Buchdruckerei Hahns Erben, 2. Rate 16,30. 9579 Kollegen der Maschinenfabrik Johannesberg, 2. Rate 16,40. 6973 7,—. 9452 Personal der Luxuspapierfabrik H. Wolff, 5. Rate 47,50. Arbeiterschaft Imm u. Löben, 2. Rate 18,75. 8825 Buchdruckerei R. Boll, 3. Rate 27,10. Buchdruckerei J. Sittenfeld, 5. Rate 111,80. 9406, 9407, 9408 und 9409 Arbeiter bei R. Auerbach inkl. 5,— v. 427. Bez., 5. Wahlkr. 51,45. 9539 Möbelfabrik Wolfhardt u. Goldschmidt, 5. Rate 18,25. Tischlerei v. Kirsch, 4. Rate 3,25. 7671 Rotationsmaschinenmeister „Woche“ und „Tag“ 6,75. 9578 Tischlerei Metzer, 5. Rate 16,35. Möbelfabrik Union 7,—. Tischlerei bei Goerz-Friedenau 2,—. Tischlerei Knittel u. Klar 4,75. 8896 Personal d. Allancedruckerei, 2. Rate 24,10. 8879 Buchdruckerei Simion Nachf., 4. Rate 10,75. 9380 21,90. 8881 Buchdruckerei Hausmann 4,—. 8875 Buchdruckerei Schenk Nachf., 5. Rate 13,70. 9757 Kollegen bei Spinn u. Sohn, 5. Rate 17,60. Modellfabrik Jahn u. Linke, 2. Rate 8,—. Modellfabrik Eitner 3,—. Maschinenfabrik Cyklop, Modelltischlerei 11,25. Töpfer vom Bau Danzigerstraße 5,—. 9442 Buchbinderei Bleistein 24,95. Sechserkasse Stern u. Stiller 10,—. Kunstschmiede von Bechler u. Paasche 15,85. 8868 bis 8874 Buchdruckerei Ullstein u. Co., 5. Rate 102,55. Lieschens Geburtstag bei Werth 4,—. 9842 Hutformentischler H. u. Ph. Bär, 2. Rate 12,—. Kollegen und Kolleginnen bei Pintsch A.-G. auf folgende Listen: 9681 10,20. 9682 16,85. 9683 14,85. 9684 20,15. 9685 19,15. 9686 4,50. 9687 27,55. 9688 18,70. 9689 10,75. 9690 11,35. 9691 2,85. 9692 7,20. 9696 5,80. 9697 15,65, (in Summa: 185,05 M.) — 9823 u. 9822 Treppengeländerfabrik Geißler 22,55. Küchenmöbeltischler v. Kutsch 6,15. Küchenmöbelmaler v. Kutsch, 5. Rate 4,—. Küchenmöbelmaler v. Reimann u. Co., 5. Rate 5,—. 9553 Kollegen bei Puppel, 2. Rate 17,35. 10678 Tischlerei-Genossenschaft „Hansa“ 11,15. 7244 Lederfabrik Schwarz 1,70. 7812 Lederfabrik Caprano 10,70. 7814 Lederfabr. Rüger u. Mallon, Zurichterei u. Sattlerei 8,—. 7815 Lederfabr. Rößler, nasse Werkstatt 4,35, 7816 Zurichterei 6,35. 7817 Lederfabr. Wunderlich 3,75. 8226 Drahtzaunfabr. H. Wolf u. Friedrich 10,25. 7690 Druckerei „Berliner Börsen-Ztg.“ 28,55. 7105 Porzellanarbeiter, Spandau 12,65. 7119 u. 7132 Unterkommission Spandau 8,10. Mitfahrer R. Pöhle 5,—. Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsverw. Berlin, 5. Rate, auf folgende Listen: Gasanstalt Danziger Straße 4233 14,35. Schmargendorf 4215 13,70. 4225 14,70. 4227 4,05. 4230 6,—. Tegel 4240 29,30. Revierinspektionen 4247 13,50. Zentralmagazin 4238 16,60. 4239 9,45. 4255 6,80. 4256 13,55. Röhrensystem 4177 7,25. Englische Gaswerke 4,40. 4084 2,10. 4119 14,—. 4122 2,—. Mariendorf 4213 12,40. Straßenreinigung 2063 5,75. 4244 7,95. Virchow-Krankenhaus 4059 10,50. Urban-Krankenhaus 4178 15,—. Krankenhaus Moabit 4181 27,60. Irrenanstalt Herzberge 4182 5,25. 4183 1,30. 4184 8,55. Parkverwaltung 2653 2,60. Charlottenburg 4096 2,—. 4102 10,35. 4104 2,—. 4107 1,20. 4108 1,35. 4109 3,65. 4112 5,—. Köpenick, Gaswerke 4231 10,85. Lichtenberg 2606 1,—. 4209 7,70. Rixdorf 4147 9,— (in Summa 322,75). Sparverein Dalles, Meihan. Werkstatt Goertz 10,—. Firma Gebr. Benisch, Maler 8,05. Töpfer von Kundi 6,25. Werkstatt Traut u. Co. 6,55. Bautischlerei G. Müller, Tegel, 4. Rate 27,10. Monteure von Lion u. Tugendhat Besselstr. 21, 4,—. Von den Lagerarbeitern der Firma Krause u. Baumann 3,50. Arbeiter der Röntgenröhrenfabrik Heinz Bauer u. Co., 2. Rate 6,80. Zahlstelle Apostelkirche 5,—. Kunstheim Ziems, Moloff, 2. Rate 3,—. Tapezierer der Fa. B. Ruhnau, Eisenmöbelfabr. 3,05. Vom Xylographischen Atelier der Bazar A.-G. 10,—. Musikwerke Sch. u. Co. 4,50. Von den Arbeitern der Treppengeländerfabrik Vogt u. Söhne, 2. Rate 12,—. Von den Kollegen der Kesselmontage Tegel, 3. Rate 7,30. Schlosser und Anschläger der Firma Melcher 15,—. Maler der Firma Gutknecht u. Becker, 2. Rate 11,—. Von den Glasarbeitern in Stralau, 2. Rate 50,—. Töpfer vom Bau Petsch 3,25. 5 Genossen vom Bezirk 464 2,50. Apparatebau der Int. Talking M., 5. Rate 24,85. Bezirk 708 3,80. Vom 400. Bezirk des 4. Wahlkreises Teil 2, Abt. 37, aus der Sechserkasse 10,—. Hausdruckerei Berthold 3,65. Freie Jugendorganisation, Abt. 16 8,—. Von den Formern und Putzern der Eisengießerei Hugo Hartung 15,05. Von den Kernmachern der Firma Hugo Hartung, Moabit, 4. Rate 11,50. Von Dr. R. u. Cz. d. W. Fritze 15,—. Von Sielofs Gästen, Ober-Schöneweide 2,35. Vom Stiftungsfest des Arbeiter-Radfahrervereins Schönwalde d. W. Köpke 8,—. Kollegen der Firma Laue u. Co., Abt. Walzwerk, 3. Rate, E. Reissen 5,—. G. Stiller, Kupferschmied 2,—. Maschinenarbeiter der Firma Kühnke 4,50. Kollegen der Bautischlerei Raetz 4,40. Mayer u. Weber, Bau Grothe, Zehlendorf 5,60. Organisierte Maler bei Fischer u. Katz, Bau Lichtenberg, 3. Rate 11,50. Eugen Herzberg, 2. Rate 5,—. Tellersammlung von der Zahlstellenversammlung der Porzellanarbeiter in Spandau 2,75. Verband der Maler, Filiale Spandau 21,60. Setzmaschinenabteilung der Buchdruckerei Deuter u. Nicolas, 4. Rate 4,—. Von den Arbeitern der Betriebswerkstätte Baer Sohn, Chausseestraße 28, 2. Rate 30,05. Angestellte im Reklameatelier Hugo Petsch, 3. Rate Rbg. 11,—. 6981 Tischlerei Schneider, Pappelallee 15,20. Hilfsarbeiter der „Deutschen Tageszeitung“, 4. Rate 8,70. Von den Brauern und Küfern der Brauerei Königsbach in Koblenz a. Rh. 18,30. Verlag und Expedition „Volksbote“, Stettin 680,—. Familie E. 3,05. Bier Tapezierer der Bude Witt 3,—. Von der Zahlstelle der Porzellanarbeiter in Spandau 10,—. Angestellte der Hellstätte Müllrose, 5. Rate 5,55. Kollegen der Tischlerei W. Degener 3,50. Von den Damenschneidern des Kaufhauses des Westens 6,80. H. Reinders, Emden 10,05. Zusammen 4128,35 M.

Bisher sind eingeliefert 159 429,29 M.; dazu kommen 4128,35 M. Summa 163 557,64 M.

Gelder, welche per Post eingeliefert werden, sind an A. Körsten, Engelufer 15 I zu senden. Alle Sammlungen sind sofort in unserem Bureau, Engelufer 15 I, Zimmer 23, vormittags zwischen 9—12½ Uhr und nachmittags zwischen 4—7½ Uhr abzuliefern.

Die Listen 8395, 8687, 7248, 1860, 2614, 6542, 1402 und 7186 sind verloren gegangen und sind beim Vorzeigen anzuhalten.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.

Stadtverordneten-Versammlung.

25. Sitzung vom Donnerstag, den 16. September, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Michelet eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr vor sehr schwach besetztem Saale.

Der Ausschuß zur Vorberatung des Antrages Dr. Arons u. Gen. (Soz.) betr. die sofortige Zurückziehung der städtischen Fürsorgezöglinge aus der Anstalt Mielczyn ist gewählt und hat sich konstituiert. Die sozialdemokratische Fraktion ist durch die Stadtverordneten Dr. Bernstein, Leid, Singer, Stadthagen vertreten.

An den erst im Juni d. J. zustande gekommenen städtischen Gehaltsordnungen für das Lehrpersonal der Gemeindeschulen und höheren Mädchenschulen ist bereits eine Aenderung nötig geworden. Nach der vom Kultusminister erlassenen Besoldungsordnung für die staatlichen höheren Mädchenschulen sollen die Oberlehrerinnen neben dem Gehalt von 2000—4200 M. den vollen Wohnungsgeldzuschuß der Oberlehrer mit 1200 M. erhalten, also ein Höchstgehalt von 5400 M. Die im Juni angenommene Gehaltsordnung normiert das Maximum auf 5100 M. Nachdem die sieben städtischen höheren Mädchenschulen als „höhere Mädchenschulen im Sinne der Reform-Erlasse vom August 1908“ anerkannt sind, verlangt die Aufsichtsbehörde eine entsprechende Aenderung. Der Magistrat will sich zwar fügen, hat aber das Provinzialschulkollegium gebeten, beim Minister wegen anderweiter Bemessung des Wohnungsgeldzuschusses vorstellig zu werden, da er befürchten müsse, daß eventuelle Ansprüche der Oberlehrer und Schädigungen der Privatschulen erwachsen, die die Gemeinde von neuem sehr erheblich belasten könnten.

Stadtv. Cassel (A. L.) hält zwar nach wie vor die Gewährung des vollen Wohnungsgeldzuschusses von 1200 M. an die Oberlehrerinnen an sich für nicht geboten, empfiehlt aber die Annahme der Vorlage aus den vom Magistrat entwickelten Gründen. Den Bedenken, aus denen der Magistrat erneute Vorstellungen erhoben hat, schließt er sich an.

Die Versammlung beschließt nach dem Magistratsantrage.

Durch Vermächtnis des Rentiers Schmidt hat die Stadt seinerzeit das Grundstück Invalidenstraße 86/87, Ecke Chausseestraße 113, zur Hälfte geerbt. Das Testament besagt, daß das Grundstück nicht unter 650 000 Mark veräußert werden soll. Dieser Preis ist jetzt geboten worden. Das Gebäude ist durchaus alt und unmodern und das Grundstück könnte nur durch Abriß und Neubau ertragsfähig gemacht werden. Die Miterben drängen auf baldige Regulierung eventuell auf Zwangsversteigerung teilungshalber. Der Magistrat hat dem Verkauf zugestimmt und die Zustimmung der Versammlung nachgesucht. Der an sein Gebot nur bis zum 20. d. Mts. gebundene Reflektant, Bankprokurist Steinbart in Groß-Lichterfelde hat aber inzwischen selbst gegen den Kaufvertrag Protest einlegen lassen, da er nicht hinreichend darüber unterrichtet gewesen sei, daß für das Grundstück schon seit 1874 eine neue Baufluchtlinie festgesetzt sei und somit bei Neubebauung ein Teil zu Straßenland hergegeben werden müsse.

In der letzten Sitzung wurde von verschiedenen Seiten, so auch vom Stadtv. Hintze (Soz.), der Ankauf des Grundstücks durch die Stadt befürwortet. Der für die Angelegenheit niedergesetzte Ausschuß schlägt nunmehr vor, die Vorlage abzulehnen. Der Referent, Stadtv. Ladewig (R. L.) legt dar, daß die Stadt, wenn das Grundstück jetzt für 650 000 M. verkauft werde, in absehbarer Zeit etwa ein Drittel desselben werde zurückkaufen müssen. Jedenfalls sei zurzeit die Ablehnung der Vorlage der beste Ausweg für alle Teile.

Die Vorlage wird abgelehnt.

Da die Versammlung inzwischen beschlußfähig geworden ist, wird auf den ersten Punkt der Tagesordnung: Wahl je eines Mitgliedes in die Kunst- und in die Stiftungsdeputation (anstelle des verstorbenen Dr. Langerhans) zurückgegriffen. Gemeldet sind für erstere Stadtvv. Galland (A. L.) und Dupont (Soz.), für letztere Vorsteher Michelet (Fr. Fr.) und Pfannkuch (Soz.). Gewählt werden Galland mit 61 gegen 17, Michelet mit 65 gegen 13 Stimmen.

Zur Gewinnung künstlerischer Entwürfe für Einladungs- und Tischkarten bei städtischen Festlichkeiten soll ein Preisausschreiben veranstaltet werden. Die Deputation für die innere Ausschmückung des Rathauses hält fünf verschiedene Karten (große Einladungskarten, kleine Einladungskarten, große Tischkarten, kleine Tischkarten, Tischbelegungskarten) für notwendig und sollen 15 Preise von 300—100 M. ausgesetzt und im ganzen 3500 M. für die Konkurrenz bewilligt werden.

Die Versammlung gibt ohne Debatte ihre Zustimmung.

Dem Berliner Verein für Luftschiffahrt will der Magistrat das zur Füllung seiner Ballons nötige Gas zum ermäßigten Preise von 9 Pf. pro Kubikmeter abgeben und sucht hierzu die Zustimmung der Versammlung nach. Weitergehende Anträge des Vereins (unentgeltliche Lieferung von 100 000 Kubikmeter, darüber hinaus zu 6 Pf. pro Kubikmeter, Ueberlassung einer größeren Fläche des Schmargendorfer Gaswerksgrundstücks gegen eine geringe Anerkennungsgebühr) hat der Magistrat abgelehnt.

Stadtv. Bamberg (A. L.) beantragt Ausschußberatung, um aufzuklären, ob der Verein bloß sportlichen, sondern auch wissenschaftlichen Zwecken diene.

Stadtv. Kyllmann (Fr. Fr.) tritt dem Antrage Bamberg bei.

Die Versammlung beschließt dementsprechend.

Zwei Pächtern von städtischen Grundstücken, die sie als sog. Laubenland weiter verpachten, soll die seit dem 1. April 1908 nicht mehr nach dem Nutzertrage, sondern nach dem gemeinen Wert auferlegte Grundsteuer zum Teil wieder erlassen werden.

Stadtv. Hintze (Soz.): Mit der Erlassung der Grundsteuer sind wir einverstanden, denn die Pächter konnten bei Abschluß der Verträge nicht wissen, daß die Gemeinde nachträglich die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert erheben würde. Wir möchten aber bei der Gelegenheit anregen, daß der Magistrat in Zukunft die Verpachtung mit den einzelnen Laubenkolonisten direkt abschließen möchte. Die Pächter machen bei der jetzigen Handhabung ein sehr gutes Geschäft, zumal die Kolonisten auch verpflichtet sind, die Gastwirtschaften der Pächter zu besuchen, wenn sie irgend welche Berücksichtigung erfahren wollen. Auch sollte ein Maximalpreis pro Rute festgesetzt werden, über welchen die Pächter bei der Abgabe von Land an die Kolonisten nicht hinausgehen dürfen. Die Laubenkolonien sind Erholungsstätten für unsere Arbeiterbevölkerung und ihre Familien. Ueber 1 Mark sollte pro Rute nicht erhoben werden.

Stadtrat Fischbeck: Die angeregte Frage ist allgemeiner Natur. Daß die Verwaltung sich mit jedem einzelnen Pachtlustigen auf Verhandlungen einlassen soll, wird nicht angehen. Eine neue

Kleines Feuilleton.

Der Nordpol. Dr. Cook beginnt im „New Yorker Herald“ eine ausführlichere Schilderung seiner Nordpolreise zu veröffentlichen. Der vorliegende erste Teil des Cookschen Berichts führt die Geschichte der Expedition nur erst bis an die nordwestlichen Küsten von Grönland. Soweit handelt es sich bloß um eine Befahrung schon zuvor bekannter Meeresteile und Küstenstriche, und besondere Abenteuer sind der Cookschen Yacht „Bradley“ und ihrer Besatzung während dieses ersten Abschnitts der Reise nicht zugestoßen. Am interessantesten ist an dem Cookschen Bericht bisher, was über den Verkehr mit den Eskimos im nördlichen Grönland und über deren Gebräuche gesagt wird. Diese „Wilden“ erscheinen dabei in mancher Hinsicht den Vertretern der Zivilisation gegenüber als die besseren Menschen. Sie ließen sich, wie Cook berichtet, in ihrer Harmlosigkeit von der ganzen Besatzung des „Bradley“ vom Kajütenjungen bis zum Kapitän im Tauschhandel ganz enorm übers Ohr hauen, indem sie Gegenstände von hohem Werte, hauptsächlich Pelze, sozusagen für einen Apfel und ein Ei hergaben. So vertauschte u. a. eine Eskimofrau für ein rotes Taschentuch ihre 100 Dollar werten — Hosen aus Blaufuchspelz. An die neue Cooksche Veröffentlichung hat sich gleich wieder einige Kritik angehängt. Der Pariser „Figaro“ erkennt an, daß die Erzählung Cooks schon jetzt recht Interessantes biete, bemängelt aber, daß im ganzen ersten Abschnitt nur ein Datum enthalten sei, nämlich das der Abfahrt von Gloucester in Massachusetts, am 3. Juli 1907. Diesem Einwand wird indes die Spitze dadurch abgebrochen, daß der „New York Herald“ in seiner neuesten Nummer eine Tabelle der Reisetage veröffentlicht, ähnlich der Liste, die Peary seinem ausführlicheren Bericht vorausgehen ließ: auch Cook verzeichnet hier, soweit möglich, genau seine Route und die an bestimmten Tagen erreichten Breiten nebst Länge; als Tag der Ankunft am Nordpol wird natürlich wieder der 21. April 1908 angegeben. Inzwischen wiederholt der zweite Nordpolentdecker Peary seine in kurzen Abständen wiederkehrende Behauptung, daß er allein am Nordpol gewesen, Cook dagegen ein Schwindler sei. Peary erklärt wieder, exakte Beweise dafür zu haben, will damit aber erst zum Vorschein kommen, wenn Cooks Buch erschienen ist, und vertröstet vorläufig die Welt auf sechs Monate. Die beweislos bleibenden Anklagen, die Peary gegen seinen Nebenbuhler erhebt, haben die Sympathien für ihn nicht erhöht. Peary kann wirklich nicht verlangen, daß man ihm aufs Wort glaubt; denn er hat jetzt selber eine Aeußerung getan, aus der hervorgeht, wie wenig unbefangen sein Urteil in dieser Sache ist. Es hat ihn einer gefragt, warum er keinen Weißen nach dem Pol mitgenommen habe, worauf Peary antwortete: „weil ich nach den Bemühungen eines ganzen Lebens die Ehre für mich wünschte.“ Danach kann kaum noch ein Zweifel bestehen, daß Peary, was den Nordpol geht, ein Mann von hochgespanntem Ehrgeiz ist, der keinen anderen neben sich duldet und Rivalen am liebsten zerschmettern möchte. Cook will ja nun Peary wegen Verleumdung vor den Kadi zitieren. Ob die Sache aber sobald zur gerichtlichen Austragung kommen wird, erscheint nicht sicher, sofern Peary tatsächlich, wie gemeldet wird, alsbald mit dem „Roosevelt“ nach dem Südpol abdampfen will. Hoffentlich kommt Cook nicht auf den gleichen Gedanken. Das könnte ja schier Mord und Totschlag geben, wenn die beiden Nebenbuhler nach dem Südpol um die Wette liefen, jeder von dem Gedanken beseelt, auch dort die bewußte Röhre zuerst niederzulegen.

Schrecken des Krieges. Der Moskauer Arzt Scherbatschoff, der die psychiatrische Heilanstalt in Nikolsk-Ussurijsk leitet, in welcher die kranken Teilnehmer des russisch-japanischen Krieges interniert sind, hat dem Vorsitzenden der Psychiatrischen Gesellschaft, Professor Bechtereff, einen Brief geschrieben, der erschütternde Einzelheiten aus dem Leben der geisteskranken Soldaten und Offiziere, dieser Opfer des blutigen Krieges, enthält. Einer der schwersten Kranken ist der Militärarzt Radomyssloff. Er singt entweder geistliche Lieder oder schreit: „Ihr Scheusäle, warum habt ihr den Erdboden mit Menschenblut überschwemmt? Warum läßt ihr mich nicht leben?“ Der Offizier Orloff, dem die rechte Hand amputiert wurde, singt in einem fort: „O Feld, o Feld, wer hat dich mit toten Knochen besät“ und wälzt sich hiernach in epileptischen Zuckungen auf dem Erdboden. Wenn er ruhig ist, arbeitet er an seinem Werk: „Die Aufgaben der Haager Friedenskonferenz“ und „Probleme der Menschheit“. Der Oberst R. denkt noch immer, daß er mitten im Kriege steht und daß die Japaner ihn bedrohen. Es gibt viele Kranke, die fast ganz normal sind. Es genügt aber nur der geringste Hinweis auf einen Schuß oder eine Explosion, und alle diese Kranken sind bereit, sich gegenseitig zu zerfleischen, um sich vor dem Feinde zu retten.

Die Reinigung der Zimmerluft. Die in der Luft enthaltenen Bakterien sind zwar nicht immer gleichbedeutend mit Krankheitskeimen, aber es genügt, daß sie es manchmal sind (wie zum Beispiel die nach Koch und Pfeiffer genannten Bazillen), um den Wunsch nach einer genügenden Reinigung der Luft gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Bisher begnügte man sich damit, einfach zu „lüften“, das heißt schlecht gewordene Luft durch neu einströmende frische zu ersetzen, wodurch weiter nichts als eine Mischung der schlechten und der guten entstand. Nun hat Professor Charles Richet der „Academie de médecine“ in einer der letzten Sitzungen einen Luftreinigungsapparat vorgelegt, dessen Vorzüge ebenso einfach herbeigeführt wie radikal wirksam sind. Es ist dies ein gewöhnlicher, überall leicht anzubringender Ventilator, der durch elektrische Kraft betrieben wird und genügend groß ist, um 200 Kubikmeter Luft in der Stunde durchzirkulieren zu lassen. Ueber diesem Ventilator hängt ein Reservoir, das mit drei Litern Glyzerin oder Seifenwasser, eventuell auch nur mit reinem gewöhnlichen Wasser gefüllt und so eingerichtet ist, daß ununterbrochen Tropfen auf Tropfen herunter träufelt auf die Flügel des Apparats. Durch dessen fortwährende Rotation ergibt sich ein feiner Staubregen, der begrenzt wird durch die Wände des Zylinders, in den der ganze Apparat eingebaut ist. Es entsteht somit eine kreisrunde, immerfort sich erneuernde Scheibe feinsten Staubregens; diese muß die durch den Ventilator zirkulierende Luft passieren. Dabei werden die Bakterien und Staubteilchen durch die nasse Scheibe aufgesogen und die Luft verläßt gereinigt den Apparat. Der Sprühregen läuft von den Wänden des Zylinders ab und sammelt sich unten in einem kleinen Reservoir. Untersucht man die darin befindliche Flüssigkeit, so wird man einigermaßen erstaunt sein über die Unzahl der Mikroben, die sie nach der Reinigung enthält. So fand Richet nach einer nur dreistündigen Reinigungsprozedur darin nicht weniger als schätzungsweise 100 000 Bazillen und eine Unzahl Staubteilchen. In getrocknetem Zustande ergab dies 0,0195 Gramm an organischer und 0,0054 Gramm an mineralischer Materie. Die französische Regierung hat sich sogleich für diesen Apparat interessiert und plant seine Einführung an den geeigneten Stellen.

Humor und Satire.

Der Mielczyniker.

Wie hat mich doch die Welt verdächtigt,
mich angenehmen Mann!
Mein Tun war nur zu sehr berechtigt,
hört zu und urteilt dann:

Ihr meint, es seien meine Strafen
zu streng und selbst brutal?
Ja, kenntet ihr wie ich, ihr Braven,
das Anstaltsmaterial!

Die ganze lange Lasterkette,
von jenem, der da schleckt
an der verbot'nen Zigarette
(das scheußliche Subjekt!),

bis zu dem gleichfalls höfen Schufte,
der sich mit Plänen trägt,
wie aus der Anstalt er verduste . . .
(ich hab' es ihm gelegt)!

Da hilft nur Peitsche, Bastonade
und strenge Einzelhaft,
und dieses alles ohne Gnade
hab' ich den Kerls verschafft.

Euch überrascht, was ich da sage,
nicht wahr? Und ihr bekennt:
es gibt in Mielczyn ohne Frage
manch rohes Element!

Franz.

Prüfung der bestehenden allgemeinen Grundsätze in dem Sinne, ob auch die heute geäußerten weitergehenden Wünsche berücksichtigt werden können, soll eintreten.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

Das **Berliner Aquarium** soll einstweilen bis zum 1. April 1910 und voraussichtlich auch noch länger im Hause Schadowstr. 14 unter der Leitung des Dr. Hermes verbleiben, in dessen Besitz das Unternehmen übergegangen ist. Die bisher unter den bekannten Bedingungen gewährte **städtische Subvention** soll nach einem Magistratsantrage auch für das Halbjahr Oktober 1909 bis März 1910 mit 11 500 M. gewährt werden.

Es ist Ausschußberatung beantragt.

Stadtv. Dr. Weyl (Soz.): Die städtischen Behörden haben ja von jeher dem Aquarium ein weitherziges Entgegenkommen bewiesen. Es handelt sich hier um ein durchaus gemeinnütziges Unternehmen. Im Oktober 1908 hat nun die Versammlung gegen unseren Widerspruch einen Beschluß gefaßt, wonach dieses Unternehmen sich an den „Zoologischen Garten“ angliedern sollte. Unterm 2. Januar 1909 erfahren wir, daß der Beschluß gegenstandslos geworden und der Plan gescheitert sei. Daraufhin beantragten wir, das Institut in städtische Verwaltung oder in sonst einer Form zu erhalten. Dieser Antrag ging an einen Ausschuß; der hat im Februar mehrmals Sitzungen abgehalten, aber seitdem haben wir absolut nichts mehr von ihm gehört. Dieser Sachlage gegenüber berührt die Vorlage doch sehr eigentümlich. An demselben Tage, an dem wir die Vorlage erhielten, erließ der Vorsitzende des Ausschusses, Kollege Bamberg, ein Schreiben an die Mitglieder, wonach Dr. Hermes Urlaub bis zum 15. Oktober genommen habe, weshalb es richtiger sei, eine Ausschußsitzung erst nach seiner Rückkehr abzuhalten. Ueber sechs Monate sind verflossen, ohne daß man uns irgendeine Mitteilung gemacht hat, wie weit die Verhandlungen mit den Behörden usw. gediehen sind. Und jetzt ist der Herr Direktor Hermes wieder einmal auf Reisen. Die ganze Sache macht einen um so peinlicheren Eindruck, als doch die Angelegenheit nicht steht und fällt mit der Persönlichkeit des Direktors Hermes, sondern von den städtischen Behörden immer nur unter dem Gesichtspunkt der Gemeinnützigkeit betrachtet worden ist. Leistungen und Gegenleistungen scheinen auch gar nicht so recht in angemessenem Verhältnis zu stehen; jedenfalls ist eine Statistik darüber, wieviel Schulkinder in das Aquarium geführt worden sind, uns nicht mitgeteilt worden. Wir halten deshalb dafür, diese Angelegenheit dem noch bestehenden Ausschuß zu überweisen; wir wollen doch wissen, was aus dem Aquarium wird und ob es unsern Mitbürgern erhalten bleiben wird.

Stadtv. **Bamberg**: Vor den Ferien war eine Ausschußsitzung gar nicht möglich. Es war beschlossen worden, daß nochmals mit dem Zoologischen Garten in Verbindung getreten werden sollte. Dort ist es zu keinem Resultat gekommen. Mindestens sechsmal hat der Zoologische Garten versucht, den Direktor Hermes zu einer Sitzung zu erlangen; es war ihm aber nicht möglich (Heiterkeit) — Kollege Hermes war verhindert. Aus demselben Grunde konnte bis heute keine Sitzung stattfinden. Meine Mitteilung an die Ausschußmitglieder hatte nur den Grund, zu verhindern, daß die Herren unruhig werden. (Heiterkeit.) Die Ueberweisung der Vorlage an diesen Ausschuß hat wenig Zweck; ich bitte, die Summe zu bewilligen. (Widerspruch.) Nach dem 15. Oktober werde ich eine Sitzung einberufen, ob Kollege Hermes da ist oder nicht. Wir müssen das Aquarium vorläufig, wie es ist, erhalten; da kann auch der Ausschuß nichts weiter machen.

Stadtrat **Ramslau**: Für den Magistrat ist die Sache, soweit der Zoologische Garten in Betracht kommt, absolut tot; er konnte also auch der Versammlung weitere Mitteilungen überhaupt nicht machen.

Stadtv. **Mommsen** (Fr. Fr.) tritt dem Antrag Weyl bei.

Der Antrag Weyl wird mit großer Mehrheit angenommen.

Die Hauptanstalt des **Dorotheenstädtischen Realgymnasiums** soll, nachdem das Friedrichswerder-Gymnasium nach der Bochumer Straße in Moabit verlegt worden, in das freigewordene Gebäude an der **Dorotheenstr. 13/14 übersiedeln**. Im alten Schulhause an der Georgenstraße will man nur die drei Vorschulklassen und die Räume für den physikalischen und chemikalischen Unterricht belassen und letztere zweckentsprechend erweitern. Die Kosten sind auf 70 100 M. veranschlagt.

Ohne Diskussion tritt die Versammlung dem Magistratsantrage bei.

Schluß $^{3}/_{4}$7 Uhr.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29 Hamburg.) (Filiale Berlin 6.) Sonnabend, den 18. Septbr., abends $8^{1}/_{2}$ Uhr, bei Max Gienke, i. V. G. Karsowski, Bernauer Str. 82: Mitgliederversammlung. — (Filiale Nieder-Schöneweide.) Sonntag, den 19. Septbr., vormittags 10 Uhr, bei P. Raabe, Wilhelminenhofstr. 43: Mitgliederversammlung. — (Filiale Wilhelmsruh.) Sonnabend, den 18. Septbr., abends 9 Uhr, bei Barth, Viktoriastr. 4: Mitgliederversammlung.

Witterungsübersicht vom 16. September 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C = 4°R	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C = 4°R
Swinemünde	760	ONO	3	heiter	14	Haparanda	774	Still		wolkenl	7
Hamburg	760	O	2	bedeckt	13	Petersburg	774	NO	1	wolkenl	8
Berlin	767	NO	2	bedeckt	13	Scilly	765	ONO	1	halb bd.	12
Frankf. a. M.	766	SW	1	Nebel	10	Aberdeen	770	S	2	Dunst	9
München	766	SO	2	bedeckt	10	Paris	764	NNO	1	bedeckt	12
Wien	764	W	2	Gewitt.	14						

Wetterprognose für Freitag, den 17. September 1909.

Zeitweise aufklarend, vorherrschend noch wolkig ohne erhebliche Niederschläge bei mäßigen nordöstlichen Winden, nachts etwas kühler, am Tage mild.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 17. September.

Anfang $7^{1}/_{2}$ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Carmen.
Kgl. Schauspielhaus. Die Karolinger.
Neues kgl. Opern-Theater. Geschlossen.
Deutsches. Faust.
Kammerspiele. Die Sünde. Anfang 8 Uhr.
Volksoper. Die Jüdin.

Anfang 8 Uhr.

Lessing. Der König.
Berliner. Einer von unsere Leut'.
Neues Schauspielhaus. Geschlossen.
Neues. Das Urbild des Tartüffe.
Thalia. Prinz Bussi.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Residenz. Gretchen.
Hebbel. Hanna Jagert.
Trianon. Pariser Witwen.
Lustspielhaus. Im Klubsessel.
Kleines. Moral.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Westen. Der fidele Bauer.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Bresters Millionen.
Schiller Charlottenburg. Doktor Klaus.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Das Herz auf der Hand.
Luisen. Der Mann mit der eisernen Maske.
Bernhard Rose. Die Jägermeisterin.
Metropol. Geschlossen.
Folies Caprice. Mobilisierung. Der gewisse Augenblick. Anf. $8^{1}/_{4}$ Uhr.
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Gebr. Herrnfeld-Theater. Frau Elkams Friseur. Meine-Deine Tochter.
Gastspiel. Ungerade Tage. Der Deserteur. Der keusche Toinette. Cousin Pampoulette. Anf. $8^{1}/_{4}$ Uhr.
Palast. Großstadtzauber. Spezialitäten.
Noacks Theater. Unser Leopold.
Passage. Spezialitäten.
Volksgarten. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Karl Haverland-Theater. Spezialitäten.
Casino. Onkel Cohn.
Prater. Der Verschwender.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Der Kampf um den Nordpol und Südpol.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Lessing-Theater.
Freitag, 8 Uhr: **Der König.**
Sonnab., 8 Uhr: **Zwischenspiel.**
Sonntag, 8 Uhr: **Die Gefährtin.** Hierauf: **Hanneles Himmelfahrt.**

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Einer von unsere Leut'.
Morgen: Einer von unsere Leut'.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Das Urbild des Tartüffe.
Morgen und folgende Tage:
Das Urbild des Tartüffe.

Theater des Westens.
Allabendl. 8 Uhr: **Der fidele Bauer.**
Sonntag nachm. $3^{1}/_{4}$ Uhr, halbe Preise:
Die lustige Witwe.

Neues Operetten-Theater,
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Anfang 8 Uhr.
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Rose=Theater
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die Jägermeisterin.
Komödie in 4 Akten von Charlotte Eylersgaard.
Morgen: Die Jägermeisterin.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Kampf um den Nordpol und Südpol.

Zoologischer Garten
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
„Gretchen.“
Groteske in 3 Akten von Davis und Lipschütz.
Morgen und folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Freitag, den 17. September, 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Das Herz auf der Hand.
(Altmännersommer.)
Schwank in 3 Akt. v. W. W. Jakobs u. Louis N. Parker, übersetzt von Frank Washburn-Freund.
Sonnabend: Das Herz auf der Hand.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Im Klubsessel.

Volks-Oper.
SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
Zum erstenmal:
Die Jüdin.
Große Oper in 5 Aufz. von F. Halévy.
Anfang $^{1}/_{2}$8 Uhr.

Luisen-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Mann mit der eisernen Maske.
Schauspiel in 5 Abt. v. F. Schneider.
Sonnabend: Die Herren Söhne.
Sonntag 3 Uhr: Maria Stuart.
8 Uhr: Der Mann mit der eisernen Maske.
Voranzeige. Am 23. September erste Opernaufführung: Die weiße Dame.

Apollo Theater
8 Uhr: **Die vollständig neuen Spezialitäten.**
9 Uhr 15: **Séverin**
in **Conscience,** Pantomime in 4 Akten.
Wurde 600 mal in Paris, 2 Jahre lang in Amerika, Monate hindurch in Wien usw. mit beispiellosem Erfolg aufgeführt.

Passage-Panoptikum.
Täglich zu sehen: Die
Traum-Malerin
Wilhelmine Assmann
Bilder aus d. Jenseits!
Malsitzungen im Trance finden tägl. v. 11—1 U. u. von 3—$^{1}/_{2}$8 U. statt.
Zutritt jederzeit.
Ohne Extra-Entree.
Eintr. 50 Pf. Kind., Soldaten 25 Pf.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Bresters Millionen.
Lustspiel in 4 Akten von Winchell Smith und Byron Ongley.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Macbeth.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Doktor Klaus.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Lustspiel in 5 Akten v. Ad. L'Arronge.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Ehre.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Welt, in der man sich langweilt.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Heute Freitag: Eintritt frei ohne Nachzahlung.
Festveranstaltung
Schorsch Ehrengruber
mit seiner Truppe.
Großes Fisch-Essen Portion 50 Pf.
Morgen Sonnabend: **Elite-Tag.**
Gratisverlosung von 6 Damen- u. Herrenuhren.
Saisonkarten haben volle Gültigkeit.

Morgen 2 Uhr Eröffnung.
Jubiläums-Kochkunst-Ausstellung
Ausstellungshallen am Zoo
18.-26. Sept. 1909

Wintergarten
Morris Cronin-Troupe
moderne Jongleure.
Henry Bender
The 6 Cuttys
musikalischer Akt,
sowie die
sensationellen Attraktionen
des
Eröffnungs-Programms.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Pariser Witwen.

Passage-Theater.
Das führende Variété-Programm Berlins!
Claire Waldoff.
Lucie König.
The Monte-Carlo-Girls und **12 Variété-Attraktionen!!!**

Karl Haverland Theater
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Anfang präzise 8 Uhr.
Das Neueste vom Neuesten
sind die wunderbaren
14 September-Spezialitäten.

Drei Tropfen

machen das schmutzigste Metall spiegelblank.
In Flaschen von 10—50 Pfg. überall zu haben.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! **35**
Sie sparen Geld! Wenn Sie
Möbel direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35 kein Laden Tel.: A. III, 5157
kaufen. Verkauf **nur** im **Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat.** — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. **35**
Kein Laden! Kein Kaufzwang!

Gebr. Herrnfeld Theater
Kommandantenstr. 57. T. A. 4, 5083.
Die erfolgreichsten Lach-Komödien
Meine-Deine-Tochter
Frau Elkams Friseur
mit Anton und Donat Herrnfeld.
Vorverkauf 11—2 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Täglich:
Der Verschwender.
Spezialitäten ersten Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang $4^{1}/_{2}$ Uhr.

Zirkus Albert Schumann.
Sonnabend, 18. September,
abends $^{1}/_{2}$8 Uhr:
Große Gala-Eröffnungsvorstellung
im neuen, umgebauten Zirkus.
Sehenswürdigkeit allerersten Ranges.
Sonntag: 2 Vorstellungen,
nachmittags $3^{1}/_{2}$ Uhr und abends $7^{1}/_{2}$ Uhr.

W. Noacks Theater
Brunnenstr. 16, am Rosenthaler Tor.
Zum letzten Male:
$^{1}/_{2}$9 Uhr **Maria Stuart.** $^{1}/_{2}$9 Uhr
Sonnabend: Ein Sohn des Volkes.
Vorher: **E. Reich,** Verwandl.-Künstl.
Sonntag nachm. $^{1}/_{2}$3: Unser Leopold.
Abends: Ein Sohn des Volkes.

Gastspiel-Theater
Köpenicker Straße 67/68.
Täglich abends $8^{1}/_{4}$ Uhr:
Ungerade Tage.
Der Deserteur.
Die keusche Toinette.
Cousin Pampoulette.

XV. Saison!
Zirkus Busch.
Freitag, 17. Sept., abds. $7^{1}/_{2}$ U.
Gr. Gala-Vorstellung!
Vorführung der althistorischen isländ. Sportspiele und Künste der Selbstverteidigung (Glima).
Ferner Hr. Georg Burckhardt-Foottit, Schulreiter, auf dem neudress. irländisch. Wallach „Boy“. 4 Gebr. Karolis, ung. Reitkünstl. Signor Alfonso. Die Osnatos. Clown François als Kunstreit. Frl. Wardia Beketow, Schulreit. Herr E. Schumann, Neudress., und das große Gala-Programm.
Sonntag: 2 gr. Galavorstellungen, nachm. 4 U. u. abends $7^{1}/_{2}$ Uhr.

Metropol-Theater.
Sonnabend, d. 18. September
Zum erstenmal:
Halloh!!
Die große Revue!!
Humorist.-satir. Jahresrevue in 10 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz. Tänze von Willy Bishop.
Madge Lessing. Fritzi Massary. Jos. Giampietro. Guido Thielscher. K. Pfann. M. Kettner. Ida Perry. W. Bishop usw.
Beginn präzise $^{1}/_{2}$8 Uhr.
Sämtliche Plätze sind vergriffen.

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Anf. 8 Uhr. **Die großartigen September-Spezialitäten.**
Im Tunnel: **Regimentskapelle.**
Theaterbesucher freier Eintritt.

Casino-Theater
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Onkel Cohn
Onkel Cohn
Onkel Cohn
Onkel Cohn
Onkel Cohn
Onkel Cohn
Sonntag 4 Uhr: **Familie Klinkert.**

Folies Caprice.
Mobilisierung.
Bunter Teil.
Der gewisse Augenblick.
Vorverk. 11—2. Anfang $8^{1}/_{4}$ Uhr.

Kredit. Möbel auf **Teilzahlung**
bei **allerkleinster An- u. Abzahlung.** Größte Rücksicht bei **Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit.** **E. Cohn,** Gr. Frankfurterstr. 58

Ohne jede Anzahlung
verkaufe ich **Pianos** erstklassiges Fabrikat (9mal prämiiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag. 95/16*
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nchfg., **Berlin, Ansbacher Str. 1** Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Gegründet 1850.
Auch Sonntags geöffnet.

Wieder die ersten.

Union-Theater U. T. Neue Königstr.
Alexand.-Platz
im Grand-Hotel.
Von der gesamten Berliner Tagespresse glänz. rezensiert.

Orville Wright,
fabelhafter Aeroplanflug auf dem Tempelhofer Felde mit einer Berliner Dame, Frau

Hauptmann Hildebrandt,
welche sich als erste aller europäischen Frauen einem Aeroplan anvertraute!
Und das
Riesen-Attraktions-Programm.
Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Täglich durchschlagender Erfolg des
Riesen-September-Programms!
Auftreten nur erstklassiger Spezialitäten.
Großstadtzauber
mit Direktor Robert Dill.
Vorzugskarten überall zu haben.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direktion: Willi Voigt.
Freitag, den 17. September 1909:
Unser Doktor.
Volksstück mit Gesang in vier Akten von Treptow.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstraße 72.
Tägl. Theater u. Spezial.-Vorst.
Wiederauftr. von Franz Sobanski.
Neu! Hedy Brumieu, Fredy Seiband, Ernst Kleinert, Mstr. Ledini, der Russe Ledinsow, Roth Rotty rc.
Familie Schmidt.
Originalposse in einem Akt.

Puhlmann's Theater
Schönhauser Allee 148
Kastanien-Allee 87/88
Freitag, den 17. September:
Die fidelen Spatzen.
Vornehmste Herrengesellschaft Berlins.
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Nach der Vorstellung: **Ball.**

Sanssouci-Theater
Kottbuser Str. 6. Direkt. W. Reimer.
Freitag, den 17. September,
abends 8 Uhr:
Gastsp. von Oskar Heldt u. Ensemble.
Uraufführung:
Die Rechtlosen.
Volksstück mit Gesang in vier Akten von dem Messingpuher O. Reinhardt-Popper und dem Mechaniker Willi Klabunde.
Entree mit Garderobe 60 Pf.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Neues Programm.
Elite-Soiree Tanzkränzchen
von
Hoffmanns Nordd. Sängern
Die modernsten Schlager!
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

FRAUEN
Wollen Sie gesund bleiben, so verlangen Sie sofort Prospekt über unsere neueste
Hygienische
Erfindung, die an Einfachheit Alles in den Schatten stellt.
Patentiert in fast allen Kulturstaaten.
Bei vielen Universitätsprofessoren und Frauenärzten im eigenen Gebrauche.
Chem. Fabr. „Nassovia" Wiesbaden 225.

Streichhölzer, Pack 10, Glühstrümpfe 20, 25, 30 Pf., 100 Stck. 6-Pf.-Zigarr. 4,50, 100 Stck. 8-Pf.-Zigarr. 6,50, 100 Stck. 10-Pf.-Zigarr. 8,50, echt Mercier-Kognak Fl. 3 M. Weißbiergläser, gr. 30, fl. 20, all. and. billig. Schweden gebe nur fl. Quant. ab. **Prauß,** Pankow, Bollankstr. 73.

Ziehung 21.–23 Septbr.
Geld-Lotterie Hohkönigsburg-
Hauptgewinne M.:
60000
50000
40000
usw.
Lose à M. 3.–, 30 Pf. extra. Porto u. Liste
Lud. Müller & Co.,
Berlin, Breite Str. 5.
Telegr.-Adr.: Glücksmüller.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
Anfang: Wochent. 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Volksgarten-Theater
Badstr. 8, Gesundbr., Bellermannstr.
Heute Freitag ringen:
Michaloff gegen Schwarz.
Madralli gegen Legomec.
Schibilski gegen Apollon le Colosse.
Acheer gegen Petersen.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.
Entree 15 Pf.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
(Zahlstelle Berlin).
17. STIFTUNGSFEST
am Sonnabend, den 18. September 1909
in den Gesamträumen der **„Neuen Welt"**, Hasenheide 108—114.
Mitwirkende:
Neues Tonkünstler-Orchester (Dirigent Herr F. Hollfelder)
Herr Konzertmeister **Alfred Wittenberg** und Herr **Adolf Zatta**
als Solisten und das **Berliner Ulk-Trio.**
Um 10 Uhr **Festrede,** gehalten vom 1. Bevollmächtigten Koll. **Glocke.**
Nach dem Konzert: **Gr. Ball** ohne Nachzahlung bei zwei Orchestern.
Anfang 8½ Uhr. Entree 50 Pfennige.
Regen Besuch erwartet Das Komitee.

Billetts sind im Bureau (Engelufer 14 part.) und in folgenden Lokalen zu haben: Heitmann, Schönleinstr. 6; Zehrendt, Hasenheide 9 (vis-a-vis der Neuen Welt), Max London, Rixdorf, Ideal-Kasino und im Zigarrengeschäft des Kollegen Fritz Schwemke, Schönleinstr. 34, Ecke Böckhstraße und Kottbuser Damm. 89/8*

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. Verwaltungsstelle Berlin. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt 3, 1978.

Sonntag, den 19. September, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung der Schmiede u. Kesselschmiede
in Willes Festsälen, Müllerstr. 7.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Cohen** über: „Die Kampfestaktik der Gewerkschaften". 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Kollegen! Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Berufskollegen notwendig.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß Protokolle von der Generalversammlung in Hamburg à 40 Pf. im Bureau und bei den Bezirkskassierern zu haben sind.
122/19 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.
Zweigverein Berlin und Umgegend
(Sektion der Rohrer.)
Achtung! Rohrer!
Freitag, den 17. Septbr., abds. 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15 (Saal III):
Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Der Streik des Vereins der Rohrer Berlins und unsere Stellungnahme dazu. 2. Diskussion.
Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Einlaß.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. **Der Zweigvereinsvorstand.**

Sektion der Staker!
Sonntag, den 19. September, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshause", Engelufer 15 (Saal I):
Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Unser Tarifvertrag und welche Lehren ziehen wir daraus. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Sektionsangelegenheiten. 30/10
Um recht rege Beteiligung ersucht **Die Sektionsleitung.**

Billige Hosenwoche.
Vorjährige hocheleganto **Anzüge** und **Paletots** aus feinsten Maßstoffen, früherer Preis
60—90, jetzt 20—40,
werden täglich im
Kavalier-Klub „Unter den Linden 61,"
verkauft.

Bei Husten, Heiserkeit,
Verschleimung ist Behms Spitzwegerich-Brusttee das beste und wirksamste Genußmittel, in Paketen à 0,50 M. Spitzwegerichsaft für Kinder à 0,60 u. 1 M. echt nur bei
Franz Behm, Drogerie,
Rixdorf, Hermannstr. 46.

Gänse, Enten,
gar. lebend Ank., 8 Monat alt, vollkommen ausgewachsen, vollfleisch. fleischig, schlachtreif, 10 St. ca. 8 Pfd. schwere Gänse 32 Mark; 18 schwere Enten 30 Mark. 256/18
K. Strousand, Dziedzitz, Schlesien 45.

Billigste Bezugsquelle für
Hygienische Bedarfs-Artikel
Drogerie Zaremba,
Berlin N., Weinbergsweg 1.
Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Karton-Branche.
Freitag, den 17. September, abends 8½ Uhr:
Oeffentliche Versammlung
der
Nieter, Zuschneider u. Arbeiterinnen der Postkartonbranche
in den „Fortuna-Sälen", Strausberger Str. 3.
Tages-Ordnung:
1. **Bericht über den Stand der Tarifverhandlungen mit den Prinzipalen.** 2. Diskussion.
Kollegen und Kolleginnen! Die überaus wichtige Versammlung erfordert dringend das Erscheinen aller. Darum fehle niemand. 24/9*
Die Ortsverwaltung. Die Branchenleitung.

Verband der Hafenarbeiter und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.
Mitgliedschaft Berlin.
Sonntag, 19. September, vorm. 10½ Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Kollegen Böhmer über: Die Vorteile der Hauskassierung. 3. Diskussion. 4. Verbandsangelegenheiten. 19/10
Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abds. 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15 Saal 4 (Arbeitslosensaal):
Sitzung der Ortsverwaltung.

Arbeiter-
Bekleidung — Berufskleidung.
Größtes Spezialgeschäft.
Kohnen & Jöring, Hauptgeschäft **Alexanderstr. 12.**
Filialen: Landsberger Allee 148.
Rixdorf: Bergstraße 66 am Ringbahnhof.

Dixin
Verbessertes im Gebrauch billigstes **Seifenpulver.**
Erleichtert bedeutend das Waschen und ist ohne Zusatz von Seife und Soda zu gebrauchen. Ueberall erhältlich.
Paket 25 Pfg. Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf.
In allen Drogen-, Kolonialwaren- und Seifengeschäften erhältlich.
Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte:
Joh. Schmalor, Berlin N., Tieckstraße 11.

Achtung! **Zigarrenhändler!** Achtung!
Die bestsortierte und billigste **Einkaufsquelle**
in **Zigaretten, Zigarren** und **Tabaken**
sämtlicher eingeführter Fabrikate ist
Max Ziegenhals, BERLIN NO. 43, 70 Neue Königstr. 70
Telephon: Amt VII, 3047.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Mittwoch früh meine inniggeliebte Frau, unsere gute Mutter
Auguste Müller
geb. **Tesch**
nach langem, schwerem Leiden im Alter von 50 Jahren sanft entschlafen ist.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Hans Müller nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes aus statt. 14650

Für die bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter in so hohem Maße uns bewiesene Teilnahme sagen wir allen Freunden und Bekannten, namentlich dem Personal der Brauerei Julius Urbach und Erdmann Rogalski unseren aufrichtigsten Dank. 24589
Georg Rohmann nebst Kindern.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die überaus zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes und Bruders
Max Hannemann
sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin, den Buchdruckern der Buchdruckerei II sowie den Hilfsarbeitern der Buchdruckerei II der Reichsdruckerei unseren aufrichtigsten Dank. 24592
Ww. B. Hannemann u. Kinder.

Orts-Krankenkasse der Vergolder
und Berufsgenossen.
Freitag, den 24. September cr., abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshause,
Saal I part.:
Mitglieder-Versammlung
wozu sämtliche Mitglieder sowie die Herren Arbeitgeber eingeladen werden.
Tages-Ordnung:
1. Lichtbildervortrag der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Ausgeführt von Herrn Dr. Hold. 2. Fragestellung.
Zahlreichen Besuch, auch der weiblichen Mitglieder, erwartet
277/16 **Der Vorstand.**
NB. Vom **21. September 1909** ab befindet sich das Kassenlokal **Engelufer 15 I. Zimmer 7.**
Am **20. September** bleibt das Kassenlokal wegen Umzugs geschlossen.

Konsum-, Produktiv- und Sparverein Zehlendorf und Umgegend.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Freitag, den 24. September,
im Lokale von
B. Mikley, Potsdamer Str. 25:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über Erwerb eines Grundstückes. 2. Vereinsangelegenheiten.
Der Aufsichtsrat.
O. Jäkel. O. Steinborn.

Allgemeine Orts-Krankenkasse für Tempelhof.
Einladung
zur **Wahl-Versammlung** am **Montag,** den **27. September,** im Restaurant Kaiserin-Augustastr. 1.
Gemäß § 49 des Statuts ist eine Neuwahl sämtlicher Delegierten für die Wahlperiode 1909 bis 1911 erforderlich.
Zu wählen sind: 21 Vertreter der Arbeitgeber, 42 Vertreter der Kassenmitglieder und 30 Ersatzmänner.
Die Wahl der Kassenmitglieder findet von 5—7½ Uhr abends, die der Arbeitgeber von 8—8½ Uhr abends statt. 277/15
Die Wahlen sind geheim und werden durch Stimmzettel vorgenommen. Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassenmitglieder und Arbeitgeber, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Für die Kassenmitglieder genügt zur Legitimation das Quittungsbuch.
Tempelhof, den 15. September 1909.
Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Tempelhof.
F. A.: Jakob Flieg, erster Vorsitzender.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Oskar Wollburg,
Trauer-Magazin,
Berlin N., Brunnenstr. 56.
Gr. Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Aenderungen sofort.

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein“
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Touren
zum Sonntag, 19. September.

1. Abt. 7 Uhr: Seddin. 1 Uhr: Nowawes.
2. Abt. 7 Uhr: Luckenwalde. 1 Uhr: Neudabendorf (Waldseeschloß).
3. Abt. 6½ Uhr: Rüdersdorf (Grewe). 1 Uhr: Hirschgarten (Wilhelmshof).
4. Abt. 7 Uhr: Neu-Zittau (Fränk). 1 Uhr: Müggelheim (Zum Krug).
5. Abt. 8 Uhr: Lanke (Waldschloß). 1 Uhr: Bernau (Elysium).
6. Abt. 5½ Uhr: Teupitz. 12½ Uhr: Eichwalde.
7. Abt. 18. abds. 8 Uhr: Freienwalde. 19. früh 4 Uhr: Freienwalde. 12½ Uhr: Bernau.
8. Abt. 4½ Uhr: Zehdenick (Buchholz). 2 Uhr: Pichelswerder (Freund).
9. Abt. 1 Uhr: Oranienburg (Schumann).
10. Abt. 7 Uhr: Neumühle (Leist). 12 Uhr: Miersdorf (Schäps).

Start an den bekannten Stellen.

Am Sonntag, den 19. September, mittags 1 Uhr, im Gewerkschaftshause:

Bezirkstag
des 1. Bezirks. — Gäste willkommen.

Am Sonnabend, den 18. September, feiert in **Wilhelminenhof** der **Arbeiter-Radfahrerverein Ober-Schöneweide** sein

Stiftungsfest.

Hierzu sind die Bundesgenossen der umliegenden Vereine freundlich eingeladen. — Räderaufbewahrung frei!
11/18 **Der Vorstand.**

Fahrrad-Haus „Frisch auf“, Walter Wittig & Co.,
Hauptgesch.: Berlin N. 31, Brunnenstr. 35
Filiale: Kottbuser Str. 9,
empfiehlt „Frisch auf“-Fahrräder sowie sämtl. Radfahrer-Bedarfsartikel.
Reparatur-Werkstatt mit elektrischem Kraftbetrieb. 106/8*

Fette junge **Gänse,** nur erste Qualitäten
Pfd. 65 Pf.,
Gänserümpfe, ½ Gänse.

Enten,
fleischvoll und fett, von Mark 1,80.

Hühner,
fette Suppenhühner, jge. Brathühner in besonders schöner Auswahl.
Wegner, SO. Mariannenstr. 34.

Vornehme, geschmackvolle

Maß-Anfertigung

aus neuzeitigen deutschen und englischen Erzeugnissen

zu niedrigen Preisen

Hochmoderne Fassons
Sorgfältigste Ausführung
Umfangreichste Betriebe
Vollendet guter Sitz

Anzüge nach Maß
90.—, 80.—, 70.—, 65.— Mk.
56.—, 52.—, 42.—, 36.— Mk.

Paletots u. Ulster n. Maß
92.—, 84.—, 72.—, 60.— Mk.
52.—, 45.—, 39.—, 33.— Mk.

Beinkleider nach Maß
24.—, 21.—, 18.—, 16.— Mk.
15.—, 14.—, 12.—, 9.— Mk.

Baer Sohn

Spezialhaus größten Maßstabes, gegründet 1891.

Chausseestraße 29-30 — *11 Brückenstraße 11*
Gr. Frankfurterstr. 20 — *Schöneberg, Hauptstr. 10*

Der Hauptkatalog No. 37 u. der Livree-Katalog No. 38 kostenlos u. portofrei.

Gewerkschafts-Haus
Engel-Ufer 15.

Der große Saal
ist umständehalber
für die Sonnabende } 2. u. 16. Oktober und 6. u. 13. November
frei geworden.

Bestellungen möglichst sofort erbeten.

Gleichzeitig empfehle ich für die Winter-Saison meine der Neuzeit entsprechend eingerichteten

Kegelbahnen.

Wilh. Grosse
Oekonom.

Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum,
in nächster Nähe des Schillerparks und des Schäfersees vorzüglich gelegene, billige 3-, 2- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhause, mit auch ohne Bad, Balkon pp. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-Promenade, Brienzer Straße, Rütli-Straße, Holländer- und Thiner Straße.

Das ist die Folge eines Bremsenstiches!

Die Pferde müssen unbedingt mit **Automorswasser** gewaschen oder besprengt werden, dann kann so etwas nicht vorkommen. Keine Fliege oder Bremse wagt sich an ein Pferd, das mit **Automorswasser** gewaschen ist!

1937b

Verkäufe.

Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachstehend aufgeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz.

Teppiche, farbfehlerhafte, spottbillig.

Gardinen, Stores, Musterexemplare, für halben Wert.

Sofastoffreste selten billig.

Plüschportieren, einzelne Paare, spottbillig.

Steppdecken, Musterstücke, spottbillig.

Vorwärtsleser, beachtet vorstehende 6 Anzeigen. 2481R*

Bauernkrieg. Der deutsche, von Friedrich Engels. Broschiert 1,50 Mark, gebunden 2,— Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Drehrollen, Buttermaschinen, Wiegeschalen, „Berlinea“, Wahmannstraße 29 (Katalog kostenlos). *

Pfandleihhaus Krebber, Küstrinerplatz 7, spottbilliger Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Deckenverkauf, Schmucksachen, Goldsachen, Silbersachen, verfallene Pfänder. 2492R

Vorjährige hochelegante Anzüge und Paletots, aus feinsten Maßstoffen, früherer Preis 60—90, jetzt 20—40, werden täglich im Kavalier-Klub, Unter den Linden 61 II verkauft. *

Hermannplatz 6. Jedermanns vorteilhaftester Wareneinkauf! Staunend billigste Pfänderverkäufe! Bettenverkäufe! Brautbetten! Vermietungsbett! Wäscheverkäufe! Brautgeschenke! Pelzstolas! Taschenuhren! Kettenauswahl! Ringeauswahl! Freischwinger! Riesenauswahl Schmucksachen!! Teppichauswahl! Gardinenauswahl! Plüschtischdecken! Steppdecken! Extrabillige Winterpaletots! Sommerpaletots! Hochelegante Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! Bekannt: Allerbilligste Einkaufsquelle Großberlins!!! Hermannplatz 6. „Sonntags ebenfalls geöffnet.“ *

12.00 Ganzer Stand Betten, Deckbett, Unterbett, zwei Kissen rotrosa gestreiftes Inlett. Laken 1,00. Pfandleihe Prinzenstraße 86. 101/18*

30,00 Brautbetten feinster Art, Bezüge, Laken, Steppdecken. Pfandleihe Prinzenstraße 86. Fahrgeld wird vergütet. 101/19*

Verfallene Herrenanzüge, Paletots, Wanduhren, Goldwaren spottbillig. Pfandleihe Prinzenstraße 86. 101/20*

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tüllbettdecken, Uebergardinen, Sofastoffreste spottbillig Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärtslesern sechs Prozent. 2488R*

Bekanntmachung! Humboldtleihhaus nur Brunnenstraße 58, Schaus Stralsunderstraße. Spottbilliger Pfänderverkauf! Bettenverkauf! Brautbetten! Aussteuerwäsche! Steppdecken! Prächtige Gardinenauswahl! Prachtteppiche! Plüschtischdecken! Hochelegante Jackettanzüge! Sommerpaletots! Gehrockanzüge! Extrabillige goldene Damenuhren! Herrenuhren! Wanduhren! Verkauf täglich, auch Sonntags. 2501R*

Monatsanzüge und Winterpaletots, Joppen von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Katz, Mulackstraße 14.

Littauers Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte spottbillig, Stalitzerstraße 99, Warschauerstraße 67. *

Zuchthaus, Acht Jahre. Lebenserinnerungen von Sepp Oerter. Hochinteressant. Preis 1 Mark. Zu beziehen Buchhandlung Vorwärts. *

Gebrauchte Nähmaschinen billig. Bellmann, Gollnowstraße 26. 1967R*

Sofa-Teppiche, zirka 2 Meter lang, imitierte Perser 3,75, Tapestri-Brüssel 5,35, Axminster 4,65. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. *

Mechaniker-Drehbank und Schleiferei-Einrichtung billig zu verkaufen. Spatzier, Petersburgerstraße 24 (Laden). 102/16

Gardinenreste, 2 bis 4 Fenster, spottbillig. Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre. 2583R

300 □Ruten Land, direkt an der Ostbahn, verkauft F. Röper, Fredersdorf. 2581R

Spezialofferte für große und starke Herren. Die Firma Herrmann Schlesinger hat zirka 400 Paletots in den Brustweiten von 104 bis 122 cm am Lager, auch Bauchfassons. Preislagen von 16 Mark bis 60 Mark. Vorzügliche Stoffe und Verarbeitung. Nicht nur Ersatz, sondern viel besser als Maß. 7 Verkaufshäuser: Turmstraße 58 und Reinickendorferstraße 48.

Geschäftsverkäufe.

Milchgeschäft verkauft Norduser 13, Genossenschaftshaus. †85*

Seifengeschäfte, gute, sofort zu verkaufen Lippehnerstraße 12. 1439b*

Klempnerei, allein im Vorort Berlins, verkäuflich. Näheres Spedition Ackerstraße 36. †67

Parteilokal. Ofen, Miete 3000 Mark. Monatlich 30/2 hell, 7/2 Weißbier, 150 Kasten Flaschenbier, Schnaps. Preis 3500 Mark. Brauereihilfe. Vollrath Co., Elsasserstraße 44.

Schanklokal, gutgehend und Vereine, verkauft billig Kunze, Chodowieckistraße 3. 229/8

Möbel.

Billige Möbel, gebrauchte, verliehen gewesene und neue. Kleiderspind, Vertiko 18, Ausziehtisch, Sofatisch 15, Küchenspind 10, Bettstelle mit Matratze 18, Garderobenschrank, Herrenschreibtisch 36, Chaiselongue mit Decke 19, Sofa 22, elegante Taschensofas 45, Paneelsofas 68, Säulentrumeau 30, Nußbaumbüfetts, Bücherspinde, englische Schlafzimmer, bunte Küchen 55, Waschtoiletten 20. Ratenzahlung. Transport frei. Stargardts Möbelspeicher, Lothringerstraße 69. 228/9*

Möbel. Im meiner seit 1880 bestehenden Möbelfabrik, Gneisenaustraße 15, am Halleschen Tore, stehen viele Wohnungseinrichtungen zu sehr billigem Verkauf. Teilzahlung bei geringer Anzahlung. Beamten ohne Anzahlung. Einrichtungen von 150 bis 500 Mark. Bessere bis 10 000 Mark. Empfehlenswerte Besichtigung der verliehen gewesenen Möbel. Kleiderschrank 18,—, Sofa 33,—, Bettstelle mit Federmatratze 23,—, Muschelspinde, Vertikos 26,—, Plüschgarnituren. Paneelsofas 70,—, Muschelbettstelle mit Matratze 35,—, Schreibtische, Ausziehtische, Schlafzimmer, Herrenzimmer, gebrauchte Salons. Farbige moderne Küchen 47,—. Kostenlose Aufbewahrung. Sonntags geöffnet. Bitte auf Hausnummer 15 zu achten. 2473R*

Gebrauchte Möbel aus Versteigerungen, Schränke, Vertikos, Tische, Sofas, Schreibtische, Bücherschränke, Büfetts, Garnituren, Bettstellen, Waschtoiletten, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Wirtschaften bedeutend billiger wie überall. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55. *

Möbelgelegenheit! Wenig gebrauchte, guterhaltene Möbel, auch neue, einfachste, eleganteste, beliehen gewesen, verfallene spottbillig. Riesenlager, Lombardspeicher, Neue Königstraße 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. (Zahlungserleichterung.) *

Billiger als im Möbelgeschäft. Durch Zufall kommen mehrere billige Einrichtungen zum Verkauf, 180, 250, 325, 400, 475 bis 1200, sonst ganz bedeutend mehr! Solange der Vorrat reicht! Gekauftes kann bis November kostenlos lagern. Lothringerstraße 26, Hof, im Speicher. Bitte Hausnummer 26 zu achten, da in der Straße mehrere Möbelhändler existieren. Grüne Schilder am Haus. 1469b

Möbel aus Zwangsversteigerungen. Kleiderschrank, Vertiko, Trumeaus 18,00, Bettstellen, Matratzen, Plüschsofa, Garnitur 16,00, Spiegel, Spiegelspind, Kommode, Ausziehtisch 10,00, elegante Kücheneinrichtung 30,00. Draeger, Palisadenstraße 103.

Möbelkaufhaus Skalitzerstr. 47/48, nahe Görlitzerbahnhof. Wohnungseinrichtungen von 150,00 an, Kleiderschränke, Vertikos 28,00, Bettstellen mit Matratze 18,00, wunderbare Säulentrumeaus 28,00, Ausziehtisch 15,00, Waschtoiletten 20,00, elegante Taschensofas 45,00, moderne Kücheneinrichtung außergewöhnlich billig.

Fahrräder.

Herrenfahrrad. Damenfahrrad einmal benutzt 40,00. Holz, Blumenstraße 36b. 1683R*

Musik.

Pianino (Gelegenheit) für 280,— sofort zu verkaufen. Warschauerstraße 58, Quergebäude I. 96/15*

Pianino, hohes, kreuzseitig, 140,—, Teilzahlung. Turmstraße 8, I.

Sprechmaschinen 10,—, 12,50, 16,— usw., Schallplatten 0,40, 1,—, 1,50, 2,—, Erstklassiges Fabrikat. Landsbergerstraße 40. †127*

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts“. [*

Verschiedenes.

Patentanwalt Beßel, Gitschinerstraße 94a.

Kunstkopierei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Geld auf Möbel, Wirtschaften, Pianinos, anerkannt tulant, schnell. Lagerspeicher, Neue Königstraße 5. (VII. 1587. 276/8*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Gebrauchte Möbel, Nachlässe, ganze Wirtschaften kauft Möbelhalle, Fennstraße 15. 1445b*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9. 102/18*

Antiquitäten, Porzellan, Bilder, Zinnsachen, Möbel, Goldsachen, Silbersachen, Zahngebisse kauft Stankiewicz, Kirchstraße 14, Moabit. 103/12

Hutmacher-Handwerkzeug kaufe oder beteilige mich an Damenhutmacherei, Filz- und Strohhutwäsche. „Ml.“, Postamt 14. 1466b

Rechtsbureau. Auskunft in Rechtssachen. Schriftliche Arbeiten aller Art. Klütz, Schwerinstraße 16, II. †78

Wäsche wird sauber und schonend gewaschen, im Freien getrocknet. Abholung Mittwochs. Waschanstalt O. Thamke, Grünauerstraße 41, Köpenick.

Vermietungen.

Wohnungen.

Umzug vergütet! Zwei- und Einzimmerwohnungen billig, Rixdorf, Weiganduser 10. 2539R*

Arbeiter-Wohnungen billig, Guineastraße 38, Vergütung. †84

Wohnungen, kleine, sofort. Stalitzerstraße 57. 1463b*

Mühlenstraße 60a Stube und Küche mit Badegelegenheit billig zu vermieten. 1462b

Schöne 1- und 2-Zimmerwohnung vermietet Gartenstraße 58. 1468b

Zimmer.

Gut möbliertes Zimmer vermietet Glowienke, Rixdorf, Erkstraße 20. *

Möbliertes Zimmer bei Loehr, Krautstraße 36, 1. Hof, Quergebäude III. 1464b

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für einen auch zwei Herren vermietet Witwe Raivengel, Wittstockerstraße 7. †53

Schlafstelle, Herrn, Vorderzimmer, Grünerweg 63, I links. †140*

Mietsgesuche.

Kleiderarbeits-Stuben für mittel und bessere Genre, Lager und Maß, sucht Otto Roack, Oranienstraße 37. 218/20

Junger Mann sucht einfaches, solides Zimmer per sofort. Nähe Halleches Tor. Offerten mit Preisangabe postlagernd F. C. 26, Postamt 61.

Alleinige Schlafstelle sucht ordentlicher junger Mann. „Preisofferten“ Postamt 16. †149

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Bauanschläger verlangt Schlosserei Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. †137*

Former-, Gürtler- und Drehrlehrlinge werden per 1. Oktober verlangt. W. Möbes, Bronzewarenfabrik, Prinzenstraße 96. 102/17

Photographielehrling für chemigraphische Anstalt, Lindenstraße 26, II rechts. 1460b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Achtung!
Holzarbeiter

Wegen Streik und Differenzen sind gesperrt:
Für **Tischler, Polierer** und **Maschinenarbeiter:**
Möbelfabrik Grüntal u. Passolt, Frankfurter Allee 161.
Bautischlerei Staats, Oberbaumstraße 5.
Sämtliche Betriebe in den Orten **Luckenwalde, Rathenow, Muskau, Segeberg** (Holstein) und **Magdeburg.**
Für **Modelltischler**
Modelltischlerei Bormann u. Kärting, Gerichtstraße.
Für **Stellmacher:**
Berliner Motorwagenfabrik in Reinickendorf.
Erdmann u. Rossi, Linienstraße 139/140.
Goldleistenfabrik Mackensen, Ritterstr. 47.
Gleichzeitig ersuchen wir die Kollegen aller Branchen der Holzindustrie das Vermittelungsbureau des gelben „Handwerkerschutzverbandes“ streng zu meiden.

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Emil Unger, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Britz-Buckow. Sonntag, den 19. d. Mts., abends 6 Uhr, findet in Buckow, Chausseestr. 12, im Lokal des Herrn K. Klein, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen E. Unger über „Kirche und Schule“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Es wird ersucht, für die Versammlung rege zu agitieren.

Boxhagen-Rummelsburg. Am Sonntag, 19. September, findet eine Agitation in Rüdersdorf-Kalkberge statt. Die dazu gewählten Parteigenossen werden ersucht, pünktlich früh 5 Uhr in der Zeitungsspedition Alt-Boxhagen 56 zu sein. Die Bezirksleitung.

Rüdersdorf-Kalkberge. Am Sonntag, den 19. September, findet im „Gasthaus zur Linde“ (Inh. Grewe), Heinitzerstr. 19, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Die Volksausplünderung durch die neuen Steuern“. Referent: Parteisekretär Rudolf Bühler-Lichtenberg. 2. Diskussion. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Tegel. Am Sonntag, den 19. September, findet eine Landagitation statt. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich hieran zu beteiligen. Treffpunkt früh 7½ Uhr bei Krause, Berliner Straße 11.

Die nächste fällige Mitgliederversammlung am 21. September findet umständehalber nicht statt. Der Termin wird später bekannt gegeben.

Französisch-Buchholz. Am Sonntag, den 19. September, vormittags 10 Uhr, findet bei Kähne, Berliner Straße 39 eine Flugblattverbreitung statt. — Ferner sei auf das nachmittags 4 Uhr bei Kähne stattfindende zweite Stiftungsfest des Bezirkswahlvereins Französisch-Buchholz aufmerksam gemacht, wozu freundlichst einladet Die Bezirksleitung.

Mühlenbeck (Bezirk Nieder-Schönhausen). Am Sonntag, den 19. September, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal des Herrn August Mayer, Buchholzer Straße, eine Volksversammlung statt, in der Genosse Wilh. Siering über „Die neuen Steuern“ referieren wird. Die Bezirksleitung.

Oranienburg. Sonntag, den 19. September, früh 7 Uhr Flugblattverbreitung. Die Genossen des I. Bezirks treffen sich bei Vorwerk, Berliner Straße 38; die Genossen des II. und III. Bezirks Schützenstraße 34 bei Schumann. Die Landagitation beginnt um 6 Uhr von Schumann aus. — Nachmittags 5 Uhr findet die Mitgliederversammlung im Lokal von Schumann statt. Um rege Beteiligung an allen Veranstaltungen ersucht

Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Gegen den Bodenwucher in den Laubenkolonien, der von sogenannten Generalpächtern getrieben wird und im „Vorwärts“ oft genug gegeißelt worden ist, hat die Verwaltung der Stadt Berlin bisher nichts getan. Sie verpachtet viel Grundbesitz als Laubenland, aber auch ihr erscheint es angemessen, mit Generalpächtern zu wirtschaften und hierdurch den Laubenkolonisten die Pacht zu verteuern. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde dieses System einmal zur Sprache gebracht aus Anlaß einer Vorlage, die für die Pächter zweier Grundstücke der Viehhofverwaltung einen teilweisen Erlaß der Grundsteuer empfahl. Unser Genosse Hintze war es, der bei dieser Gelegenheit das heikle Thema anschnitt. Er forderte, daß die Stadt entweder direkt an Laubenkolonisten verpachte oder zum mindesten den Generalpächtern einen Maximalpreis pro Rute vorschreibe. Unter dem heutigen System mache der Generalpächter ein sehr gutes Geschäft, den Arbeiterfamilien aber werde ihre bescheidene Erholungsstätte verteuert. Für den Magistrat antwortete Stadtrat Fischbeck und zwar ausnahmsweise mal nicht mit einer Anrempelung der Arbeiterbevölkerung oder ihrer Vertreter im Rathause, sondern mit dem Versprechen, daß der zweite Teil der von Hintze gegebenen Anregungen ja vom Magistrat erwogen werden könne. Eine direkte Verpachtung aber sei, versicherte er, nicht möglich. Es ist richtig: eine direkte Verpachtung würde dem Grundsatz des Freisinns widersprechen, daß immer erst noch einer daran verdienen muß, „sich die Hände darin waschen“ muß, wie man zu sagen pflegt.

Für das Aquarium bittet sein Direktor, der Stadtverordnete Hermes, wieder mal um das nötige Kleingeld aus dem Stadtsäckel. Die Zukunft des Aquariums ist noch immer ungewiß, und aus den Mitteilungen, die gestern Genosse Weyl machte, möchte man fast den Schluß ziehen, daß Herr Hermes selber die Entscheidung nicht allzu sehr beschleunigt zu sehen wünscht. Weyl empfahl, auch die Beschlußfassung über die neugeforderte Beihilfe nicht zu überstürzen, sondern die Angelegenheit, wie ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion es vorschlug, dem in Sachen des Aquariums von früher eingesetzten Ausschuß zu überweisen. Die Meinung, daß des Herrn Hermes Bitte um Unterstützung in der Tat erst noch näher zu prüfen sei, fand in der Versammlung eine Mehrheit, und der Antrag wurde angenommen.

An der Schwelle des Herbstes.

Ueber die Kronen der Straßenbäume hat sich ein graugrüner Hauch verbreitet, der wie ein staubiger Schleier die schönen Farben des Frühlings verdeckt. Schon treten braune und gelbe Flecken auf, und der Gärtner, der mit der Spritze die Rasenflächen noch einmal zu hellem Grün antreibt, jagt mit dem Wasserstrahl die ersten Wolken abgefallener brauner Blätter über die grünen Matten.

Auch im Walde umfängt uns der Duft der Reife. Die scharlachroten Vogelbeeren leuchten weithin. Aus den aufquellenden Fruchttörben der Disteln und Gräser jagt der Wind die Samen und braun stehen die verdorrenden Farrne unter den Kiefern, aus denen kein munterer Vogelsang mehr dringt. Hier blüht noch eine Glockenblume in schönem Blau neben rötlichen Grasnelken. Die Farbe des Herbstes aber herrscht in den gelbblühenden Kräutern auf dem Waldboden. Unablässig, so lange die Sonne scheint, summt das Volk der Hummeln von Blüte zu Blüte, die geschäftig ihres spärlichen Nektars beraubt werden. Auf allen Lichtungen steht das Heidekraut in Flor zwischen zahllosen Gräsern, die längst die Samen aus den vergilbenden Aehren entlassen haben.

Statt der heiteren Vogelstimmen rauscht der herbstliche Wind uns zu Häupten seine schwermütigen Melodien. Trotz allen Glanzes der Sonne über den farbigen Wundern des Herbstes liegt eine tiefe Müdigkeit über dem Ganzen, die den Wanderer ergreift. Man denkt an den Winter, der uns bald wieder in seinen Bann schlagen wird und man ist dem Frühling noch zu fern, der den Bann wieder brechen wird. Man fühlt eine Erstarrung kommen und vergißt, daß der Tod nur ein schreckender Name ist für die Unbesiegbarkeit des Lebens, daß Herbst und Winter nichts weiter sind als Vorstufen des Lebens, des Frühlings und des Sommers.

Eröffnung des neuen Posthauses am Potsdamer Platz. Das neue reichseigene Dienstgebäude für das kaiserl. Postamt W. 9 am Potsdamer Bahnhof wird am nächsten Montag, den 20. September, in seinem ganzen Umfange in Gebrauch genommen. Ein Teil des neuen Postamtes wird bekanntlich schon seit längerer Zeit für den inneren Dienstbetrieb benutzt. Was das wichtigste für das Publikum ist, die Schalterräume werden vom nächsten Montag an ebenfalls zur Verfügung stehen. Wie bisher sind diese Räume auch vom Potsdamer Platz aus zugänglich, während der Haupteingang sich gleichzeitig in der Linkstraße 4—5 befinden wird. In einer gedeckten Schalterhalle mit reichlichem Oberlicht sind nicht weniger als dreizehn Schalter vorgesehen, die auch dem stärksten Verkehr des lebhaften Postamtes genügen dürften. Die eigentliche Fassade des Hauses befindet sich in der Linkstraße. Sie ist ganz in schlesischem Sandstein ausgeführt. In deutscher Renaissance gehalten, stellt sich der Bau schlicht und einfach, aber durch zwei Erkrisalite gegliedert dar. Links befinden sich zwei Türen für den Schalterraum. Dann folgen zwei Torwege und endlich die Zugänge zu zwei Treppentürmen. Die etwas kleinen Fenster sind mit Säulen geziert. Der geräumige Hof des Postamtes ist in bunten Backsteinen ausgeführt. Ebenfalls in Backsteinbau ist die Front nach dem Potsdamer Bahnhof. Die roten Backsteine werden nur durch wenig bunte Steine belebt. Gegliedert wird die Nebenfassade durch zwei Erkerrisalite. Mit dem Potsdamer Bahnhof ist das Postamt bekanntlich durch einen unterirdischen Tunnel verbunden. Die Diensträume befinden sich zu ebener Erde, eine Treppe hoch, zum Teil auch im dritten Stock, während oben Dienstwohnungen angeordnet sind. Wenn man die ganze Ausdehnung des neuen Postpalastes in Betracht zieht, so wundert man sich, wie der Dienstbetrieb in dem kleinen Hause bisher hat bewältigt werden können.

Der Bau der städtischen Nord-Südbahn wird in der veränderten Linienführung keine erheblichen Schwierigkeiten finden, wie die vor einiger Zeit vorgenommenen Verfuchsbohrungen ergeben haben. Der Baugrund ist fast durchweg gut und nur an einigen Stellen in der Friedrichstraße befindet sich Morast, woselbst Pfähle eingerammt und Zementkästen eingelassen werden müssen. Auf der ganzen übrigen Strecke bieten sich dem Bauwerk keine technischen Schwierigkeiten.

150 Neubauten in Berlin werden zum 1. Oktober beziehbar und sind zum Teil schon jetzt polizeilich freigegeben. Hierdurch wird eine wesentliche Erleichterung des Umzugsgeschäftes ermöglicht, da die beziehbaren Räume schon vielfach jetzt in Benutzung genommen werden. Dementsprechend ist die Zahl der Vorumzüge diesmal besonders groß und die Fuhrgeschäfte sind bereits gegenwärtig außerordentlich in Anspruch genommen. Am stärksten gestaltet sich der Wohnungswechsel diesmal wieder im Norden und Osten der Hauptstadt, wo auch die meisten Neubauten aufgeführt sind. Uebrigens wird die Bevölkerungsziffer Berlins nach dem Oktoberumzug wieder einen erheblichen Rückgang erfahren, wie aus der besonders großen Zahl der Umzüge von Berlin nach den Vororten zu entnehmen ist, die den Zuzug aus den Vororten nach der Reichshauptstadt sehr erheblich übersteigt. Einen sehr starken Bewohneraustausch erhalten auch die Vororte untereinander. Einen bemerkenswerten Bevölkerungszuwachs werden Wilmersdorf, Steglitz und Zehlendorf erhalten, wohin die Zahl der angemeldeten Zuzüge diejenige der Fortzüge erheblich übersteigt. Auch Pankow wird aus dem Oktoberumzug eine beträchtliche Vermehrung seiner Einwohnerzahl erhalten.

Verlegung eines Postamtes in Groß-Berlin. Das kaiserliche Postamt Lichtenberg bei Berlin wird am 25. September nach Dienstschluß aus dem Hause Frankfurter Chaussee 131/132 nach den neuen Diensträumen im Hause Magdalenenstraße 3/4 verlegt werden. Vom 26. September an wird also das neue Haus benutzt.

Aufgeklärt ist jetzt der Selbstmord, den am Sonnabend ein unbekannter Mann in der Havel verübte. Es handelt sich um den am 15. Mai 1882 zu Köslin geborenen und in Berlin, Feldstraße 9, wohnhaft gewesenen Hausdiener Max Buske. Er hatte von dem beabsichtigten Selbstmord seiner in Köslin wohnenden Schwester Mitteilung gemacht und diese hat die in dem Boot zurückgebliebenen Gegenstände als Eigentum ihres Bruders erkannt. Die Leiche ist noch nicht gefunden.

Beim Baden ertrunken. Ein trauriges Ende sollte ein Ausflug finden, den der Versicherungsbeamte Heinrich Bratke mit einem Freund unternommen hatte. Die beiden noch jungen Leute waren nach dem Motzener See gefahren, wo sie ein erfrischendes Bad nehmen wollten. B. ging wohl in etwas erhitztem Zustand ins Wasser und als er eine Strecke in den See hineingeschwommen war, wurde er plötzlich von einem Schlaganfall getroffen und ging unter. Der Begleiter suchte gleich darauf nach ihm, doch waren seine Bemühungen erfolglos.

Der gefährliche Bahnübergang auf der Anhalter Bahn in Groß-Lichterfelde wird voraussichtlich beseitigt werden. Wiederholt mußten wir über aufregende Vorgänge, die sich an dem Bahnübergang abgespielt haben und die leicht zu den folgenschwersten Katastrophen hätten führen können, berichten. Von der kgl. Eisenbahnverwaltung werden gegenwärtig Vermessungen und Berechnungen an Ort und Stelle vorgenommen, da beabsichtigt wird, eine Straßenunterführung an der gefährdeten Stelle herzustellen. Die Verhandlungen der Behörde mit der Groß-Lichterfelder Gemeindeverwaltung dürften in allernächster Zeit in die Wege geleitet werden.

Im Krankenhause ausgesetzt. Auf recht eigenartige Weise hat sich ein unbekannter Mann eines Knaben entledigt. Er begab sich nach dem Krankenhaus Bethanien und legte dort das Kind, das etwa vier Monate sein dürfte, nieder. Ehe der Knabe von einer Krankenschwester aufgefunden wurde, war der Fremde bereits verschwunden. Es blieb daher nichts anderes übrig, als das ausgesetzte Kind in Pflege zu nehmen.

Der Jugendausschuß von Groß-Berlin

veranstaltet am Sonntag, den 19. September, den letzten diesjährigen **Ausflug** nach dem Restaurant „Pferdebucht“ (Köpenick).

Die einzelnen Gruppen treffen sich um 7½ Uhr: 1. am Schlesischen Bahnhof (Koppenstraßenecke-Madaistraße), 2. am Landsberger Tor (Kriegerdenkmal), 3. Schönhauser Allee, Ecke Danziger Straße. Gemeinsamer Treffpunkt: 8½ Uhr in Alt-Boxhagen, Ecke Neue Bahnhofstraße (in der Nähe des Bahnhofs Stralau-Rummelsburg). Von da Marsch über Karlshorst nach „Pferdebucht“. Rückmarsch abends 6 Uhr nach Friedrichsfelde. Fahrgeld hin und zurück 20 Pf. Liederbücher nicht vergessen!

Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind herzlich eingeladen.

Straßensperrung. Die Kiautschou-Straße unter Ausschluß ihrer Kreuzung mit der Torstraße und Samoastraße wird behufs Umlegung des Dammes sofort bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht um 4 Uhr kam auf dem Hofe Stephanstraße 25 in Moabit Feuer aus. Preßkohlen brannten dort in solcher Ausdehnung, daß der 15. Löschzug längere Zeit kräftig Wasser geben mußte. Ein Zimmerbrand beschäftigte um Mitternacht den 17. Zug in der Alten Jakobstraße 87. Auf einem Korridor in der Bergmannstraße 98 brannten nachts Kleider und anderes und in der Skalitzer Straße 28 Holzkasten usw. in einer Werkstatt. Viermal wurde die Feuerwehr nach der Linienstraße 217 alarmiert. Unter großer Qualmentwickelung brannten dort Stroh, alter Hausrat und anderes. Die Gefahr konnte indes bald beseitigt werden. Ausgekommen war der Brand in einem Kellerverschlage. Wegen eines Teerbrandes mußte der 16. Zug nach der Gerichtstraße 49 ausrücken. Schornsteinbrände wurden aus der Novalisstraße 6, Sorauer Straße 9 und anderen Stellen gemeldet. Ferner wurde der 8. Zug nach dem Planufer 93a gerufen, um bei einem Kranken Hilfe zu leisten. Außerdem liefen gestern Alarme aus der Breslauer Straße und anderen Orten ein.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Wie ein Hauswirt zu seinem Gelde kommt!

Zu seinem Gelde will am Ende jeder Hauswirt kommen, und daß er es will, darf ihm gewiß nicht verübelt werden. Sehr bedenklich ist aber das Verfahren, das der Besitzer des Hauses Allerstraße 7, der daselbst wohnende Rentier Gustav Neumann, gegen eine von ihm exmittierte Familie angewendet hat, um sich möglichst schadlos halten zu können.

Bei diesem Herrn Neumann wohnte seit dem vorigen Jahr ein Arbeiter K. mit seiner Frau und einer sehr zahlreichen Kinderschar, mit sieben Kindern im Alter von 2 bis 14 Jahren. K. geriet in Geldverlegenheit, so daß er für August dieses Jahres die Miete schuldig blieb und auch Anfang September nicht zahlen konnte. N. machte zunächst das Einbehaltungsrecht geltend, das er als Hauswirt an den Möbeln hatte. Sodann klagte er auf Zahlung der Miete für August und September und sofortige Räumung der Wohnung, die ohnedies schon gekündigt war und zum 1. Oktober geräumt worden wäre.

N.'s Anspruch auf die Möbel begegnete einigen Schwierigkeiten, weil gerade die besten Stücke auf Abzahlung genommen waren und der Kaufpreis noch nicht voll bezahlt war. Die Zahlungen hatten sich verzögert, von 192 M. (Kaufpreis 190 Mark, Stempelgebühr 2 M.) waren 141,50 M. bezahlt (soviel lassen sich, wie es scheint, aus dem Quittungsbuch herauszählen), es blieb mithin noch ein Rest von 30,50 M. Das war nicht viel, aber der Möbelhändler durfte nach seinem Vertrag die Sachen bis zur Bezahlung des allerletzten Pfennigs noch als sein Eigentum betrachten. Von dem Einbehaltungsversuch des Hauswirtes benachrichtigte Frau K. vertragsgemäß sofort den Möbelhändler — Firma Karl Großmann, Schöneberg, Barbarossastraße 5 — und dieser teilte dann schleunigst dem Hauswirt mit, daß er Einspruch erhebe. Doch N. wußte, wie er sich da helfen konnte. Er bezahlte an G. den geringen Rest des Kaufpreises, dazu noch Zinsen in Höhe von 20,50 M., und G. zog nunmehr seinen Einspruch zurück.

Warum auch noch „Zinsen“ gezahlt werden mußten, ist uns nicht klar. Uns will auch scheinen, daß das ganze Geschäft, das die beiden über die Köpfe des Ehepaares K. hinweg gemacht haben, nicht einwandfrei sei. Die Firma Großmann hat den mit dem Ehepaar abgeschlossenen Kaufvertrag in üblicher Weise als einen „Mietsvertrag“ bezeichnet und spricht darin immer nur von „vermieten“ und von „Mietssachen“, die der „Mieter“ erst nach voller Bezahlung als sein Eigentum ansehen dürfe. Dessenungeachtet scheint Herr G. der Meinung zu sein, daß jeder, der sich ihm erbietet, den Restbetrag samt „Zinsen“ zu bezahlen, ohne weiteres für den „Mieter“ in den Vertrag eintreten und hiernach die gesamten „Mietssachen“ als sein Eigentum hinnehmen könne. Herr N. hat von derselben Ansicht ausgehend, dem Ehepaar K. geschrieben, er habe die Sachen „von Herrn Karl Großmann käuflich mit 51 M. erworben“, und sie seien nunmehr sein „Eigentum“.

Einfacher gestaltete sich die Durchführung der Exmissionsklage. Selbstverständlich wurde in kürzester Frist das Ehepaar verurteilt, ganz in Uebereinstimmung mit dem Vertrag, in dem Herr N. für den Fall unpünktlicher Mietezahlung die üblichen harten Bedingungen festgesetzt hatte. Das Gericht entschied am 6. September, die Miete sei für August und auch für den ganzen September zu zahlen, die Wohnung aber sei spätestens am 11. September zu räumen.

Inzwischen war in der Familie ein Kind an Diphtheritis erkrankt, so daß es einem Krankenhaus überwiesen und hinterher die Wohnung desinfiziert werden mußte. Darüber ging der 11. September hin, es kam der 12. und der 13., und noch war die Wohnung nicht geräumt. Da schritt Herr N. selber zur Exmission. Er erschien mit einem Gerichtsvollzieher, nötigte Frau K., die Wohnung zu räumen, überließ ihr aus der Wirtschaft die unentbehrlichsten und schlechtesten Stücke, behielt die besseren und vor allem die für seine 51 M. „erworbenen“ Stücke zurück — und schloß die Wohnung ab. Als abends Herr K. von der Arbeit heimkam, erwartete den Ahnungslosen der Wirt und forderte ihn auf, die auf den Hof gestellten Stücke seiner Wirtschaft schleunigst mitzunehmen, sonst werde er, der Herr Wirt, sie wegbringen lassen. K. lief, um einen Wagen zu besorgen und gleichzeitig eine andere Wohnung zu suchen. Aber dem Wirt ging das nicht schnell genug, und als schließlich K. zurückkam, ließ schon in N.'s Auftrag ein Gerichtsvollzieher durch ein paar Leute die Sachen auf einen Wagen packen. Sie wurden bis auf weiteres nach dem Hof des betreffenden Fuhrherrn gefahren, die Familie K. aber — Vater und Mutter samt sechs Kindern — meldete sich bei der Polizei als obdachlos und durfte in der nächsten Nacht das von der Stadt bereit gehaltene Quartier für Obdachlose benutzen. Am anderen Morgen lief Frau K. in ihrer Ratlosigkeit zum Gericht, und am Nachmittag brachte ihr dann der Fuhrherr die paar Sachen nach der neuen Wohnung.

Herr Rentier Gustav Neumann ist nun zwar noch nicht zu barem Gelde gekommen, aber er hat sich wenigstens die wertvollsten Stücke der Wirtschaft zu sichern gewußt. Er will sie nur dann herausgeben, wenn ihm die restierenden 48 M. Miete und dazu die an den Möbelhändler bezahlten 51 M. bar auf den Tisch gelegt werden. Man sieht: Der Mann versteht's!

Köpenick.

Eine Erhöhung der Kirchensteuer von 15 auf 23 Prozent haben die kirchlichen Körperschaften der hiesigen Stadtkirchengemeinde beschlossen. Die Mehrforderung, die durch „dringende Bedürfnisse“ begründet wird, kam um so überraschender, als die Kirchensteuer in Höhe von 15 Proz. bereits ausgeschrieben war.

Besser wie alles andere muß der Beschluß der Kirchengemeinde die Austrittsbewegung aus der Kirche fördern helfen.

Ober-Schöneweide und Nieder-Schöneweide.

Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag, den 19. September, mittags 12 Uhr, ein Besuch des Postmuseums unter fachkundiger Führung stattfindet. Treffpunkt vormittags 10 Uhr bei Rabe, Wilhelminenhofstraße 43. 10 Uhr 30 Min. Bahnhof Nieder-Schöneweide, Eingang von Johannisthal. Abends 6 Uhr wie gewöhnlich Zusammenkunft bei Rabe im „Jugendheim". Der Jugendausschuß.

Waidmannslust.

Ueber das Thema „Kirche und Schule" referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins, welche in Stolpe stattfand, Genosse Ucko. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Beschlossen wurde, das zehnjährige Stiftungsfest am 13. November in Waidmannslust im Restaurant „Bergschloß" (Inh. Heinrichs) zu feiern und zwar in Gestalt eines Kunstabends. — Der Vorschlag der Bezirksleitung, am 13. Oktober in Hermsdorf im Restaurant „Forsthaus" eine öffentliche Versammlung mit dem Thema „Kirche und Staat" abzuhalten, fand einstimmige Annahme.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Die diesmalige Sitzung hatte sich zum großen Teil nur mit Geldbewilligungen zu befassen. Zu Kabelnetzerweiterungen wurden 10 000 M., für Aufstellung von Gaslaternen 1400 M. bewilligt. Alsdann gelangte der Etat der Nonnendamm-Straßenbahn zur Verhandlung. Dieser Etat balanziert für die Zeit vom 1. Juli 1909 bis 31. März 1910 in Einnahme und Ausgabe mit 46 000 M. Der städtische Zuschuß beträgt 25 500 M. Wie mitgeteilt wurde, wird sich ja die Bahn derartig entwickeln, daß späterhin städtische Zuschüsse nicht mehr zu leisten sein werden, sondern die Stadt noch Ueberschüsse erzielt. Vom Genossen Schmidt I wurde lebhaft die Einführung der Arbeiterabonnementskarten befürwortet. Der Etat wurde genehmigt. — Beantragt war alsdann, die Hafenanleihe bis zum Gesamtbetrage von 6 685 600 M. zu erstrecken. Der Referent Stadtverordneter Bender beantragte, damit der Hafenbau nicht aufgehalten wird, die Anleihe vorläufig nur bis auf die Summe von 4 800 000 M. zu erstrecken, im übrigen aber die ganze Hafenangelegenheit nochmals nachzurevidieren. Genosse Schmidt I sprach die sichere Hoffnung aus, daß der Hafen später einmal eine gute Einnahmequelle für Spandau sein werde. Ferner betonte Redner, daß das Trinkwasser dort sehr schlecht sei, die Legung einer Wasserrohrleitung, wenn auch vorläufig nur provisorisch, sei unbedingt notwendig. Auch befänden sich die Abortanlagen in geradezu skandalösem Zustande. Des weiteren müsse angestrebt werden, daß der Unternehmer gehalten werde, für die dort beschäftigten Leute geeignete Unterkunftsräume zu schaffen, ebenfalls für ausreichende Wasch- und Badegelegenheit der Arbeiter zu sorgen. Die Stadt müsse auch ein Interesse daran haben, daß bei dem eben aufblühenden Hafen keine Lohnstreitigkeiten zwischen den Arbeitern und dem Unternehmer stattfinden. Der Unternehmer zahle nach seiner Information Löhne, die weit hinter den übrigen Löhnen zurückstehen. Es werden denn auch noch Bedenken vorgebracht gegen die Risse, welche sich bei den Brückenpfeilern gezeigt haben. Die Versammlung erstreckte die Anleihe nach dem Antrage des Referenten vorläufig nur bis auf 4 800 000 M. — Zum Ausbau der Moltkestraße wurden 169 900 M. gefordert. Die Versammlung konnte sich aber noch nicht für die Bewilligung dieser Summe entschließen und verwies die Vorlage an die Tiefbaukommission. — Lebhaft gegen diese Vorlage sprach der Stadtverordnete Hauseigentümer Taßler. Er scheint ein lebhaftes Interesse dafür zu haben, daß nicht gebaut wird, damit die Mietspreise der Wohnungen noch lange so hochgehalten eventuell noch erhöht werden können. Genosse Schmidt I nagelte diesen Herrn hierauf ganz gehörig fest. — Zur Herstellung einer Dammschüttung an der Bockbahn in der Nähe der Trabrennbahn wurden 12 000 M. nachbewilligt. — Gegen die Richtigkeit der Wählerliste für die Stadtverordnetenwahlen sind 6 Einsprüche erhoben worden. Vier dieser Einsprüche wurden für berechtigt anerkannt, zwei Einsprüche dagegen als unbegründet zurückgewiesen. — Zur Herstellung einer Kohlentransportanlage auf der städtischen Gasanstalt wurden 150 000 M. gefordert. Auf Antrag des Stadtverordneten Simon wurde die Vorlage so lange vertagt, bis man sich für die Art der Oefen entschieden und eine örtliche Besichtigung vorgenommen habe. — Zur Beschaffung von Inventar für die neuen Krankenhauspavillons wurden 40 000 M. und zur Herstellung einer Wasserrohrleitung zwischen Pichelsdorfer und Ruhlebenerstraße 36 000 M. bewilligt. — Für die nächsten Stadtverordnetenwahlen wurden 16 Stadtverordnete und 16 Stellvertreter als Beisitzer gewählt. Da man alle diejenigen Stadtverordneten, die mit Ende dieses Jahres aus der Versammlung ausscheiden, nicht als Beisitzer aufgestellt, so ist von der sozialdemokratischen Fraktion nur der Genosse Pieper darin aufgenommen. Eigentümlich berührt es aber, daß man zu Stellvertretern auch nicht eine Person aus Arbeiterkreisen aus der 3. Abteilung aufgestellt hat. Es sind meist Rentiers, Großkaufleute, Eigentümer, ein Schlossermeister und ein Buchbindermeister. — Zu den bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen hatten die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine beantragt, Verhältniswahlen einzuführen. Bereitwilligst kamen Magistrat und Stadtverordnete dem Antrage nach. Nachdem kamen die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine in Verbindung mit dem katholischen und dem evangelischen Arbeiterverein und wünschten Wahl nach gebundenen Listen; sie befürchteten, daß eventuell ihre Führer, die zuerst auf der Liste ständen, durch die Gegner zu Fall gebracht werden können. Auch dieser Wunsch wurde sofort vom Magistrat berücksichtigt und die betreffenden Paragraphen umgeändert. Genosse Schmidt I ging etwas näher auf die Handlungsweise der sogenannten nationalen Arbeiter ein. Er legte zunächst entschieden Verwahrung ein gegen die Verdächtigung, als hätten die jetzigen Beisitzer zum Gewerbegericht bei Abgabe ihrer Ansicht über Verhältniswahlen parteiisch geurteilt. Von den Sozialdemokraten sei die Verhältniswahl immer befürwortet worden, die Herren von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen verlangten die Verhältniswahl nur immer da, wo sie keine Aussicht haben, durchzukommen, im anderen Falle hüten sie sich aber, die Verhältniswahlen zu verlangen oder einzuführen. Die Vorlage wurde angenommen. Es wird den Herrschaften allzuviel natürlich auch nicht nützen, wenn unsere Genossen auf dem Posten sind.

Potsdam.

Verunglückt ist gestern nachmittag in der Lennéstraße zu Potsdam der Tischler Erich Schölenz, als er mit einem Wagen die Straßen passierte. Die Pferde scheuten und gingen durch. Dabei stürzte Sch. vom Wagen und erlitt einen Beinbruch. Er wurde nach dem St. Josephs-Krankenhause gebracht.

Gerichts-Zeitung.

Ein nichtswürdiger Streich.

Wegen fahrlässiger Tötung verhandelte gestern die dritte Strafkammer des Landgerichts III (Berlin) unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Liebenow gegen den bisher unbescholtenen Kutscher Artur Treder. Dieser ist bei einem Fuhrherrn Teuerkauf in Wittenau angestellt und hatte am 7. August v. J. den Auftrag erhalten, mit seinem Fuhrwerk nach Pichelsberge zu fahren. Hinter ihm fuhr ein Kutscher Weyer mit einem anderen Arbeitsfuhrwerk. Auf der nach Pichelsberge führenden Chaussee am Stößensee entlang, begegnete den beiden Fuhrwerken die in Spandau wohnhafte Witwe Krenze, die mit ihrem 11jährigen Sohn Holz gefahren hatte. Nicht der jetzige Angeklagte, sondern der Kutscher Weyer fuhr nun aus Unachtsamkeit den Handwagen der Witwe an. Die Folge war, daß der Knabe unter das Fuhrwerk des W. geschleudert und überfahren wurde. Der Schwerverletzte wurde von dem zufällig in einem Automobil vorüberfahrenden Kaufmann Hübner nach dem Krankenhause in Spandau geschafft, wo er bald nach seiner Einlieferung verstarb. Um die Schuld von sich abzuwälzen nahm W. zu einem sehr nichtswürdigen Mittel Zuflucht. Er lief dem Wagen des vorausgefahrenen Angeklagten nach, der auf dem Bock eingeschlafen war und zog ihn mit den Worten: „Du Strunk hast eben einen Jungen überfahren" vom Kutscherbock herunter und versetzte ihm eine Ohrfeige. Der Angeklagte war so verwirrt, daß er zuerst kein Wort erwidern konnte. Da er geschlafen hatte, glaubte er daran, daß er tatsächlich den Jungen überfahren hatte. Weinend half er, den Schwerverletzten in das Automobil zu heben. Dann ließ er, völlig kopflos geworden, sein Fuhrwerk im Stiche und lief in den Wald. Nachdem er mehrere Tage planlos in Berlin herumgeirrt war, stellte er sich selbst der Polizei mit der Beschuldigung, den Tod des Jungen verursacht zu haben. In der gestrigen Verhandlung wurde von allen Zeugen übereinstimmend bekundet, daß der Knabe von dem zweiten Fuhrwerk überfahren worden war und erst jetzt stellte sich der wirkliche Sachverhalt heraus. Dem Antrage des Staatsanwalts gemäß wurde Treder kostenlos freigesprochen. Es wird nunmehr das Strafverfahren gegen den Kutscher Weyer eingeleitet werden.

Aus der Frauenbewegung.

Die Sittlichkeit auf dem Lande.

Betschwestern und Muckern gelten die Städte von jeher als Herde der Unzucht, während im Machtbereich der Agrarier, auf dem Lande, noch wahre Tugend und Sittlichkeit gedeihen sollen. Die Bevölkerungsstatistik aber weist nach, daß — will man die Zahl der unehelichen Geburten als Gradmesser für die Sittlichkeit ansehen — die Städte weit besser sind als ihr Ruf, und daß umgekehrt das platte Land fast durchweg einen höheren Prozentsatz bezüglich der Unehelichkeit aufzuweisen hat. Die „Neue Generation", das Organ des „Bundes für Mutterschutz", stellte in Heft 9 auf Grund statistischer Vergleiche fest, daß im agrarischen städtearmen Osten Preußens die Zahl der unehelichen Geburten relativ doppelt so hoch — mitunter sogar noch höher — ist, als im industriellen städtereichen Westen. Demnach müßte die Unsittlichkeit auf dem Lande doppelt so groß als in der Stadt sein. Nun wird aber die Zahl der unehelichen Kinder durchaus nicht nur durch die größere oder geringere Sittlichkeit oder Unsittlichkeit bestimmt. Wirtschaftliche Faktoren sprechen hier ein gewichtiges Wort, ferner gewisse naive Volksanschauungen über das Liebesleben der jungen Leute. Wie sehr erschwerte Heiratsmöglichkeit die Zahl der unehelichen Geburten zu beeinflussen vermag, dafür liefert das Agrarierdorado Mecklenburg seit langem ein geradezu klassisches Beispiel. Dr. Pollaczek wies kürzlich in einem Montagsblatt darauf hin, daß infolge des unbeschreiblichen Elends, in dem die Landarbeiterschaft Mecklenburgs ihr Leben fristete und infolge der Heiratserschwerungen, die junkerlicher Herrendünkel den Armen auferlegte, die Zahl der unehelichen Geburten früher in Hunderten von Ortschaften mehr als die Hälfte der ehelichen betrug. In mehr als 80 Ortschaften wurden zuletzt nur noch uneheliche Kinder geboren. Heute beträgt die Zahl der unehelichen Geburten in beiden Mecklenburg 11,8 Proz. und 12,3 Proz. der Geburten überhaupt. Das ist noch immer eine enorm hohe Zahl, die auch den feudalen Gesetzgebern im Lande zu denken gab. Ein Gesetz über die „Bestrafung der einfachen Unzucht und der wilden Ehe" wurde erlassen, um abschreckend zu wirken. Das Tollste aber war, daß nicht nur die Behörden, sondern auch die Dienstherrschaften wie auch die Hebammen bei eigener Straffälligkeit zur Ueberwachung und Anzeige verpflichtet waren... Ganz nach dem Dichterwort:

Ihr laßt den Armen schuldig werden,
Dann überlaßt Ihr ihn der Pein.

Versammlungen.

Die politische Lage und die Finanzreform lautete das Thema, über das der Stadtverordnete Genosse Dr. Weyl in einer öffentlichen Versammlung für die 3., 4. und 5. Abteilung des fünften Berliner Reichstagswahlkreises am Dienstag in den „Musikersälen" sprach. Er führte aus: Die Empörung über die schändliche Volksausplünderung durch die sogen. Finanzreform drohe jetzt wie ein Strohfeuer zu erlöschen. Wir müssen aber dafür sorgen, daß diese Empörung nicht nur anhält, sondern immer weiter in die Volkskreise hineingreift. Dieser Tage hat Wilhelm II. in Karlsruhe die Anschauung vertreten, die im geraden Gegensatze zu der Anschauung der Mehrheit des deutschen Volkes steht; das Volk trüge die Rüstungen gern und leicht. Pflicht der Ratgeber Wilhelms II. wäre es gewesen, ihn darüber aufzuklären, daß seine Ansicht eine irrige ist. Mit Entschiedenheit muß das Volk gegen diese Ansicht protestieren, wenn die wirkliche Meinung des Volkes noch nicht zu den Ohren der maßgebenden Persönlichkeiten gedrungen ist. Die uns auferlegten Lasten müssen wir nach Möglichkeit abzuwehren suchen. Wie das geschehen kann, hat der gegenwärtig in Leipzig tagende Parteitag mit seinem Beschluß, den Schnaps zu boykottieren, ausgesprochen. Nicht bei allen besteuerten Verbrauchsmitteln läßt sich der Boykott anwenden. Um so intensiver muß aber der Boykott bei den entbehrlichen Genußmitteln, insbesondere dem Alkohol, gestaltet werden.

Der Alkoholkonsum liege im Interesse der bürgerlichen Parteien, nicht in dem der Arbeiterschaft. Redner hat soviel Vertrauen zur großen Mehrheit des Volkes, daß sie sich bemühen wird, die Hoffnungen zu durchkreuzen, die in den herrschenden Kreisen vorhanden sind. Nur müsse das Volk, das so vergeßlich sei, in seiner Erregung bis zur nächsten Reichstagswahl erhalten bleiben. Nachdem die Genossen Wolter und Zucht noch im Sinne des Referenten gesprochen und ebenfalls zu reger Beteiligung an der Agitation für die Partei aufgefordert hatten, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Im sechsten Wahlkreise fand am Dienstagabend eine öffentliche Versammlung statt, einberufen nach den „Germaniasälen", wo Genosse Grunwald einen Vortrag über: „Die Wirkung der neuen Steuern" hielt. Er schilderte den schweren Druck, dem die großen Massen des Volkes durch die neueste „Finanzreform" ausgesetzt sind, wie Unterkonsum und Arbeitslosigkeit einsetzen, wie die Fabrikate verschlechtert werden und wie jeder die Steuern abzuwälzen sucht, bis schließlich die arbeitenden Klassen die Hauptlast zu tragen haben. Scharf kritisierte der Redner die indirekten Steuern überhaupt. Dann wandte er sich der Frage zu, was gegen diese Steuerpolitik zu tun sei. Durch die „revolutionäre Dialektik", wie Marx sich ausdrückte, gebären die Dinge in ihrer Tatentwickelung aus sich heraus ihren Gegensatz. Das könne man auch an den neuen Steuern beobachten. Wo sie auf den Kopf, auf das Denkvermögen keine Wirkung haben, da wirken sie auf den Magen um so eindringlicher. Die große Masse der Indifferenten, der Gleichgültigen wird rebellisch. Unsere Aufgabe muß es sein, diese Wirkung zu nützen zur Agitation für unsere Bewegung. Wir müssen unablässig agitieren und organisieren, um unsere Partei besser befähigt zu machen, den Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse mit Erfolg aufnehmen zu können.

Lebhafter Beifall lohnte den Redner. An der Diskussion beteiligten sich nur einige Genossen, die ebenfalls zur Agitation aufforderten. Mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Betonbaugewerbe sprach Sektionsleiter Haese am Mittwoch in einer Versammlung der im Betonbau beschäftigten Arbeiter. Einleitend verwies der Redner darauf, daß der für das Baugewerbe geltende Tarifvertrag am 31. März 1910 abläuft. Wenn es nicht zu einer Einigung über den Abschluß eines neuen Vertrages komme, dann würden die Unternehmer eine allgemeine Aussperrung ins Werk setzen. Zu diesem Kampfe müßten die Arbeiter beizeiten rüsten. Eingehend schilderte der Redner an der Hand einer im Juni d. J. vorgenommenen statistischen Erhebung die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Betonarbeiter. Der tarifmäßige Lohn für Hilfsarbeiter beträgt 50 bezw. 55 Pf. Es werden aber auch Löhne bis herab zu 40 Pf. bezahlt. Andererseits erhalten die Hilfsarbeiter beim Steindeckenbau 65—72½ Pf. Die Einschaler erhalten meist den Tariflohn von 62½ Pf. Ein kleiner Teil bekommt Löhne von 65—75 Pf. Das ist eine Folge der in den letzten Wochen stark gestiegenen Nachfrage nach Einschalern. Die mit 75 Pf. entlohnten Einschaler sind gelernte Zimmerer, die nach ihrem Tarif auf diesen Lohn Anspruch haben. Vereinzelt werden auch Löhne von 50—60 Pf. an Einschaler gezahlt. — Die Steindeckenwölber erhalten 75—90 Pf. — Die Zementierer werden mit 50—75 Pf. bezahlt, während der tarifmäßige Lohn 72½ Pf. beträgt. — Wenn man bedenkt, daß die Arbeiter in allen Zweigen des Baugewerbes nie während des ganzen Jahres, sondern höchstens 40 Wochen im Jahre Beschäftigung haben, so sind die Löhne als unzureichend zu bezeichnen, um so mehr, als die notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel seit Jahren im Preise stark gestiegen sind und die letzten Steuererhöhungen die Ausgaben der Arbeiter noch weiter belastet haben. — Als die nächsten Aufgaben der Arbeiter bezeichnet der Redner die strikte Innehaltung der bestehenden Löhne. Jede Verschlechterung muß entschieden zurückgewiesen werden. Ebenso muß es abgelehnt werden, Ueberstunden zu machen. Die neunstündige Arbeitszeit ist innezuhalten. Auch die Arbeiterschutzvorschriften sind zu beachten. Schließlich forderte der Redner die Kollegen auf, Solidarität und Kollegialität zu betätigen nicht nur in der Gewerkschaft, sondern auch in der Partei ihre Pflicht zu tun und den vom Parteitage beschlossenen Schnapsboykott mit aller Strenge durchzuführen.

Der deutsche Kürschnerverband (Filiale Berlin) hielt am Mittwoch eine außerordentliche Generalversammlung ab. Regge appellierte an die Versammlung, in der Unterstützung der kämpfenden schwedischen Arbeiter nicht zu erlahmen. Bisher sind in sechs Wochen durch die Berliner Kollegen 1800 Mk. aufgebracht worden, die durch die Hauptkasse abgeführt wurden.

Ueber die **Festlegung der Beitragsklassen für Berlin** wurde eingehend und lebhaft diskutiert. Nach Annullierung eines Beschlusses, gegen den Zulässigkeitsbedenken geltend gemacht wurden, einigte sich schließlich die Versammlung dahin, daß es lediglich bei dem am 1. Oktober in Kraft tretenden Verbandsbeschluß verbleiben soll. Danach dürfen die weiblichen Mitglieder von den vier Klassen (30 Pf., 40 Pf., 50 Pf. und 60 Pf.) diejenige wählen, die ihnen beliebt. Zu jenen Sätzen kommt der Ortszuschlag von 5 Pf. Die männlichen Mitglieder können zwischen der zweiten, dritten und vierten Klasse (40, 50 und 60 Pf.) wählen. Es wird natürlich erwartet, daß sie sich möglichst für die höchste Stufe entscheiden möchten. Das ging aus verschiedenen Ausführungen hervor. Der Vorsitzende sprach den Wunsch aus, daß die weiblichen Mitglieder die erste und zweite Beitragsklasse und die männlichen Mitglieder die dritte und vierte Klasse belegen möchten, um die Kassenführung zu erleichtern. Die Ersatzwahl zum Vorstand fiel auf Fritze, der vor einiger Zeit das Amt niedergelegt hatte, es aber jetzt wieder annahm. Es folgte dann ein Vortrag des Genossen Robert Kreuer über: „Welche Aufgaben haben die Gewerkschaften nach Bescherung der volksausplünderischen Reichsfinanzreform?" Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 51. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Werttheoretisches. — Die politische Lage Ungarns. Von Dr. Eugen Varga. — Die Lage der Landarbeiter in Westpreußen. Von Dr. Wilhelm Grumach. — Die sechste internationale Gewerkschaftskonferenz. Von Josef Steiner. — Nochmals die bayerische Gemeindeverfassung. Von H. Remmele. — Literarische Rundschau: Professor Dr. Eduard Westermarck, Ursprung und Entwickelung der Moralbegriffe. Von G. Eckstein. Professor J. Frentzel, Ernährung und Volksnahrungsmittel. Von Lipsius.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von **3.25 M.** pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet **25 Pf.**

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vermischtes.

Im Bette verbrannt ist vorgestern die zweijährige Tochter Charlotte des in Fürstenwalde wohnenden Zimmermanns Mewes. Während M. sich auf seiner Arbeitsstelle befand, verließ seine Frau für kurze Zeit die Wohnung, um Besorgungen zu machen und ließ die Kleine, die in ihrem Bettchen lag und schlief, allein. Während der Abwesenheit der Mutter muß das Kind wohl erwacht sein und eine Streichholzschachtel, die auf dem neben dem Bett stehenden Tisch sich befand, ergriffen haben. Die Streichhölzer entzündeten sich und setzten die Bettwäsche in Brand. Als Frau M. zurückkehrte, stand das ganze Bett in Flammen. Das Feuer konnte zwar schnell abgelöscht werden, doch hatte die bedauernswerte Kleine bereits am ganzen Körper entsetzliche Brandwunden erlitten, an deren Folgen das Mädchen bald darauf starb.

Die Elektrizitätsdebatte im Dunkeln. Ein nettes Stückchen wird aus dem Nachbarort Velten gemeldet. In der letzten Gemeindevertretersitzung war auch die Beratung über den Haushaltsplan des Elektrizitätswerkes angesetzt. Man war mitten in der Debatte, als plötzlich im Saale eine ägyptische Finsternis eintrat. Sämtliche Lichter waren erloschen. Sofort eilten die Herren Vertreter des Elektrizitätswerkes, die alle zur Stelle waren, hinaus, um nach der Ursache der unliebsamen Störung zu sehen. Und wer war der Uebeltäter? Kein anderer als der Ortssergeant. Er hatte, weil man gerade an der Elektrizitätsdebatte war, den Korridor und die Versammlungsräume in ein helleres Licht setzen wollen und bei dieser Hantierung einen Kurzschluß hervorgerufen, so daß die Sicherung am Straßenmast durchbrannte und die elektrische Kraftzuführung unterblieb. Erst nach längerer Zeit konnte der Schaden durch Monteure beseitigt und die Sitzung zu Ende geführt werden.

Freiheit liebt das Tier der Wüste.

Die vorgestern in Marseille aus einer Menagerie entsprungene Tigerin ist an der Schiffsanlegebrücke, wo sie sich verkrochen hatte, tot aufgefunden worden; der Kadaver wies fünf Schüsse auf.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft flau, Preise wenig verändert. Wild: Zufuhr ungenügend, Geschäft lebhaft, Preise gut. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft flau, Preise etwas nachgebend. Fische: Zufuhr ziemlich genügend, Geschäft etwas rege, Preise wenig verändert, Krebse zu niedrigsten Preisen schwer absetzbar. Butter und Käse: Geschäft still, Preise etwas höher. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr in Birnen und Pflaumen über Bedarf, Geschäft anfangs ruhig, später etwas reger; Pflaumen und Birnen schwer verkäuflich, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 15. 9. cm	seit 14. 9. cm¹)	Wasserstand	am 15. 9. cm	seit 14. 9. cm
Memel, Tilsit	112	0	Saale, Grochlitz	91	−14
Pregel, Insterburg	−33	0	Havel, Spandau²)	30	−1
Weichsel, Thorn	23	+2	„ Rathenow²)	17	+2
Oder, Ratibor	90	+7	Spree, Spremberg²)	62	0
„ Krossen	47	+4	„ Beeskow	34	0
„ Frankfurt	60	−1	Weser, Münden	−94	+3
Warthe, Schrimm	0	−2	„ Minden	−18	−6
„ Landsberg	−31	−2	Rhein, Maximiliansau	420	+2
Netze, Vordamm	−30	−2	„ Kaub	190	0
Elbe, Leitmeritz	−11	+2	„ Köln	178	+3
„ Dresden	−173	+15	Neckar, Heilbronn	43	+5
„ Barby	60	+12	Main, Wertheim	96	−8
„ Magdeburg	57	+12	Mosel, Trier	—	—

¹) + bedeutet Wuchs, — Fall. — ²) Unterpegel.

Verantwortlicher Redakteur: Emil Unger, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.